



16. Januar 1923

## CARL SEVERING . DAS GEBOT DER STUNDE

**I**N dem Aufruf, den die Reichsregierung nach dem französischen Einzug in Essen erließ, hat sie hervorgehoben, daß eine schwere Zeit beginne, schwerer als die Jahre, die wir seit dem Krieg durchlebten. Diese bittere Wahrheit auszusprechen und zu wiederholen ist um deswillen nicht überflüssig, weil weite Kreise unseres Volkes sich um unsere Zukunft nicht die geringsten Sorgen machen, zwar weidlich auf die Regierung und die "unfähigen Minister" schimpfen, trotzdem aber dieser Regierung die Sorge um des Landes und des Volkes Fortbestehen gern allein überlassen. Die 4 Jahre Nachkriegszeit mit den schweren Bedingungen des Versailler Vertrags, die ständigen Konflikte und die Hinauszögerung jeder Entscheidung haben allmählich die politischen Nerven eines großen Teils unseres Volkes so sehr abgestumpft, daß gewiß noch nicht alle die grundlegende Bedeutung der letzten Ereignisse erkennen, wengleich sich wohl niemand, zum mindesten unbewußt, dem dumpfen Gefühl ihrer außergewöhnlichen Tragweite entziehen kann. Für jeden auch nur halbwegs aufmerksamen Beobachter aber ist es klar: Das Jahr 1923 wird Schicksalswende unseres Volkes sein, die Frage nach Sein oder Nichtsein Deutschlands beantworten.

Es ist im Augenblick noch nicht zu übersehen, welche Folgen das Vorgehen Frankreichs im Ruhrrevier im Hinblick auf das Wirtschaftsleben zunächst haben wird. Die französische Regierung ist, wie die Kammerrede Poincarés am 11. Januar gezeigt hat, selbst nicht der Meinung, es bedürfe nur des Aufmarsches einiger Divisionen, um die Reparationskohle und die Reparationssummen in dem von ihr gewünschten Ausmaß einzutreiben. Poincaré machte die Kammer ausdrücklich darauf aufmerksam, »daß man wesentliche Erträge davon [von der Erfassung dieser Pfänder] nicht erwarten darf«; aber »ein relativ kleiner Ertrag« sei »immer noch besser als nichts«. Jedenfalls, die französischen und belgischen Ingenieure und Kontrolleure haben ihren Auftrag, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß die militärischen Befehlshaber mit allen Kräften für seine Ausführung sorgen werden. Man braucht kein Prophet zu sein, um diesen Gang der Dinge voraussagen zu können. Und wenn auch im Endeffekt die Mehrleistung für Frankreich und Belgien ausbleibt, so besteht daran doch kein Zweifel, daß alle von den fremden Ingenieuren und Generalen getroffenen Maßnahmen in erster Linie auf Kosten der deutschen Wirtschaft gehen. Jeder Eingriff in den Produktionsprozeß, in die Produktionserfassung und das Verkehrswesen des rheinisch-

westfälischen Industriebezirks muß zu den schwersten Störungen führen. Stockt der Eisenbahnverkehr, können die geförderten Kohlen nicht zeitig genug abgeföhren werden, dann ist auch eine Stockung in der Produktion unvermeidlich. Statt Überschichten also Feierschichten. Das braucht die fremden Mächte nicht sonderlich zu beunruhigen, solange sie sich an der Kohle, die für die deutschen Verkehrsanstalten, für die deutsche Industrie und für den deutschen Hausbrand bestimmt ist, schadlos halten können. Kohlenmangel im deutschen Transportwesen und in der deutschen Industrie, in der Landwirtschaft und im Handwerk aber ist gleichbedeutend mit der Blutentziehung an unserm gesamten Wirtschaftskörper, die ihn widerstandsunfähig macht. Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend werden insbesondere in der Arbeiterschaft und im Mittelstand die unausbleiblichen Folgen des Kohlenmangels sein.

Der Aufruf der Reichsregierung sagt ganz richtig, daß diese Notlage gesteigert und verlängert wird, wenn Volk und Staat ihr nicht in untrennbarer Einheit begegnen. Um diese Einheit herzustellen, genügt aber nicht nur ein gemeinsamer Protest oder die Willenskundgebung eines Parlaments. Das sind Äußerungen, die als Stimmungsfaktoren in dieser Zeit ihre Bedeutung haben. Wichtiger jedoch als diese mehr psychologischen Seiten der Frage ist das dauernde Zusammenwirken der Kräfte, die willens und imstande sind durch eine entschiedene und zielklare Politik die Leidenszeit des deutschen Volkes nach Möglichkeit abzukürzen, das ungehemmte Funktionieren des deutschen Produktionsmechanismus wiederherzustellen. Hier muß nun gesagt werden, daß die Politik der Reichsregierung in der nächsten Zeit von mindestens der selben Tragweite und Verantwortungsschwere sein wird wie die der Regierungen beim Kriegsbeginn und Friedensschluß, und daß die Vertreter der stärksten Partei des Reichstags diese Politik nicht mitbestimmen oder unmittelbar beeinflussen können. Die untrennbare Einheit des deutschen Willens ist in der heutigen Reichsregierung nicht verkörpert. Sie durch die Bildung der bisher so sehr verpönten, von vermeintlicher Prinzipienfestigkeit mit Mißtrauen betrachteten und abgelehnten Großen Koalition herzustellen ist das Gebot der Stunde, dessen Befolgung sich gerade die stärkste Partei des Landes nicht entziehen sollte.

Es ist schon gesagt worden, daß bei der kommenden unausbleiblichen Erschütterung unseres Wirtschaftslebens die Arbeiter am ehesten und schwersten ihre Folgen verspüren werden. In dieser Situation ist es für die Arbeiterklasse und für das Volk gleich dringend erforderlich, daß Männer, vom Vertrauen der Arbeiter getragen, mit in einflußreichen Stellen der Regierung sitzen. Beschäftigung und Unterstützung von Arbeitslosen, Inangriffnahme von Notstandsarbeiten produktiven Charakters, Vorbereitung einer Steuergesetzgebung, die den sozialpolitischen Erfordernissen der Zeit gerecht wird, Bekämpfung der chauvinistischen Strömungen in unserm Volk, die durch ihre Exzesse die Gefahr neuer Repressalien heraufbeschwören: das sind nur wenige Stichworte eines Programms, das von Sozialdemokraten die beste Unterstützung erfahren würde. Insofern hätte die Arbeiterschaft als besondere Erwerbsschicht ein besonderes Interesse an einer Mitbeteiligung von Sozialdemokraten an der Reichsregierung. Und die Regierung selbst würde durch ihren Eintritt die gerade jetzt so notwendige Festigung erfahren. Die wirtschaftlichen Nöte der nächsten Zeit werden an die Ruhe und Be-

sonnenheit unseres Volkes große Anforderungen stellen. Nichts hat den Radikalismus von rechts und links so sehr begünstigt wie die Erschwerung der Existenz, wie der Hunger. Soll er zu der außenpolitischen Bedrängnis, zu der wirtschaftlichen Not nicht noch neue innenpolitische Erschütterungen bringen, dann muß eine starke Regierung in der Lage sein sich seiner schon in den Anfängen zu erwehren.

Aber neben diesen Gründen innenpolitischer Natur ist die Bildung der Großen Koalition auch von außenpolitischen Gesichtspunkten aus geboten. Es hat nach der Bildung des Kabinetts Cuno nicht an Stimmen gefehlt, die da behaupteten, daß nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung sich die amerikanischen Kredite und das englische Wohlwollen einstellen würden. Die Regierung Cuno amtiert jetzt 2 Monate, von einer amerikanischen Hilfe oder einer englischen Unterstützung haben wir jedoch bisher nichts verspürt, und es ist auch kaum anzunehmen, daß in der nächsten Zeit uns Hilfe von dieser Seite kommen wird. England und Amerika haben kein Interesse an dem französischen Vorgehen. Das ist aber auch alles, und für uns nicht eben viel. Jedenfalls berechtigt die Haltung der beiden genannten Staaten auch nicht zu der leisesten Hoffnung in ihnen Helfer oder gar Bundesgenossen zu finden. Wir tun gut daran nur mit den Faktoren zu rechnen, die in den konkreten Eigeninteressen der Mächte begründet sind, und Selbsttäuschungen zu entsagen, die uns immer wieder verwirrt haben. Auf das Wunderbare zu warten, das ist ein Luxus, den sich Realpolitiker nicht gestatten dürfen.

Wir sind auf uns selbst angewiesen, auf uns allein. Je eher wir uns zu dieser, wenn auch für manchen bitteren Erkenntnis durchringen, desto besser für uns. Daraus folgt aber auch, daß wir aus Eigenem versuchen müssen die Leidenszeit der Ruhrbesetzung abzukürzen. Dazu gehört eine außenpolitische Orientierung, die der wirklichen Weltlage, nicht alten Traditionen und veralteten Doktrinen entspricht, und dazu wiederum gehören tapfere, vielleicht unpopuläre Entschlüsse, die nur verantwortungsfreudige Männer einer festen Regierung fassen können, wenn sie durchgesetzt werden sollen. Die Reichsregierung, die in der nächsten Zeit unser Wirtschaftsleben vor dem völligen Verfall bewahren soll, muß eine feste Mehrheit im Reichstag haben, die nur durch die Bildung der Großen Koalition zu erzielen ist. So kann neues Unheil abgewendet, können die Leiden gekürzt, besseren Zeiten die Wege geebnet werden. Ist erst das Chaos da, dann hilft keine Sammlung der Kräfte mehr, dann sind wir als selbständiges Volk ausgelöscht und haben nur noch Anwartschaft darauf ein von anderen abhängiges, kümmerliches Dasein zu fristen. Wir können unserm Selbstvertrauen keine bessere Stärkung gewähren und auch das Vertrauen des Auslands in unsere Schaffenskraft (das die wesentlichste Vorbedingung einer andern Gestaltung unserer außenpolitischen Beziehungen und damit unserer Stellung in Europa überhaupt ist) nicht leichter wiedergewinnen, als wenn wir an die Spitze unseres Volkes eine Regierung stellen, in der alle produktiven Kräfte des Landes vertreten sind. Das ist nicht ein sondern das *einzig*e Mittel zur schnellen Lösung der Krise. Je früher wir es anwenden, desto schneller beenden wir die Leidenszeit unserer rheinisch-westfälischen Brüder, desto früher befreien wir uns von dem wirtschaftlichen Druck, der auf unserm ganzen Volk lastet, und dem es sonst auf die Dauer erliegen muß.

# LUDWIG QUESSEL · DIE BILANZ DER ANGEL- SÄCHSISCHEN ORIENTIERUNG



ALS in den ersten Kriegsjahren in den Sozialistischen Monatsheften darauf aufmerksam gemacht wurde, daß sich innerhalb der Entente eine östliche Gruppe gebildet hätte, die sich gegen England und Amerika richtete, daß der russisch-englische Gegensatz, der zum Zweck des Kampfes gegen Deutschland stillgelegt worden sei, später wieder aufleben und der russischen Politik andere Wege weisen werde, und daß für Deutschland die Möglichkeit einer Verständigung mit Rußland, von dem es nichts trennte, durchaus gegeben sei<sup>1</sup>, da fand unter dem Einfluß der Suggestion von der "slawischen Gefahr", von Rußland, das mit seinen Menschenmassen Deutschland zu erdrücken strebe, dieser Hinweis in der Öffentlichkeit kaum irgendwo größere Beachtung. Der "Vernichtungswille" Rußlands war so sehr Axiom des deutschen außenpolitischen Denkens, daß jeder als Sonderling verschrien wurde, der an ihn nicht glauben wollte. Heute werden jene Außenpolitiker, die Rußland vernichten wollten, damit wir von ihm nicht vernichtet würden, nur sehr ungern an ihre Torheiten erinnert, weil sie mittlerweile umgelernt haben und Rußland heute als das starke Bollwerk gegen den "Vernichtungswillen" Frankreichs betrachten. Mit dem jetzigen Vernichtungswillen Frankreichs steht es nun aber nicht besser als mit dem ehemaligen Rußlands. Glaubt man, daß Deutschland der Feind Frankreichs sein und bleiben müsse, so wird man in gewissem Sinn allerdings auch mit einem Vernichtungswillen Frankreichs rechnen müssen. Entschließen wir uns aber der von Frankreich geführten großen europäischen Kombination (Belgien, Italien, Tschechien, Rumänien, Polen, Jugoslawien), der sich neuerdings auch offensichtlich das besiegte Bulgarien und Ungarn sowie Österreich angenähert haben, uns anzuschließen, so erhalten alle deutsch-französischen Streitfragen naturgemäß ein ganz anderes Gesicht.<sup>2</sup> Es ist eine Binsenwahrheit, daß man dem Verbündeten Zugeständnisse machen kann, die man dem Feind selbstverständlich verweigern muß. Wir müssen uns also entscheiden zwischen angelsächsischer und französischer Orientierung unserer Außenpolitik. Ein Deutschland, das seine Außen- und Reparationspolitik in London und Washington orientiert, wird allerdings von Paris als Feind betrachtet und demgemäß behandelt werden. Anders jedoch wäre Deutschlands Stellung, wenn es sich mit dem neuen Europa, wie es die Friedensverträge geschaffen haben, abfinden und die-führende Stellung Frankreichs auf dem Kontinent erkennen würde. Ein Deutschland, auf das sich Frankreich in seiner Weltpolitik gegen die angelsächsischen Reiche stützen könnte, zu vernichten wäre ein ebensolcher Nonsens, als wenn man in Paris jetzt Belgien, Tschechien oder Polen vernichten wollte. Man unterstellt der französischen Weltpolitik auch sehr armselige Ziele, wenn man annimmt, daß sie sich in der Gewinnung des rechten Rheinufers erschöpft. Vielleicht glaubt man in Frankreich, daß militärische Gründe dafür sprechen einem von London und New York geführten Deutschland das rechte Rheinufer möglichst lange vorzuenthalten, um Sicherheit gegen einen befürchteten deutsch-

1) Siehe *Bloch Wo stehen wir jetzt?* und *Quessel Der russisch-japanische Vertrag*, in den Sozialistischen Monatsheften 1915 II Seite 789 ff. und 1916 II Seite 797 ff.

2) Siehe *Quessel England, Deutschland und das neue Europa*, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 II Seite 975 ff.

angelsächsischen Überfall zu haben. Einem Deutschland aber, das selber mit Frankreich zusammengeht und zusammengehen will, eine französische Besatzung auf den Rücken zu setzen wäre absurd. Die Rheinlande werden so lange in Gefahr sein, als sich Deutschland von den angelsächsischen Reichen führen läßt. An dem Tag, wo Deutschland seine Außenpolitik nicht in London und Washington sondern in Paris orientiert, wird der französische "Verzichtungswille" ebenso in das Reich der Fabel verschwinden wie weiland der russische.

Nun hört man freilich von Leuten, die sich über die angelsächsische Orientierung unserer Politik im unklaren sind, oft genug die Ansicht äußern, daß eine Annäherung an Frankreich unmöglich sei, weil Frankreich mit Deutschland gar kein freundschaftliches Verhältnis wünsche. Neuerdings wird man wohl zum Beweis hierfür auf den "Gottesfrieden am Rhein" hinweisen, den Deutschland angeboten und den Frankreich abgelehnt hätte. Es scheint daher wohl angebracht sich dieses Friedensprojekt etwas anzusehen.

Am 31. Dezember 1922 teilte der Reichskanzler Cuno in seiner Hamburger Rede vor der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns mit, daß er die französische Regierung durch Vermittlung einer dritten Macht (Amerika) habe wissen lassen, Deutschland sei bereit mit Frankreich und anderen am Rhein interessierten Großmächten sich gegenseitig zu treuen Händen einer am Rhein nicht interessierten Großmacht für ein Menschenalter, also ein mehrfaches der im Vertrag von Versailles vorgeschlagenen Besatzungsfrist, feierlichst zu verpflichten ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung gegen einander keinen Krieg zu führen. Es ist unschwer einzusehen, daß der Gedanke der *tréuga Dei* am Rhein auf angelsächsische Anregung zurückzuführen ist. Er stammt offenbar aus New York. Der ganze Vorschlag ist ja geradezu dazu angetan Frankreich Ungelegenheiten zu bereiten und es gegen uns aufzubringen. Nachdem die angelsächsischen Reiche auf den Konferenzen in Washington und Genua mit ihrem Plan des Gottesfriedens, der ihnen die Möglichkeit bieten sollte ihre aus dem Weltkrieg heimgetragene Länderbeute in Ruhe zu verdauen, in Frankreich gründlich abgefallen waren, und die Vorgänge in Vorderasien, Indien und Ägypten gezeigt hatten, daß die Entwicklung einen ganz andern Weg geht als der angelsächsische Länderverteilungstrust es wünschen kann, konnten England oder Amerika sich den Luxus eines solchen Vorstoßes gegen Frankreich nicht mehr gestatten. Wie immer in solchen Fällen, suchten Washington und London nach einer Macht, die man im angelsächsischen Interesse gegen Frankreich vorschicken könnte. Dazu wurde wieder einmal Deutschland ausersehen. Nach auswärtigen Quellen sollte der deutsche Vorschlag die Regierungen Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens verpflichten 30 Jahre hindurch keinen Krieg zu erklären, außer für den Fall, daß er durch eine Volksabstimmung beschlossen worden wäre. Es ist leicht einzusehen, daß dieser Plan ganz und gar im Interesse der angelsächsischen Reiche liegt. Frankreich und Italien können ihre Machtmittel nur in Europa zur Geltung bringen, England und Amerika aber auf Grund ihrer Seemacht und geographischen Lage auf allen Kontinenten der Welt. Bindet man Frankreich und Italien durch einen europäischen Pakt die Hände, so gehört die Welt den Angelsachsen. Der Pazifismus tritt hier als Werkzeug des angelsächsischen Imperialismus mit Händen greifbar in Erscheinung. Der ganze Plan dient

so sehr angelsächsischen Zwecken, und sein pazifistisches Aussehen ist dabei so verführerisch, daß man in London und Washington immer wieder auf ihn zurückkommt. Ihn selbst zu propagieren hat man freilich nicht mehr den Mut, aber andere Mächte mit ihm gegen Frankreich vorzuschicken hält man immer noch für opportun, da schließlich, auch wenn Frankreich ihn von neuem energisch ablehnt, dabei für London und Washington immer noch der Vorteil herausspringt Frankreich in den Augen der Welt als den Friedensstörer erscheinen zu lassen. Die Behandlung dieses Friedensvorschlags, hinter dem der natürlich nur auf die Landheere beschränkte angelsächsische Abrüstungsgedanke zu erblicken war, durch Frankreich braucht daher nicht wunderzunehmen.

Als ein weiteres Argument dafür, daß Deutschland niemals mit Frankreich zusammenarbeiten könnte, wird natürlich jetzt die Zuspitzung der Reparationskrise angeführt, die zum Abbruch der Pariser Konferenz und zur Besetzung Essens geführt hat. Vergleicht man nun die beiden Reparationspläne, die die Konferenz beschäftigten, mit einander, so findet man, daß der britische keineswegs so prodeutsch ist wie er von der deutschen Presse hingestellt wurde. Zunächst ist zu betonen, daß Frankreich als Endsumme in seinem Wiedergutmachungsplan von uns 50 Milliarden Goldmark verlangt, England in dem seinigen aber 67 Milliarden. Die englische Forderung geht also über die französische weit hinaus. Dagegen ist die wesentlich niedrigere französisch-italienische Forderung an eine Bedingung geknüpft, die, wenn die angebliche Liebe Amerikas für Deutschland vorhanden wäre, sehr leicht erfüllt werden könnte. Frankreich und Italien wollen nämlich die deutschen Verpflichtungen nur dann von 132 auf 50 Milliarden Goldmark herabsetzen, wenn England und Amerika die Summen streichen, die ihnen Frankreich und Italien für Kriegslieferungen schulden. Dazu wäre nun England allenfalls bereit, Amerika aber will vorläufig davon nichts wissen, obwohl die Aussicht von Frankreich und Italien bezahlt zu werden so gut wie gar nicht vorhanden ist. Im Grunde sind also die angelsächsischen Reiche das Hindernis, daß die im Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 uns auferlegte Wiedergutmachungssumme von 132 auf 50 Milliarden herabgesetzt wird. Das ist eine Tatsache, die gar nicht scharf genug hervorgehoben werden kann. In der Frage des Moratoriums nun stimmen die beiden Reparationspläne darin überein, daß Deutschland durch die Markkatastrophe so schwer heimgesucht worden ist, daß man ihm eine gewisse Erholung gewähren müsse. Der französische Plan beschränkt diese auf 2, der englische auf 4 Jahre. Während dieser Frist soll Deutschland die Mark stabilisieren und seine Finanzen in Ordnung bringen. Sowohl England als auch Frankreich und Italien glauben, daß am Ende des Moratoriums, das heißt nach 2 respektive 4 Jahren, Deutschland wieder reich genug sein werde jährlich 2 bis 3 Milliarden Goldmark zur Verzinsung und Tilgung der Reparationsschuld aufbringen zu können. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Engländer und Franzosen nicht sehr von einander. Beide Völker geben sich dem Glauben hin, daß Deutschland am Ende des Moratoriums zunächst 2, später 3 Milliarden Mark jährlich in Bar- und Sachleistungen wird aufbringen können.

Sieht man sich das französische Moratorium näher an, so bemerkt man freilich, daß es nur ein Teilmoratorium ist. Frankreich hofft nämlich während des Moratoriums etwa 1 Milliarde Goldmark aus der deutschen Wirtschaft

jährlich herausholen zu können, und zwar 400 Millionen Goldmark durch eine Devisenabgabe, die die Exporteure im besetzten Gebiet und im Ruhrrevier bezahlen sollen, 200 Millionen durch Beschlagnahme eines Teils der Ausfuhrabgabe und weitere 400 Millionen durch Beschlagnahme der Kohlensteuer im Ruhrrevier und im besetzten Gebiet. Daneben soll Deutschland während des Moratoriums wie bisher Kohlen, Holz, Baumaterial, Stickstoff usw. liefern. Zweifellos sind dies recht drückende Bestimmungen, die für ein angelsächsisch orientiertes feindliches Deutschland festgelegt wurden. Aber einem mit Frankreich verbündeten Deutschland hätte Paris ohne Zweifel ein wesentlich günstigeres Moratorium bewilligt.

Ein besonderes Kapitel ist die Finanzkontrolle. Gewiß, die französischen Forderungen sind schwer, aber die englischen sind es nicht minder. Selbst ein so konsequent proenglisch orientiertes Blatt wie die Frankfurter Zeitung sagt: »Furchtbar hart sind die Einzelbestimmungen über die uns auch nach dem englischen Finanzplan aufzuerlegende Finanzkontrolle ... Dieser Teil des englischen Planes unterscheidet sich nur in den Worten und in der Form, nicht in der Sache maßgebend von dem französischen Plan ... Die innere Freiheit Deutschlands will er genau so vernichten wie jener.« Man kann nach diesem Urteil im Zweifel sein, ob es wirklich ein Glück für Deutschland gewesen wäre, wenn man sich in Paris auf den englischen Reparationsplan geeinigt hätte. Dabei bleibt, wie gesagt, immer zu beachten, daß der englische Reparationsplan für ein befreundetes, England bis zur Selbstvernichtung ergebenes Deutschland aufgestellt wurde, während der französische Reparationsplan für ein Frankreich feindlich gesinntes Deutschland bestimmt war.

Man kann wohl sagen, daß der angelsächsische Reparationsplan mit seiner Reparationsschuld von 67 Milliarden und seiner, Deutschlands innere Freiheit vernichtenden Finanzkontrolle ein neues Fiasko der angelsächsischen Orientierung darstellt. Das ruhige Zuschauen Englands bei der Ruhrbesetzung ist ein weiterer Mißerfolg der angelsächsischen Einstellung der deutschen Politik. Überhaupt bestätigt der Anfang des Jahres die Erfahrungen des abgelaufenen. Das selbe traurige Schauspiel, das uns d<sup>er</sup> Beginn des neuen Jahres bietet, tritt uns auch im alten überall entgegen. Wie ein Fluch verfolgt die angelsächsische Orientierung unserer Außenpolitik das deutsche Volk, es von Mißerfolg zu Mißerfolg, von Demütigung zu Demütigung führend. Zu Beginn des Jahres 1922 schien es, als ob durch die angebahnten Sachlieferungsverhandlungen mit Frankreich auf dem dornigen Gebiet der Wiedergutmachung gangbare Wege gefunden werden könnten. Bald aber begann, durch englische Preßstimmen ermuntert, die Gegenbewegung gegen die Erfüllungspolitik. Wieder richteten sich alle Blicke nach London und Washington, woher die Hilfe für Deutschland kommen sollte. Aber diese Hoffnungen wurden, wie immer, enttäuscht. Oberschlesien, das man durch eine andere Orientierung unserer Außenpolitik vielleicht hätte retten können, ging uns verloren, weil England den Verbleib dieses Rohstoffgebiets bei Deutschland nicht wünschte, und Frankreich einem angelsächsisch orientierten Deutschland Oberschlesien zu erhalten keine Ursache hatte, vielleicht daran interessiert war den polnischen Gegner Deutschlands ökonomisch zu stärken. Überhaupt waren die Ereignisse von Januar bis Mai, die uns von Cannes nach Genua führten, für Deutschland voller Enttäuschungen. Die Konferenz von Cannes zog den Sturz Briands nach sich und brachte Poin-

caré ans Ruder, der gegenüber England die schärfere Tonart Frankreichs repräsentiert, die dann ganz naturgemäß auch gegenüber einem proenglisch orientierten Deutschland zum Ausdruck kommen mußte. Wie Cannes so wurde auch die Konferenz von Genua für Deutschland eine Enttäuschung. Alles, was Lloyd George in Genua für Deutschland unternahm, blieb hoffnungslos im Rhetorischen stecken. Auch die Isolierung Frankreichs, die Deutschland von der Genueser Konferenz erwartet hatte, erwies sich bald als eine Seifenblase.

Ähnlich liegt die Sache mit dem Vertrag von Rapallo, der während der Genueser Konferenz mit Englands wohlwollender Zustimmung abgeschlossen wurde. Die gegenseitige Auslöschung aller Kriegs- und Friedensvertragsansprüche, die der deutsch-russische Rapallovertrag enthält, ist ein Vertrag mit einer Regierung geblieben, die von den großen Mächten nicht anerkannt werden konnte. So sehr auch die Bolschewisten auf der Haager Konferenz sich bemühten von den Großmächten als gleichberechtigt aufgenommen zu werden, so konnten sie doch dies Ziel nicht erreichen. Die Folge war, daß sie den Vertrag mit Italien ablehnten, weil die "Sowjetherrschaft" in ihm nicht als rechtmäßige Regierung Rußlands legitimiert wurde. Auch die deutschen Hoffnungen auf die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland sind nicht in Erfüllung gegangen, weil der Verfall der wirtschaftlichen Kräfte Rußlands unter dem bolschewistischen Regime so ungeheuer ist, daß Rußland noch für lange Zeit gezwungen sein wird außerhalb der Weltwirtschaft zu leben. Die letzten anderthalb Jahre bolschewistischer Herrschaft, die durch die Anwendung der "neuen Wirtschaftspolitik" gekennzeichnet sind, haben lediglich der Landwirtschaft und dem Kleingewerbe eine geringe Erleichterung gebracht. Im übrigen sind die Zustände auch auf dem Land noch immer trostlos. Besonders schlecht steht es mit dem Transportwesen. Die Zahl der kranken Lokomotiven wächst ständig. Die Gesamtzahl der Lokomotiven ist allerdings infolge Lieferungen aus Deutschland und Schweden gestiegen: sie beträgt 19 052; doch nur 7 409 davon sind gesund. Auch die Lage der schweren, Erze erzeugenden Industrie ist im vollen Sinn des Wortes katastrophal. Der Ertrag des Jahres 1922 wird auf 10 % der Vorkriegsproduktion geschätzt. Einen kleinen Aufschwung hat dagegen die Naphthaproduktion zu verzeichnen. Im letzten Jahr sollen für 15 Millionen Goldrubel Naphtha ausgeführt worden sein. Dieser winzige Erfolg ist der einzige, den die "neue Wirtschaftspolitik" im Außenhandel errungen hat. Von einer Wiederaufnahme der deutsch-russischen Handelsbeziehungen kann unter diesen Umständen natürlich nicht gesprochen werden.

Ebensowenig wie die Hoffnungen, die Deutschland auf Rußland setzte, in Erfüllung gegangen sind, haben sich die Erwartungen verwirklicht, die wir an Amerika knüpften. Als im Juni 1922 die Pariser Bankierskonferenz zusammentrat, die durch die Teilnahme des Dollarmilliardärs Morgan vom Glanz der amerikanischen Geldmacht bestrahlt wurde, überschwemmte man die deutschen Zeitungen mit Nachrichten über eine amerikanische Anleihe, die uns gewährt werden würde, um die Reparationen für die nächsten 5 Jahre zahlen und unsere Mark stabilisieren zu können. Eine ähnliche Erscheinung wiederholte sich im Dezember vor der Londoner Konferenz. Die Telegraphenbureaus berichteten von Verhandlungen, die von amerikanischen Bankiers mit Deutschland wegen einer internationalen Anleihe im Betrag

von 2,5 Milliarden Dollars geführt würden. Wir wissen heute, daß sowohl im Juni wie auch im Dezember die deutschen Besprechungen mit den amerikanischen Bankiers ganz negativ ausgegangen sind. Erwiesen sich also die Hoffnungen auf die Finanzhilfe Amerikas als eine Fata Morgana, so nahm andererseits der angelsächsische Kampf gegen die deutsche Industrie überall sehr robuste Formen an. Da war Australien, das auch während des größern Teils des Jahres 1922 noch das im Krieg erlassene Verbot des Handels mit Deutschland aufrechterhielt und jetzt mit prohibitiven Zöllen die deutschen Waren von seinen Grenzen fernhält; da war Amerika, das im September gegen die deutsche Einfuhr einen neuen Zolltarif in Kraft setzte, der an Höhe der Schutzzölle alle seine Vorgänger übertrifft; da war England, das durch sein Industrieschutzgesetz (Valutaausgleichszoll auf deutsche Fabrikate von  $33\frac{1}{3}$  % ihres Wertes) die deutsche Einfuhr erdrosselt.

Faßt man die ökonomischen Schläge und politischen Mißerfolge, die wir trotz unserer angelsächsischen Orientierung im Jahr 1922 erlitten haben, zusammen, so begreift man die Verblendung nicht beharrlich einen Weg zu verfolgen, der von Schritt zu Schritt in immer tieferes Unglück führt. Nimmt man dazu die Ereignisse des Januars 1923, so muß man verzweifelt ausrufen: Wann wird unserm unglücklichen Volk die Erleuchtung kommen?

## MAX SCHIPPEL · NEUERE HANDELPOLITISCHE VORGÄNGE

**V**IELE der jüngsten handelspolitischen Entscheidungen, die sich in schier beängstigender Hast folgen und einander ablösen, sind nur das Ergebnis vorübergehender volks- und weltwirtschaftlicher Ausnahmeverhältnisse, wie sie nach dem Krieg noch lange nicht aufhören konnten und immer wieder neu entstehen mußten. Man kann die nationale und internationale Wirtschaftswelt nicht erst aus allen Fugen treiben und dann einfach mit den überlieferten wirtschaftspolitischen Mitteln wieder auskommen wollen.

Eine mehr theoretische Betrachtung, die dem Dauernden und Wesentlichen grundlegender typischer Entwicklungen nachzuspüren sucht, stößt allerdings in der Überfülle der heutigen Einzelvorgänge selten auf bemerkenswertere Erscheinungen, die es festzuhalten lohnt. Immerhin fehlt es bei einem internationalen Überblick nicht an lehrreichen Beobachtungen, die zum Teil alte Erfahrungen erweitern und berichtigen, zum Teil auf ganz neuartige Entwicklungseinrichtungen hinweisen, die aufmerksam zu betrachten wir allen Anlaß haben.

Unleugbar ist inner- und außerhalb Europas zunächst die staatentrennende, international zerklüftende, ziellos von der Hand in den Mund lebende *Zollsteigerung* noch immer in unaufhaltsamem Fortschreiten. Wenn an sich dem Protektionismus (und zwar gerade in seiner verbreitetsten und auffälligsten Gestalt: dem rationellen Schutzzollsystem) im Gegensatz zum blind sich selbst überlassenen freien internationalen Wettbewerb ein bewußtes Eingreifen, ein gewolltes Aufbau- und Organisationsstreben eigen war, so ist die gegenwärtige Handhabung des Zollwesens meist nur ein Ausfluß ratloser Verlegenheit angesichts drängender Mißstände und Notlagen. Unerträgliche Verschiebungen in der internationalen Zahlungsbilanz, erschrecken-

der Verfall der heimischen Finanzen, eigene Valutaschwäche und andererseits erst recht der Kampf gegen die preisdrückenden Wirkungen der fremden Valutazerrüttung, die Rücksicht auf die während des Krieges nun einmal gewordenen, oft für Friedensbedürfnisse gar nicht besonders willkommenen Produktionsneubildungen und unter Umständen sogar die Berücksichtigung von Produktionsausartungen: dies und noch manches andere treibt in endloser gedankenarmer Wiederholung zu einem fortgesetzten Anziehen der Zollschraube, das mit schöpferischem Protektionismus nicht mehr das geringste gemein hat sondern im Gegenteil jeder weiterschauenden zielklaren Aufbaupolitik, innerhalb der heimischen Grenzen und in den Beziehungen zur staatlichen Umwelt, für später die gefährlichsten Hindernisse in den Weg wälzen muß.



UCH gegenwärtig ist, wie so oft, die *amerikanische* Tarifreform die bedeutungsvollste geblieben. Nicht nur wegen des räumlichen Umfangs ihres Geltungskreises sondern zugleich, weil die sonst wirksamen ganz vergänglichen Kräfte wie eigene Valuta- und Finanzschwierigkeiten hier am wenigsten ins Gewicht fielen und am schwächsten den Gesamtkurs störend beeinflussten. Trotzdem war aus leicht erkenntlichen Gründen Stärke und Ausdehnung der Zollerhöhungen von Ende 1922 selbst für amerikanische Gepflogenheiten ganz außerordentlich. Im allgemeinen überholt, nach dem bescheidenen Rückschlag des 9jährigen demokratischen Zollregimes, das nunmehr geltende Fordneygesetz nicht nur die republikanischen Zollakte von 1890 und 1897 sondern selbst den Payne-Aldrich-Tarif von 1909, dessen Übertreibungen und Einseitigkeiten sich an der republikanischen Partei so bitter rächten und den Sturz Tafts besiegelten.

Was das Industriegebiet anlangt, so fand sich hier (wie anderwärts) die traditionelle Stimmung für den Schutz nach außen vertieft durch den Krieg, der, mehr als je alle Zölle, die Fremderzeugnisse ferngehalten und die Union auf verstärkte Selbstversorgung angewiesen hatte. Zu den alten schutzbegehrenden Interessen waren dadurch einflußreiche jüngere Bundesgenossen gestoßen. Bei den in erster Linie hierhergehörigen Farbstoffen (und Teerprodukten überhaupt) kam noch hinzu, daß man eine höherentfaltete chemische Industrie, ähnlich wie eine vermehrte Handelsmarine, als eine wichtige Kraftreserve für Kriegsfälle schätzen gelernt hatte. Die selben Anlagen, die sich in Friedenszeiten der Herstellung von Farbstoffen widmen, lassen sich bei kriegerischen Verwickelungen erfahrungsgemäß leicht auf die Gewinnung von Giftgasen und Explosivstoffen umstellen, genau wie Friedenshandelsschiffe ohne besondere Schwierigkeiten jederzeit für Transport- und selbst für unmittelbare Kriegszwecke zur Ergänzung der Kriegsflotte zu dienen vermögen.

Das hervorstechendste Merkmal bei der jüngsten amerikanischen Zollgesetzgebung bildete jedoch das überraschende, fast widerspruchslose Abschwenken des *Farmertums* und der parlamentarischen Farmervertreter zum Schutzzoll. Für ein in allen seinen Wirtschaftsgrundlagen noch immer vorwiegend siedelungskoloniales Land stellt dies einen ganz markanten Umschlag dar. Denn wo die Landwirtschaft in ihren Hauptzweigen gewaltig über den heimischen Bedarf hinaus produziert und deshalb in ansehnlichen, mitunter in riesigen Mengen exportiert (ganz einheitlich ist diese ökonomische

mische Struktur freilich niemals für alle Landwirtschaftszweige), da sind die agrarischen Massen naturgemäß die Hauptträger einer Politik des freieren auswärtigen Handels. Sie wollen die unentbehrlichen fremden Märkte offengehalten sehen, wollen für ihren produktiven und persönlichen Bedarf billig einkaufen und bleiben sich außerdem der bis zu einem gewissen Grad stets vorhandenen Zwangslage bewußt: daß man ohne Zulassung fremder Waren die Kaufkraft fremder Abnehmer und damit schließlich die eigene Ausfuhr einschnürt. Früher der aristokratische, auf der Sklavenarbeit ruhende Süden, später der in europäischem Sinn demokratische kolonialbäuerliche Westen, beide waren deshalb stets und in gleicher Weise Gegner der traditionellen Schutzzollpolitik der industriellen Kreise (einschließlich der industriellen Arbeiterschaft). 1921 bei dem endbefristeten zollpolitischen Notgesetz (Emergency Tariff Act) und 1922 bei der Fordney-McCumber Bill rückten dagegen die Agrarzölle in den Vordergrund, und der Senat überholte noch die Beschlüsse des Repräsentantenhauses, weil er bei seiner Zusammensetzung nach Staaten und nicht nach Einwohner- und Bürgerzahl den dünnbesiedelten agrarischen Westen stärker verkörpert.

Die zeitweilige Not der Farmer infolge des agrarischen Preissturzes seit 1920-1921 ist hier mehrfach ausführlich geschildert worden.<sup>1</sup> Die Einfuhr, vor allem aus dem jüngern, grundrentenfreiern Canada, hat vielleicht mit dem schmerzlich empfundenen Preisfall nicht allzuviel zu tun. Die Farmer folgten aber nunmehr ihrerseits der üblichen, in Amerika sogar doppelt beliebten Heilmethode: Sie forderten und erhielten Zölle, 1921 provisorisch, dann 1922 ohne Befristung und noch in gesteigertem Maß. Auf Weizen ruht nunmehr ein Zoll von 30 Cents pro Bushel (1909 im Zollgesetz 25 Cents), auf Roggen von 15 Cents (1909 10 Cents); Mais zahlt wie 1909 15 Cents pro Bushel. Noch fühlbarer sind die Fleischzölle: Rindfleisch 3 (gegen 1½) Cents, Hammelfleisch 4 (gegen 2) Cents. Bis zum Renntierfleisch, zu den Eicheln, Erdnüssen, Eiern spinnt sich dies fort. Californien, das wie immer besonders leidenschaftlich tobte, versöhnte man durch Zollsteigerungen für Zitronen, Pflaumen, Nüsse. Abermals spielten die Zölle für Wolle und Rübenzucker eine hervorragende Rolle. Die Schafhalter und Herdenbesitzer wurden reichlich bedacht, und für den Zucker erhielten die Inlandsproduzenten einen beträchtlichen Vorsprung vor dem Ausland: der Wollezoll beträgt jetzt pro Pfund 2,206 Cents, gegen 1⅓ Cents im Payne-Aldrich-Tarif von 1909, und 1¼ Cents im Wilson-Underwood-Tarif von 1913; Hawaii, Portorico und die Philippinen werden dabei, wie bisher schon, als Inland behandelt, Cuba ist auf Grund seines Reziprozitätsvertrags zu einem Zollnachlaß von 20 % berechtigt.

In Amerika mit seinen raschen neuweltlichen Verschiebungen in den Produktionskräften und Produzenteninteressen waren Zollgesetze niemals für eine lange Zeit maßgebend. Während der letzten 40 Jahre stoßen wir auf die durchschlagenden allgemeinen Neuregelungen von 1883, 1890, 1894, 1897, 1909 und 1913, so daß nur zwischen 1897 und 1909 ein längerer Zeitraum liegt als zwischen den Umgestaltungen unter Wilson und seinem Nachfolger Harding. Ob jedoch die eben vollzogenen Wahlen bereits eine aber-

1) Siehe Schippel Amerikas wirtschaftliche und soziale Sorgen, Die Gärung unter den amerikanischen Farmern, Die Änderung der Kräfteverhältnisse zuungunsten der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, in den Sozialistischen Monatsheften 1920 II Seite 929 ff., 1921 I Seite 475 ff., 1922 II Seite 918 ff.

malige Wendung ankündigen, wird man bezweifeln dürfen. Denn die Farmer des Westens haben die letzte Zollbewegung gestützt und verstärkt, und die letzten antirepublikanischen Wahlen stellen vor allem auch Siege des nach amerikanischer Art vereinten Farmer-Arbeiter-Radikalismus dar. Sie werden also vielleicht eher beweisen, daß für die Demokratische Partei immer weniger die grundsätzliche Gegnerschaft gegen alle Schutzzölle in Frage kommt.

**N**ICHT ohne Reiz sind ferner die handelspolitischen Ereignisse und Auseinandersetzungen innerhalb des *britischen Imperiums*. Etwas voreilig hatte man hier vor ein paar Monaten die Auflösung der mutterländischen Tarifreformliga, der Chamberlain'schen Gründung aus dem Juli 1903, als Triumph der Freetraderichtung alten Schlages erklärt. Dann wurde das wahlprogrammatische Bekenntnis Bonar Laws: seine Partei denke keineswegs an »eine fundamentale Änderung der Grundlagen« der bestehenden Handelspolitik, als weitgehender Verzicht auf die früher gehegten Pläne einer Reichszollbevorzugung aufgefaßt. Als die Wahlen beendet waren, zogen mit Bonar Law als Premier, mit Baldwin im Schatzamt, mit Sir Philipp Lloyd Graeme im Handelsamt lauter Männer ein, die sich als Vorkämpfer der Tarifreform ihre Sporen im Partei- und Parlamentsleben verdient hatten. Als Anfang Dezember im Unterhaus ein Amendement Sir John Simons dem ganz auf den Handelskrieg gegen Deutschland zugeschnittenen Industrieschutzgesetz von 1921 und ähnlichen protektionistischen Maßnahmen den Fehdehandschuh hinwarf, erhielt die Regierung 271, die Opposition 209 Stimmen. Die Tarifreformliga mit W. A. S. Hewins an der Spitze ist allerdings tot. Aber an ihrer Stelle ist die Empire Development Union, wiederum mit Hewins in der Leitung, neu erstanden. Sie will die einmütigen Beschlüsse der Imperialen Konferenz von 1917 zur Verwirklichung bringen: die überseeischen Hilfsquellen des Reichs durch staatlich planmäßiges Eingreifen fördern, die Selbstgenügsamkeit des Imperiums höher entwickeln und die handelspolitische Vorzugsbehandlung innerhalb der Reichsteile erweitern. Sie rühmt es als Erfolg ihrer Richtung, daß seit kurzem canadisches Vieh bei der Einfuhr nach England als gesundheitsunverdächtiger angesehen und deshalb unter leichteren Bedingungen zugelassen wird als anderes Lebewild. Auch das Mutterland weiß also, wenn nicht schwerwiegende Interessen widerstreiten, reichspolitisch zu differenzieren und zu "präferentialisieren". Die Regierung bekundet ihrerseits, daß sie die Beschlüsse von 1917 nicht auf dem Papier stehen lassen sondern in die Wirklichkeit übertragen will; eine Imperial Trade Conference soll im März in London unter Teilnahme aller Dominien und Indiens zusammentreten.

Man macht andererseits viel Aufhebens davon, daß *Indien* die ihm nach und nach eingeräumte handelspolitische Selbstregierung (*fiscal autonomy*) dazu benutzt seine jungen Industrien zu schützen, selbst gegen England. In der Tat hören unter den Textilindustriellen von Lancashire die Klagen darüber nicht auf, daß den zunehmenden indischen Textilgrenzzöllen keine entsprechend wachsende indische Inlandsauflage auf das heimische Erzeugnis mehr gegenüberstehe. Das beweist zunächst nur, daß gegen gewisse wirtschaftliche Selbständigkeitsregungen in den Reichsgliedstaaten selbst das Mutterland auf die Dauer nichts ausrichten kann. Es vermochte dies in den Do-

minien, in Canada, in Australien erst recht nicht. Aber es kann, wie Canada und Australien dartun, im Gegensatz zu anderen industriestaatlichen Weltmarktskonkurrenten, für entgangene und weiter entgehende Zollfreiheiten einen gewissen Ersatz suchen und finden durch errungene und zugestandene Zollbevorzugungen gegenüber dem mitkonkurrierenden Ausland. Dafür sind vollends Canada und Australien genügende Belege. Und in Indien ist man längst an der Arbeit diesen gangbaren Mittelweg vorzubereiten. Beispielsweise sprach sich die ein Jahr zuvor eingesetzte britisch-indische Regierungskommission in ihrem Ende September 1922 erstatteten Bericht zwar für Erziehungszölle, für Abwehrmaßnahmen gegen Dumping, Exportprämien und Preisschleuderei infolge Valutaentwertung aus: »Aber Indien wäre in der Lage unter bestimmten Voraussetzungen Zollbevorzugungen zu gewähren, die britischen Industrien zu Hilfe kommen (assist) könnten und die indischen Finanzen nicht merkbar zu belasten brauchten.«

Tot ist demnach diese Bewegung wahrhaftig nicht. Sie hat zwar niemals den von Chamberlain erwarteten Sturmschritt eingeschlagen, aber von den vielen zäh gewonnenen Erfolgen hat sie auch nicht einen wieder preisgegeben, und die einzuberufende imperiale Wirtschaftskonferenz wird wahrscheinlich die Sonderverbindungen zwischen mütterländischem Zentrum und kolonialen Außenteilen des imposanten Reiches noch fester gestalten und sie mit einander noch enger verflechten.

**F**INE dritte handelspolitische Entwicklung braucht heute nur kurz gestreift zu werden, weil sie hier oft genug hervorgehoben wurde. Die Maßnahmen gegen das *Dumping* der *valutazerrütteten* Länder setzen sich ununterbrochen fort, und da sie alle, um leicht anwendbar und stets wechselnden Verhältnissen hinreichend anpaßbar zu bleiben, nur nebelhaft gesetzlich umschrieben sind und alles Wesentliche dem Ermessen der ausführenden Behörden überlassen, so kommen in der ganzen Handhabung, bald bewußt bald unbewußt, politische Sympathieen und Abneigungen ungewöhnlich stark zum Durchbruch, und Deutschland findet sich, wie die Dinge heute liegen, dabei weitaus in der ersten Reihe der Leidtragenden.

Vor allem gerade im Bereich des britischen Imperiums und des britischen Einflusses. Das englische Industrieschutzgesetz von 1921 begnügte sich bei Unterbietung »auf Grund der Entwertung der Währung des Herstellungslandes« noch mit einem Zollzuschlag (»neben anderen Zöllen«) von »einem Drittel des Wertes der Waren«. An der Wende September-Oktober 1922 passierte eine Abänderung des australischen Industries Preservation-Gesetzes das Parlament, nach der, »wenn die Währung eines Ursprungs- oder Ausfuhrlandes unter ein Zwölftel des normalen Pfund Sterling-Paris gesunken ist«, als Zollzuschlag der volle Unterschied zwischen dem deklarierten Einfuhrwert (zuzüglich eines vom Minister und der Zollverwaltung bestimmten, also als berechtigt anerkannten Händlergewinns) und dem »australischen Großhandelspreis für ähnliche Waren australischer Herstellung« erhoben werden soll. Hier hört jede gesetzliche Bestimmtheit auf; das Reich der unbegrenzten Verwaltungswillkür beginnt, und für das unbeliebte, unter Umständen verhaßte und wirtschaftlich noch immer gefürchtete Deutschland ist dies am meisten ein unerträglicher Zustand.

# CONRAD SCHMIDT · ENTWICKELUNG UND PROGRAMME



**I**N Ibsens Volksfeind, der vor dem sozialistischen Arbeiterpublikum der Volksbühne so oft gespielt worden ist, spricht der unerschrockene Doktor Stockmann in seiner großen Rede wider die kompakte Majorität in seiner drastischen Naturwissenschaftlerart von den »Wahrheiten«, als ob sie auf gleicher Stufe wie ordinäre Lebewesen stünden, wie diese in bestimmtem Zeitraum altern und zum Absterben verurteilt sind. Das klingt zunächst wie eine Leugnung aller Logik, aber verträgt sich, näher zugesehen, in gewissem Sinn doch sehr wohl mit ihr. Wenn die Erkenntnis auch das zeitlos Beständige und Dauernde umfassen will, wie in der Formulierung allgemeinsten Naturgesetzes, so führt der Weg zu solchem Ziel doch meist über Hypothesen, die, mit dem Anspruch auf Wahrheit aufgestellt, frühere Hypothesen verdrängen und von vornherein bestimmt sind das gleiche Schicksal von späteren, die überlegen scheinen, zu erleiden. Und daneben läuft der große Trupp von Meinungen, die sich auf Verhältnisse des gesellschaftlichen Lebens beziehen, dessen Zusammenhänge und Bewegungen erklären und darüber hinaus Werturteile über Erstrebenswertes enthalten. Da muß, wenn auch ein gewisser, in ganz allgemeinen Notwendigkeiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens vorgezeichneter Grundstock von Anschauungen über "gut" und "schlecht" relativ konstant bleibt, eine Änderung der Verhältnisse in weitem Umfang natürlich immer auch Änderungen in der Anschauungsweise und der Stellungnahme nach sich ziehen. Was früher als selbstverständlich galt, wird angefochten und mit gutem Recht angefochten werden; neben die alten Wahrheiten und gegen sie treten, wenn man so sagen will, mit ihnen konkurrierend und sie in ihren Geltungsansprüchen bekämpfend, neue auf. Ein Fluß, der sich in tausendfältig schillernden Übergängen bewegt, aber meist, ohne daß der Versuch gemacht würde den Wechsel der Ansichten und Meinungen in begrifflich scharfer Formulierung zu fixieren.

Auch in dem geistigen Leben der Parteien und in den programmatischen Äußerungen, in denen ihre Auffassung gesellschaftlicher Fragen und Zustände zum Ausdruck gelangt, spielt dieser Fluß der Wandlung eine große Rolle. Vor allem bei einer Partei, die wie die sozialistische nicht in einzelnen beschränkten Aufgaben aufgeht sondern das weitgesteckte große Ziel einer Emanzipation der arbeitenden Massen auf Grund fortschreitender Erkenntnis des gesellschaftlichen Entwicklungsganges erstrebt. In diesem ihrem Doppelwesen, ihrem proletarischen Klassenkampfcharakter und der bewußten Einordnung in eine evolutionistische Grundauffassung des sozialen Lebens, liegt ihre völlig eigenartige Kraft und Größe. Sie vereinigt in sich humanitären Idealismus, den Glauben an die Möglichkeit einer menschenwürdigen, Ausbeutung und Knechtschaft abstreifenden Gesellschaftsordnung (die oft als ein durch den historischen Verlauf längst widerlegtes Truggebild verspottet wird) mit einem soziologisch fundierten Realismus, der, allen Illusionen abhold, die Verwirklichung einer solchen Zukunft nicht von irgendeiner Wunderwirkung der Idee sondern von gleichfalls höchst realen Mächten der Geschichte, vor allem von der ökonomischen Entwicklung und ihren Klassenkämpfen erwartet. Das ist der übergreifende Gedanke, der, einmal erfaßt, in allem Wechsel sich forterhält. Der dem Marxismus selber

(der auf die ökonomisch-soziale Entwicklung als den maßgebenden und selbst in ständiger Bewegung begriffenen Faktor hinweist, an dem die proletarisch sozialistische Bewegung sich zu orientieren haben wird, und es dementsprechend ablehnt Rezepte für die Garküche der Zukunft zu entwerfen) zugrunde liegt. Wer statt jenes Allgemeinen einzelne der Anschauungen, die Marx unter dem Einfluß je bestimmter Zeitumstände vertreten hat, zum Wesenskern des sozialistischen Denkens erklären wollte, verfiel damit in einen Dogmatismus, der zu jener marxistischen Leitidee in innerm Widerspruch steht. Je nach den Zeitverhältnissen und der durch diese mitbedingten Machtposition der Arbeiterbewegung werden in den Vorstellungen von dem Verhältnis von Sozialismus und Kapitalismus naturgemäß sehr verschiedene Momente in den Vordergrund rücken. Momente, deren scharfe Herausarbeitung und Formulierung für die Bewegung unter den gegebenen Umständen von außerordentlicher Bedeutung ist, die aber, schlagwortartig ausgeprägt, in ihrer Relativität, ihrer Begrenztheit, ihrer Ergänzungsbedürftigkeit durch andere, gleichfalls in der Entwicklung angelegte Momente leicht verkannt werden und so den Schein der Absolutheit erhalten.

Das Kommunistische Manifest, im Winter 1847-1848 zu einer Zeit geschrieben, da die Arbeiterklasse noch nirgends das gleiche Wahlrecht besaß, die gewerkschaftliche Bewegung noch in den Kinderschuhen steckte, und der volksverheerende Heißhunger des Kapitals nach unbeschränkter Ausdehnung des Arbeitstags sich noch so gut wie ungehemmt austoben konnte, dokumentiert die Genialität seiner Verfasser in der ungeheuren Stoßkraft, mit der sie auf dem Hintergrund ihrer ökonomischen Geschichtsauffassung den Widerstreit zwischen dem Lebensinteresse des Proletariats und der herrschenden Wirtschaftsordnung zum stärksten Ausdruck bringen. Der Kapitalismus, obschon eine notwendige Etappe in der Entfaltung der produktiven Kräfte, gilt Marx und Engels zugleich als ein Gebilde, das, solange es besteht, einen ökonomischen Aufstieg des Proletariats, eine Hebung seiner allgemeinen Lebenslage ausschließt; ja als eine Wirtschaftsordnung, die zu einem Punkt ihrer Entwicklung gelangt ist, wo jede weitere Steigerung der produktiven Kräfte von einer immer rascher wachsenden Ausdehnung der Handelskrisen und damit der Arbeitslosigkeit begleitet sein muß. So treibt die Gesellschaft unter dem Kapitalismus ihrem schließlichen Bankrott entgegen. Die einzige Rettung vor dem drohenden Untergang ist eine planmäßige sozialistische Neuordnung der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsweise, die wiederum nur das Werk des Proletariats sein kann, das eben zu diesem Zweck in seinem Selbstinteresse die politische Gewalt erobern muß. Alles spitzt sich dramatisch auf eine große Katastrophe zu, bei der dann nach dem Zusammenbruch einer zum Untergang verurteilten Welt die Morgensonne einer neuen sich strahlend erheben wird. Die Losreißung von der überkommenen Denkart, der die gegebene Ökonomie in den Grundzügen unabänderlich, als eine (wie die bürgerlichen Ökonomen des aufstrebenden Kapitalismus es nannten) "natürliche Wirtschaftsordnung" erscheint, ist hier bis zu dem äußersten Extrem getrieben. Ein gewaltiges Propagandamittel zur Konsolidierung eines der bürgerlichen Welt einheitlich und geschlossen gegenüberstehenden sozialistisch-proletarischen Klassenbewußtseins war so geschmiedet. Man sah in der ausgesprochen pessimistischen Prognose, die Marx der weitem kapitalistischen Entwicklung hier stellt, in seiner Auffassung, daß die Gesetze dieses Kapitalismus einen ökonomischen Aufstieg der Arbeiter-

schaft unter der Herrschaft des Kapitalismus undenkbar erscheinen lassen, zunächst nur ein den schließlichen Sieg des Sozialismus um so sicherer verbürgendes Moment. Ohne die Frage aufzuwerfen, ob die Unterstellung solcher durch Handelskrisen zum Bankrott treibenden Tendenzen mit der Grundidee einer stufenweise fortschreitenden Entwicklung zum Sozialismus überhaupt vereinbar wäre, ob nicht die sozialistische Fort- und Umbildung vielmehr umgekehrt bereits die Möglichkeit eines ökonomischen Aufstiegs der Arbeiterklasse auch schon innerhalb der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft als notwendige Vorbedingung einschließe.

Diese Krisen- und Verelendungstheorie des Kommunistischen Manifests hat, was ihren Pessimismus anlangt, manche Analogieen mit dem Ehernen Lohngesetz, auf das Lassalle seinen sozialistischen Appell an die Arbeiter gründete. An Stelle des Hinweises auf die wachsende Verelendung durch die mit dem Kapitalismus progressiv zunehmende Ausdehnung der Krisen tritt da der Hinweis auf ein Gesetz der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft, nach dem sich der durchschnittliche Arbeitslohn niemals dauernd über das zur bloßen Lebensfristung erheischte Ausmaß, das "Existenzminimum", erheben könne. Erhöhen günstige Konjunktoren die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, so mag es wohl den Arbeitern gelingen ihre Löhne zeitweilig über das Existenzminimum zu steigern. Aber, so sagt diese, von Lassalle mit genialem taktischen Scharfblick aus dem Arsenal der bürgerlichen klassischen Nationalökonomie herausgegriffene Doktrin, die verbesserte Lebenslage der Massen muß der Tendenz nach eine Verringerung der Sterblichkeit unter den Arbeiterkindern und eine erhöhte Geburtenzahl zur Folge haben, die nach gewisser Zeit in einem anormal erhöhten Angebot von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt zum Ausdruck kommt und so die erhöhten Löhne alsbald wieder auf das zur bloßen Lebensfristung notwendige Niveau zurückwirft. Lassalle will den Arbeitern die Notwendigkeit den Sozialismus zu erstreben durch den Nachweis deutlich machen, daß alle ihre Bemühungen um eine Hebung ihrer Lebenslage unter dem Kapitalismus letztlich erfolglos bleiben müssen. Ein Fatalismus, der sich dann durch Forderung von Produktivassoziationen mit Staatskredit ergänzt, als einzigem Mittel, um die in solchen Assoziationen vereinigten Arbeiter unter Ausschaltung des kapitalistischen Arbeitgebers und Lohnherrn dem Walten jenes Ehernen Lohngesetzes zu entziehen.

In beiden Formen, der Marxschen wie der Lassalleschen, mußte die pessimistische Kritik des Kapitalismus den Gedanken einer weit über den Rahmen aller kapitalistischen Verhältnisse hinausgreifenden Zielsetzung unter den Arbeitern mächtig fördern. Aber ebenso notwendig mußte sich bei fortschreitender Entwicklung die Reflexion einstellen, daß solcher Pessimismus nur bedingte Geltung haben kann. Die erstarkende gewerkschaftliche Bewegung, die mit der politischen zusammen das Rückgrat des proletarischen Klassenkampfes selber bildet, kann mit Konstruktionen, die die Entwicklung in ein Hüben und Drüben scheiden und, ehe nicht eine Wunderkatastrophe Produktion und Verteilung auf einen gänzlich andern Boden gestellt hat, den Arbeitern jede Hoffnung ökonomischen Aufstiegs nehmen, je länger desto weniger etwas anfangen. Ginge der Kapitalismus notwendig ständig wachsenden Krisen und wachsender Arbeitslosigkeit entgegen, oder wäre die Regelung der Löhne unausweichlich jenem Lassalle-

schen Ehernen Lohngesetz unterworfen, so wäre damit ja das gewerkschaftliche Gegenwartsringen der Arbeiter letzthin zur Ergebnislosigkeit verurteilt. Die sozialistische Theorie, die doch die proletarischen Aktionen fördern und in ihrer Richtung leiten sollte, müßte in dieser ihrer pessimistischen Pointierung schließlich lähmend wirken. Das war ein Widerspruch. Und gab denn die weitere geschichtliche Erfahrung jenen Theorien recht? Diese Erfahrung zeigte doch nur den Wechsel günstigen und schlechten Geschäftsgangs, keineswegs aber, daß dieser Wechsel der Konjunkturen (durch Rückwirkung auf das Tempo der Volksvermehrung, wie es das Eherne Lohngesetz behauptet) eine tendenziell fortschreitende Hebung der Löhne durch gewerkschaftliche Organisation ausschließt; und ebensowenig zeigte sie, daß in dem Wechsel solcher Konjunkturen (wie es das Kommunistische Manifest behauptete) eine notwendige Tendenz den Umfang der Krisen und der Arbeitslosigkeit ständig weiter auszudehnen im Kapitalismus zur Erscheinung kommt. Im Gegenteil, die letzten Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Weltkriegs waren trotz der ungeheuren Expansion ihrer produktiven Kräfte durch verhältnismäßig viel geringere Krisenrückschläge als frühere Epochen der kapitalistischen Entwicklung erschüttert. Die "Naturgesetze" des Kapitalismus, solche, die von bürgerlichen Ökonomen, wie solche, die von ihren sozialistischen Gegnern aufgestellt waren, erwiesen sich als Abstraktionen, die den Wandlungs- und Anpassungsmöglichkeiten des Kapitalismus in dem geschichtlichen Verlauf nicht genügend Rechnung trugen. Die jetzige Gesellschaft ist eben, wie Marx es später so treffend formulierte, »kein fester Kristall sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus«. Und diese elastischen Anpassungs- und Wandlungsfähigkeiten werden für den Sozialismus, je mehr er im gesellschaftlichen Machtkampf aufrückt, um so wichtiger und erzwingen sich auch in seinen theoretischen Formulierungen immer mehr Beachtung.

Dieses vorwiegend reformatorische Gepräge, das das sozialistische Denken der Tendenz nach annimmt, ist ganz und gar nicht kompromißlerische Schwäche oder gar Prinzipienverrat, wie man dem Revisionismus, der jene Richtung von vornherein einschlug, zuweilen vorgeworfen hat. Vielmehr notwendiger geistiger Reflex der veränderten Verhältnisse, die einzige Möglichkeit den kritisch theoretischen Sinn des Sozialismus und seine evolutionistische Denkart vor der Erstarrung in lebensfremd gewordenen Formeln zu bewahren. Der Revisionismus forderte ja nur, daß die übernommenen theoretischen Generalisationen, wo die aufgestellte Prognose mit der weitern tatsächlichen Entwicklung nicht zusammenstimmte, einer entsprechenden Umformung unterzogen werden müßten, und daß dementsprechend auch die Taktik einzurichten sei. Ein Standpunkt der Betrachtung, der natürlich auch in veränderten Vorstellungen von den Lebensformen einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft zum Ausdruck kommen muß und auch in dieser Hinsicht jeden starren Schematismus abstreift. Karl Kautsky, der einst als Hauptgegner des Revisionismus galt, erklärt in seiner Schrift Am Tage nach der Revolution, durchaus im Sinn solcher revisionistischen Auffassung, daß eine sozialistische Gesellschaft ganz gewiß nicht als ein einfacher, durchgehends nach einem gleichen Rezept geordneter Mechanismus zu denken sei: »Die mannigfachsten Arten des Eigentums an den Produktionsmitteln: staatliches, kommunales, konsumgenossenschaftliches, produktivgenossenschaftliches, privates, können neben einander in einer sozialistischen Ge-

sellschaft existieren. Die verschiedensten Formen des Betriebes: bürokratischer, gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher, Alleinbetrieb; die verschiedensten Formen der Entlohnung der Arbeiter: fixer Gehalt, Zeitlohn, Stücklohn, Beteiligung an allen Ersparnissen von Rohmaterial, Maschinerie usw.; Beteiligung an den Resultaten intensiverer Arbeit; die verschiedensten Formen der Zirkulation der Produkte: durch Lieferungsverträge, durch Kauf aus den Lagern des Staates, der Gemeinden, der Konsumgenossenschaften, der Produzenten selbst usw. usw. Die selbe Mannigfaltigkeit des ökonomischen Mechanismus wie heute ist in einer sozialistischen Gesellschaft möglich. Bloß das Hasten und Jagen, Kämpfen und Ringen, Vernichten und Vernichtetwerden des heutigen Konkurrenzkampfes ist ausgeschaltet, und ebenso der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten.«

Noch weit entschiedener aber als in den ökonomischen Verhältnissen haben sich durch Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, zumal nach Verwandlung der beiden alten zentraleuropäischen Monarchien in Republiken, die staatlich-politischen Verhältnisse geändert. So selbstverständlich auch in aller Zukunft der Internationalismus der Arbeiterbewegung ist, so schließt er doch unter diesen Umständen keinerlei "staatsfeindliche" Gesinnung ein. Der Staat auf demokratischer Basis ist mehr als nur ein "Interessenausschuß der Bourgeoisie" oder kann und wird jedenfalls mehr sein, wenn die Arbeiterklasse die ihr übertragenen Mitbestimmungsrechte im Staatsleben tatkräftig und energisch, ihrer historischen Pflicht gemäß, ausnutzt. Und Hand in Hand damit muß der Appell an das Klasseninteresse, der bisher immer im Vordergrund der Agitation stand, sich, wenn die Bewegung ihre kulturelle Kraft und Größe bewahren will, durch starke Ausbildung auch eines staatsbürgerlich demokratischen Gemeinsinns ergänzen. Die Klasse selbst ist nur ein Teil der Gesellschaft, und in dem Maß, in dem sie auf die politische Leitung des Ganzen Einfluß gewinnt, muß sie auch den Bedürfnissen und Notwendigkeiten dieses Ganzen Rechnung tragen. Macht verpflichtet. Impulse des Eigeninteresses dürfen jedenfalls nicht ungeprüft den Ausschlag geben. Kurzsichtige Rücksichtslosigkeit in der Verfolgung von Eigeninteressen, die wir gegnerischen kapitalistischen Gruppen so oft zum Vorwurf machten, sollte auf proletarischer Seite nicht nachgeahmt werden. Manche der Streiks seit dem November 1918 ließen eine Besinnung auf solche höhere Gesichtspunkte zweifellos vermissen und haben durch die Erbitterung, die sie erzeugten, das wohlverstandene Klasseninteresse der Arbeiter selbst geschädigt. Und ebenso undemokratisch erscheint es aus dem Festhalten an dem so unerwartet rasch errungenen Achtstundentag ein absolutes bindendes Prinzip zu machen, vor dem im Namen des Klasseninteresses jede andere Erwägung von vornherein zu schweigen hat. Daß ein sozialdemokratischer Bezirksparteitag Thüringens beschließen konnte den Ausschluß des Genossen Max Cohen aus der Partei zu verlangen, nur weil er im Reichswirtschaftsrat bei den Debatten über den Achtstundentag der hier in den Sozialistischen Monatsheften von ihm und anderen vertretenen Auffassung Ausdruck gab, beleuchtet die Gefahren, die in dieser Hinsicht der sozialistischen Bewegung drohen. Wie die ungeheure Mehrbelastung Deutschlands durch die Wiedergutmachungsverpflichtung, auch durch die Notwendigkeit die eigene, durch den Krieg ruinierte Wirtschaft wieder aufzubauen, ohne Mehrleistung der heimischen Produktion und damit, auch bei technischen Verbesserungen, ohne Mehrarbeit aufgebracht werden kann,

vermag kein Mensch zu sagen. Wie also kann der Hinweis auf solche Tatbestände, so unpopulär er immer klingen mag, unsozialistisch sein? Vor- ausgesetzt immer, daß sich genügende Sicherheiten dafür schaffen lassen, daß das von der Arbeiterschaft eventuell gebrachte Opfer an Mehrarbeit dem Staat, der sie zu seiner Selbsterhaltung braucht, und nicht dem Unter- nehmertum zur weitem ungemessenen Erhöhung seiner Monopolgewinne zugute kommt. Über die Möglichkeit solcher Garantien wie darüber, was zu geschehen hat, wenn eine Ausdehnung des Arbeitstags bei sinkender Kon- junktur die Arbeitslosigkeit und damit die Unterstützungslasten des Staates selber erhöht, kann gewiß gestritten werden. Etwas ganz anderes aber wäre die prinzipielle Ablehnung, die von dem Grundsatz ausgeht, daß bei gelegent- lichem Widerstreit staatsbürgerlicher und proletarischer (wirklicher oder vermeintlicher) Klasseninteressen die letzten in jedem Fall, wie immer auch die Dinge liegen mögen, von vornherein die entscheidende Instanz zu bilden haben. Eine Partei, die ein solches Prinzip zur Richtschnur ihrer Praxis machte, wäre nicht die Geburtshelferin des Neuen sondern liefe Gefahr das keimende Leben zu vernichten.

## WILHELM ENGLER · DIE WOHNUNGSFRAGE IM RAHMEN DES PRODUKTIONSPROBLEMS

**R**EGIERUNG und Volk werden in Deutschland im Jahr 1923 vor eine Reihe schwerer wirtschaftlicher Fragen gestellt. Es gibt Leute bei uns, die glauben, daß in dem Moment, wo für uns die Höhe der Wiedergutmachungsleistung endgültig feststeht, und uns eine Auslandsanleihe gewährt wird, alle Fragen von selbst ihre Lösung finden. Daß diese Leute sich in einem gewaltigen Irrtum be- finden, ist in den Sozialistischen Monatsheften immer und immer wieder dargestellt worden. Wenn unsere Verpflichtungen festgelegt sind, und eine Stabilisierung unserer Währung beschlossen ist, dann beginnen erst recht die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Der Notwendigkeit zu anderen Pro- duktionsmethoden zu kommen, können wir durch keinerlei Beschlüsse von Kommissionen und Regierungen enthoben werden. Aber immer noch fehlt es in den parlamentarischen Körperschaften und bei den Mitgliedern der Regierungen an dem notwendigen Mut dem Volk die Wahrheit zu sagen. Wenn uns eine internationale Anleihe gewährt ist, dann muß für ihre Ver- zinsung und Tilgung gesorgt werden. Die Methode, die man bis jetzt be- folgt hat: daß man die Schulden mit neu gedruckten Papierscheinen oder mit Mitteln, die man sich durch neues Schuldenmachen beschafft hat, zahlte, kann man, wenn man "stabilisiert" hat, nicht mehr anwenden. Es muß des- halb dafür gesorgt werden, daß die Ausgaben in Staat und Gemeinde durch die Einnahmen gedeckt werden. Wenn das nicht geschieht, so wird trotz Auslandsanleihe eine Währungsfestigung nicht eintreten können.

Es ist unbedenklich für die Errichtung wirtschaftlicher Unternehmungen Anleihen nach dem Muster der badischen Landeselektrizitätsversorgung auf- zunehmen. Es ist aber äußerst bedenklich, wenn Staat und Gemeinden für unrentable Baukostenzuschüsse jährlich viele Milliarden Schulden machen. Man schreckte vor 2 Jahren davor zurück die Wohnabgabe in einer Höhe festzusetzen, daß damit auch wirklich Wohnungen gebaut werden konnten. Man verwies die Länder und die Gemeinden auf den Weg der Pumpwirt-

schaft. Bei den damaligen Baupreisen wäre die Sache vielleicht auf einige Jahre erträglich gewesen. Ich habe aber auf dem Parteitag in Kassel schon nachgewiesen, daß, wenn wir nur 6 oder 7 Jahre mit geliehenem Geld arbeiten, die Verzinsung dieser Schulden dann eine jährliche Summe erfordert, die, wäre man von vornherein zur Barzahlung übergegangen, ausreichte die Baukostenzuschüsse zu bezahlen. In den letzten 2 Jahren hat man die Wohnabgabe reichsgesetzlich auf einer Höhe gelassen, die gegenüber den heute üblichen Baukosten gar keine Rolle mehr spielt. Die Reichsregierung und die Parlamente sind gegenwärtig damit beschäftigt die Wohnabgabe neu festzusetzen. Es ist von der Regierung beantragt worden, daß die Länder und die Gemeinden je 750 % vom Friedensmieteträgnis an Wohnabgabe erheben sollen. Verschiedene Bundesstaaten haben im Reichsrat darauf hingewiesen, daß dieser Betrag nicht ausreicht auch nur eine einigermaßen genügende Anzahl von Wohnungen zu bauen. Leider haben sich die Anregungen nicht zu positiven Vorschlägen verdichtet. Ob im Reichstag Anträge auf Erhöhung kommen, ist sehr zu bezweifeln. Und doch handelt es sich hier um ein ganz einfaches Rechenexempel. Man kennt die Höhe der Baukosten und kann deshalb leicht ausrechnen, wieviel Geld man braucht, und wie hoch die Abgabe sein muß. Ich habe vor einigen Wochen im Vorwärts eine Berechnung aufgestellt, nach der bei einem Baukostensatz von 2 Millionen Mark für eine Wohnung der 30fache Betrag der Friedensmiete erforderlich ist. Seit der Aufstellung jener Berechnung sind die Baukosten wiederum gewaltig gestiegen, und neuere Berechnungen (so in einer Denkschrift von 5 Stadtbaumeistern aus rheinischen Städten) ergeben, daß nicht 1500 % sondern 6000 % der Friedensmiete insgesamt zu erheben seien. Dabei ist aber dann noch angenommen, daß auch außer der Wohnabgabe noch eine Anzahl anderer Geldquellen für den Wohnbau flüssig gemacht werden, zum Beispiel die Abgabe von den Kohlen und Arbeitgeberbeiträge. In der oben erwähnten Denkschrift wird auch der sehr beachtenswerte Vorschlag gemacht von ledigen Arbeitern und Angestellten einen Beitrag von 5 Mark pro Arbeitsstunde für den Wohnbau zu erheben: aus dem sehr berechtigten Gedanken heraus, daß jeder ledige Arbeiter oder Angestellte später einmal eine Wohnung will, und daß er in der Zeit, da er der Sorge für eine Familie noch enthoben ist, dafür leichter einen erhöhten Beitrag leisten kann als später; die geleisteten Beträge müßten ihm dann später zugute kommen, gegenüber solchen, die nichts leisten.

Die Gegner der Wohnabgabe kommen von rechts und links. Die Haus- und Grundbesitzer verlangen die Beseitigung der Wohnabgabe, weil sie der ganz richtigen Überzeugung sind, daß mit der Wohnabgabe auch die Wohnungszwangswirtschaft fallen würde. Dann kämen Mietspreisteigerungen, die weit über das hinausgingen, was im Rahmen der Wohnungszwangswirtschaft gefordert werden muß, um die notwendigen Mittel für Steuern, Gebäudeunterhaltung und die erforderliche Wohnabgabe aufzubringen. Ich habe im Vorwärts darauf hingewiesen, daß der Wohnungsaufwand für einen Arbeiter im Rahmen der Zwangswirtschaft nur auf etwa 8, allerhöchstens 10 % von seinem Einkommen zu steigen braucht, um alle die erforderlichen Mittel aufzubringen. In der freien Wirtschaft wird die Miete aber so hoch werden, daß der Arbeiter und Angestellte wieder wie früher 20 bis 25 % seines Einkommens als Wohnungsaufwand bezahlt; dieses Mehr würde dann in die Taschen der Hausbesitzer fließen. In der Agitation wird dann auch auf

allerlei unangenehme Begleiterscheinungen der Zwangswirtschaft hingewiesen. Es wird gesagt, die Ausländer kauften unsere Häuser billig weg. Es kann auch nicht bestritten werden, daß ein Teil unseres Grundbesitzes in den letzten Monaten in die Hände von Ausländern kam. Das kann aber kein Grund sein die Gemeinwirtschaft abzubauen, es muß uns vielmehr anspornen die Gemeinwirtschaft weiter auszubauen und auf diesem Weg dann zu verhindern, daß die Häuser in uns unerwünschte Hände kommen. In manchen Mietervereinen, besonders in solchen, wo "Kommunisten" oder andere verdrehte Köpfe das große Wort führen, wird mit scharfer Konsequenz jede Erhöhung der Mieterleistungen abgelehnt. Die große Masse der Mieter kommt aber mehr und mehr zu der Einsicht, daß es nicht damit getan ist einfach alles zu verweigern, sondern daß das Interesse der Gesamtheit eine Mitwirkung aller verlangt, um die vorhandenen Wohnungen zu erhalten und die erforderliche Anzahl neuer Wohnungen zu bauen. Man arbeitet freilich noch viel mit dem Schlagwort der Wohnungsrationierung. Es gibt Leute, die dem Volk vorreden, durch eine gerechte Verteilung des vorhandenen Wohnraumes könnte aller Wohnungsnot abgeholfen werden. Das ist natürlich falsch. Richtig ist, daß noch manche Personen eine größere Wohnung haben als ihre Bedürfnisse erheischen. Wenn sich jetzt aber die neuen Zuschläge für Steuern und Gebäudeunterhaltung sowie die neue Wohnabgabe und schließlich eine richtig gestaffelte und durchgeführte Wohnungsluxussteuer erst auswirken, dann werden es manche dieser Leute vorziehen ohne behördlichen Druck etwas näher zusammenzurücken, und dadurch wird Wohnraum für andere frei. Dann müssen noch die Gemeinden den Umbau großer Etagenwohnungen zu mehreren kleinen Wohnungen in jeder Weise fördern. Gegen Hausbesitzer, die trotz den Mietzuschlägen ihr Gebäude nicht unterhalten, muß mit Enteignung vorgegangen werden.

Es wird nun die Möglichkeit bestritten eine Wohnabgabe in der erforderlichen Höhe zu erheben. Wer dieser Ansicht ist, muß sich aber dann auch damit abfinden, daß eben nicht die notwendige Zahl von Wohnungen gebaut werden kann. Ich denke aber, daß angesichts der Tatsache, daß ohne Wohnabgabe ein Arbeiter oder Angestellter selbst unter der jetzt bestehenden Zwangswirtschaft 5 bis 6 % seines Einkommens für den Wohnungsaufwand zahlen muß, es ihm wirtschaftlich möglich ist, weitere 4 bis 5 % für den Neubau von Wohnungen aufzubringen; dabei ist immer noch zu beachten, daß er bei freier Wirtschaft mindestens das Dreifache bezahlen müßte. Eine einmalige gewaltige Steigerung der Wohnabgabe muß natürlich von einer gleichzeitigen Steigerung der Löhne und Gehälter begleitet sein, und in Zukunft muß die Wohnabgabe immer dem Geldwert angepaßt werden. Es muß auch jedem klar sein, daß der jährliche Aufwand für die Wohnung, deren Neubeschaffung und Unterhaltung einen so großen Arbeitsaufwand erfordert, auf die Dauer nicht billiger sein kann als die Beschaffung eines gewöhnlichen Hutes. Die Leistung der gesamten Wohnungsinhaber muß mit dem erforderlichen Gesamtaufwand in Einklang gebracht werden, den die Volkswirtschaft für die Wohnungen zu leisten hat. Wird der Wohnungsbau eingestellt, so wird dadurch die Zahl der Arbeitslosen ungeheuer vermehrt, und in irgendeiner Form muß doch für diese gesorgt werden. Jeder muß Nahrung und Kleidung haben, so daß, volkswirtschaftlich betrachtet, gar nicht so sehr viel gespart wird, wenn wir das Bauen einstellen. Man muß hier mit Friedrich List sagen, daß man nicht mit Geld sondern mit Ar-

beit baut. Von einer höhern Warte aus betrachtet ist die Frage des Wohnungsbaues eben ausschließlich eine Frage der Produktionsleistung. Es zeigt sich auch hier, daß es falsch ist sich einfach von vornherein auf eine bestimmte Zahl von Arbeitsstunden festzulegen, ohne vorher zu prüfen, wie groß dann die Gesamtarbeitsleistung sein muß, um das, was die Gesamtheit braucht, zu produzieren. Wenn wir 200 000 Wohnungen bauen wollen, dann brauchen wir eine bestimmte Menge Kohlen und, um diese zu fördern, eine bestimmte Anzahl Arbeiter. Das gleiche gilt für die Herstellung von Backsteinen, Ziegeln, Eisenkonstruktionen, Holzbearbeitung, und was sonst alles für Arbeiten für die Wohnungsherstellung notwendig ist. Um alle Arbeiten zu leisten, die für die Beschaffung des Materials und für den Bau von 200 000 Wohnungen notwendig sind, sind mindestens 1 200 000 Arbeiter erforderlich. Soll das Bauen verbilligt werden, so ist notwendig, daß Kohlen zur Genüge vorhanden sind. Haben wir sie, dann können wir verlangen, daß alle Zement-, Backstein- und Ziegelfabriken betrieben werden. Tun es die Syndikate nicht, so müssen eben gemeinwirtschaftliche Organisationen die Aufgabe übernehmen und dadurch diese dringend erforderliche Konkurrenz schaffen. Solange wir aber in der Baustoffproduktion zum Teil auf Auslandskohle angewiesen sind und einen großen Teil der Fabriken mit Rücksicht auf den Kohlenmangel stilllegen müssen, hilft alles Wehklagen über Baustoffwucher gar nichts. Wie überhaupt das Moralpredigen in dem Wirtschaftsleben nicht die geringste Wirkung ausübt. Der Wucher erscheint stets als Begleiter des Mangels, und der Mangel kann nur durch Produktionssteigerung beseitigt werden.

Die Gewerkschaftsvorstände haben zu Beginn dieses Jahres an den Reichskanzler Cuno unter verschiedenen anderen Fragen auch die Frage gerichtet, was er zur Linderung der Wohnungsnot zu tun gedenke. Der Reichskanzler war in Verlegenheit und gab eine ausweichende Antwort. Aber ich glaube, auch die Gewerkschaftsführer wären in Verlegenheit gewesen, wenn sie positive und überzeugende Vorschläge hätten machen sollen. Denn wenn wir genügend Baustoffe haben, dann fehlt es noch an Arbeitskräften im Baugewerbe. Aus verschiedenen Industrien hat man in der letzten Zeit berichtet, daß die Produktionsleistung den Friedensstand wieder erreicht hätte. Wie weit das zutrifft, bleibe in diesem Zusammenhang ununtersucht. Vom Baugewerbe konnte dies jedenfalls nicht berichtet werden. Mit der Einführung des Achtstundentags ist im Baugewerbe *keine* Steigerung der Leistung pro Arbeitsstunde erzielt worden; in vielen Orten stehen sogar die stündlichen Arbeitsleistungen hinter den Vorkriegsleistungen bei damals 10stündiger Arbeitszeit zurück. Wenn die Akkordarbeit im Baugewerbe nicht so außerordentliche Gefahren als Begleiterscheinung hätte, so müßte man aus diesem Grund ihre Einführung wünschen.

Verschiedene Baugenossenschaften haben in den letzten Jahren einen Weg gezeigt, auf dem die Wohnungsbeschaffung für diejenigen, die den ernststen Willen haben selber mitzuarbeiten wesentlich verbilligt werden kann. In solchen Genossenschaften können sich natürlich nur Leute zusammenschließen, die selbst vor schwerer Arbeit nicht zurückschrecken. In einer mir bekannten Genossenschaft leisten die einzelnen Mitglieder bis zu 1000 Arbeitsstunden unentgeltlich auf dem genossenschaftlichen Bauplatz. Als Arbeiten für die nicht beruflich ausgebildeten Bauhandwerker kommen in Be-

tracht Erdarbeiten, Herbeischaffen von Baumaterial, Handlangerdienste für die Maurer und Gipser und da, wo auf der Baustelle selbst Sand gefunden wird, die Herstellung von Zementsteinen. Facharbeiter können natürlich auch andere Arbeiten ausführen. Die Arbeiten werden nach Beendigung der regelrechten Arbeitszeit im Bureau und in der Fabrik geleistet; in sehr vielen Fällen arbeiten auch die Familienangehörigen mit, manche verwenden ihre Ferien, um einen Teil ihrer Pflichtarbeitsstunden abzuleisten. Von den Bauhandwerkern wurde die Sache zuerst mit etwas Mißtrauen betrachtet, weil man befürchtete, daß dadurch den berufsmäßigen Bauarbeitern die Arbeit weggenommen würde. Dies ist aber nicht der Fall. Es wird durch diese Mitarbeit nur ermöglicht, daß mit der gleichen Geldsumme eine größere Zahl von Wohnungen hergestellt wird. Es hat sich auch gezeigt, daß solche genossenschaftliche Mitarbeit nur dort zu erzielen ist, wo es sich um Einfamilienwohnungen in Flachbauten handelt, und wo mit der Wohnung ein Garten verbunden ist. Durch diese zu leistende Arbeit wird auch eine gute Auslese unter den Siedlern selber getroffen; denn wer bereit ist in dieser Weise am Bau mitzuarbeiten, der bearbeitet dann sicher nachher auch den mit dem Haus verbundenen Garten in bester Art. Es ist auch festzustellen, daß diese Siedler sich nicht nur aus den Reihen der Arbeiter sondern auch aus denen der Angestellten und Beamten rekrutieren. Diese volkswirtschaftlich so außerordentlich nützliche Mitarbeit der Wohnungsuchenden könnte durch die Städte und Gemeinden dadurch gefördert werden, daß man überall, wo das Bedürfnis dafür besteht, Siedlungsgelände erschließt und Heimstättenplätze an Siedler abgibt. Die Plätze müßten zunächst auch dann vergeben werden, wenn nicht sofort die Wohnung gebaut wird. Es hätten dann Familien die Möglichkeit in gemeinsamer Arbeit die zukünftigen Heimstätten für ihre Kinder als Gartenland herzurichten. Sie könnten auch den Wohnungsbau, soweit ihre finanziellen Leistungen dabei in Frage kommen, in genügender Weise vorbereiten. Dadurch würde der Spartrieb bei vielen jungen Leuten sicher sehr gefördert werden. Es könnten sich Genossenschaften bilden, die jedes Jahr eine Anzahl Wohnungen bauen und die Arbeiten, die nicht unbedingt von Unternehmern geleistet werden müssen; selber gemeinsam vollbringen. Man muß sich in der Bevölkerung von dem Gedanken frei machen, daß man einfach von der Gesamtheit eine fertige Wohnung beanspruchen kann, ohne daß man finanziell oder in direkter Tätigkeit etwas Besonderes leistet, und auch die schärfsten Verfechter des Achtstundentags werden dagegen nichts einwenden können, daß die einzelnen oder Genossenschaften von Gleichgesinnten einmal ein Jahr oder vielleicht auch mehrere Jahre einen Teil ihrer Freizeit aufwenden, um für sich und ihre Kinder eine Wohnung zu schaffen.

Wenn wir so die Kräfte des Staats, der Gemeinden, der Genossenschaften und der einzelnen Menschen zu harmonischem Zusammenwirken vereinigen, dann, aber auch nur dann, wird es uns gelingen vielleicht in 6 oder 8 Jahren die Wohnungsfrage zu einer erträglichen Lösung zu bringen. Wir werden dann trotz unserer Armut die Wohnkultur auf eine höhere Stufe heben als es in den Mietshäusern möglich ist. Gehen wir aber nicht diesen Weg systematischer Arbeitssteigerung, dann wird das Wohnungselend, das unser Leben immer unterträglicher macht und dazu die rationelle Gestaltung unserer Gesamtwirtschaft hindert, uns noch tiefer ins Unglück stürzen.



## LISBETH STERN · VON GEMEINSCHAFT

**K**ÜRZLICH brachten die Sozialistischen Monatshefte einen Aufsatz Emma Trietsch', der die Gemeinschaftserziehung für die Kinder wie für die Eltern in jeder Hinsicht empfahl, und der bestimmt war im Widerstreit der Meinungen eine Klärung der damit zusammenhängenden Probleme anzuregen. Daß nun die wirtschaftliche Lage tatsächlich zu einer Auflösung der Familie hindrängt, scheint ja wohl augenfällig genug. Aber deshalb braucht man noch nicht von vornherein nun in der Gemeinschaftserziehung einen Fortschritt zu sehen. Selbst zugegeben, daß die Einheit der Familie jetzt kaum je zu finden, daß die Zeit, in der sie Bedeutung hatte, vorbei ist, so kann man sie doch nicht ad acta legen wie etwas, das allen Sinn verloren hätte. Was mit ihr aufgegeben wird, merken natürlich die nicht, die in dem Eltern-Kinder-Konflikt gerade drin stehen. Aber das Familiengepräge, das nicht nur die Vererbung, sondern auch gerade der gemeinsame "Stall" dem Nachwuchs gab, brachte kräftige und reiche Formtypen mit sich. Wie stark und zwingend die Familientypen sind, spricht nicht nur aus der Leidenschaftlichkeit, mit der die Jungen gegen sie ankämpfen, sondern auch daraus, daß sie in späten Jahren oft wieder noch einmal mit viel mehr Deutlichkeit als bisher vorkommen. Daß dieser Familientypus durch die Vorfahren und Nachkommen uns mit der Vergangenheit und der Zukunft so eng verwebt, gab der Familie fast einen größern Sinn als allein ein Liebesbündnis ihn je haben kann. Die Verpflichtungen, die sich aus dieser Verwebung ergaben, hatten so sehr viel mehr Selbstverständlichkeit und Natürlichkeit als alles, was wir als Pflicht sonst kannten. Und was soll dieses alles uns jetzt ersetzen? Die Gemeinschaftsschulen? Wie wir sie bis jetzt kennen, vermögen sie es schwerlich. Die Landerziehungsheime scheinen mir fast mehr eine seelische Verweichlichung zu bedeuten, denn sie umgehen die Konflikte nur, ohne sie durch irgendein Positives zu überwinden; sie haben den Kindern das Leben leichter gemacht, die Reibungen sind vermieden, aber man fühlt nirgends den hohen Einsatz, den wirkliche Gemeinschaft vom einzelnen fordern müßte. Eine Gemeinschaft, die auch ihre Opfer mit der selben Selbstverständlichkeit fordert wie die Familie es tat: die brauchen wir. Aber es ist schwer die Kinder zu einer Gemeinschaft erziehen zu wollen, die es kaum gibt. Natürlich gibt es Gemeinschaften hie und da: unter Dieben oder Vereinsgenossen. Vor allem auch Gemeinschaften, die irgendeine bestimmte Situation zusammenschließt. Im Krieg, im Krankenhaus, im Gefängnis sind die Soldaten, Kranken, Gefangenen enger verbunden als die Menschen sonst. Ist die gemeinsame Tracht aber ausgezogen, sind die Schiffbrüchigen an Land, dann ist der Zusammenhang ebenso schnell wieder zerfallen wie er sich schloß. So groß auch der Sinn dieser Notgemeinschaft sein mag, auch er ist nicht, was wir suchen.

Nicht auf Gemeinschaft überhaupt, auf den *Kern*, den die gemeinschaftsbildende, produktive und gestaltende Kraft heute hat, auf *den* muß es ankommen. Das Gefühl der Gemeinsamkeit ist ja doch nur Ausdruck dessen, daß ich und mit mir unendlich viele sich an einen Lebenskern ankristallisieren, dessen Kraft auch unsere Kraft ausmacht. Wenn wir an die alten Gemeinschaften denken, an die Kirche im Mittelalter oder die Kreuzzüge, dann spricht man von bestimmten Gedanken als ihrem Kern. Aber ich denke mir,

der Kern war weit ursprünglicherer Art. Vielleicht war es nur eine bestimmte Beziehung, das Verhältnis des Menschen zu seinem Leben, das im Mittelalter zum Jenseitigen ging und dann in der Neuzeit ein suchendes blieb innerhalb der Welt. Jetzt ist aber dieses Verhältnis wieder ein anderes geworden. Ich kann darum auch an die produktive Kraft von eigentlichen Religionsgemeinschaften heute nicht glauben, ihr Aufschwung scheint mir mehr Irrung im Suchen nach Gemeinschaft überhaupt als Aufschwung der Religion. Was jetzt die Menschen verknüpft, was jetzt fortwirkende Kraft hat, ist, glaube ich, ausschließlich die *Arbeit*. Die Arbeit, die auf Leistung und Gegenleistung beruht. Es ist das natürlich nur als der allgemeine Nährboden gedacht, der die verschiedenen Einzelgruppen versorgt. Gleichmäßig bestimmend für sie alle ist aber, daß die Zentrierung nicht auf den einzelnen gerichtet sein darf. Alle die vielen religiösen oder aus religiösem Urgrund stammenden Sekten scheinen mir jetzt nur so weit lebenskräftig wie irgendeine Arbeit sie zusammenhält. So bei den Zionisten, bei den Quäkern, der Heilsarmee und auch bei den Wandervögeln. Wogegen alle Vereinigungen, die durch ein bloßes gedankliches Moment wirken wollen: der Pazifismus, Völkerbund, die Weisheitsschule, daneben wie Totgeburten wirken, an deren Existenz man nicht recht glaubt. Anders steht es um die wahrhafte Idee, die ja nicht etwa intellektuelles Ergebnis sondern schöpferisches Erlebnis ist, die darum auch das Leben umschafft, den ganzen Menschen ergreift und, alte Bindungen lösend, neue Gemeinschaft bildet.

Wo sitzt denn nun der Keim, von dem man für die Zukunft neue Lebenskraft erwarten kann? Am klarsten in der Arbeiterklasse. Gewiß findet man da auch Bürokratie und politisches Phrasentum, aber ihr Kern ist kräftig, schon allein in der Geschlossenheit, mit der sie denkt und fühlt. Ihre Organisation der Gewerkschaften und der Betriebsräte zeigt ein Standesbewußtsein, das auch für die anderen Stände Vorbild sein sollte. Denn *eine* Arbeitsgruppe fordert natürlich auch die andere, aber sie dürfte in ihrem Sonderinteresse ihr nicht feindlich, auch nicht einmal fremd gegenüberstehen. In jeder einzelnen Arbeitsgruppe muß auch der Geist der größeren Gruppen und der Gemeinschaft lebendig sein können, wie es tatsächlich im Fabrikbetrieb oft auch sein muß. Arbeiter und Ingenieur sind da so auf einander angewiesen, daß keine Arbeit einzeln zu verstehen ist. Auch der neue technische Begriff der Betriebserfindung begreift das in sich. Bestimmte technische Probleme werden durch den Betrieb so herausgearbeitet und auch wieder gleichsam durch ihn gelöst, daß kein einzelner sich den Erfinder nennen kann, nur der Betrieb selbst wie ein lebendiges Wesen zu wirken scheint. Er kann vielleicht die Keimzelle für die große Wirtschaftsgemeinde bilden, zu der wir wollen. Aus ihm kann sich die neue Struktur entwickeln, deren Wesentliches ist, daß die Kräfte sich in einem ständigen Fluktuieren befinden, derart, daß alle toten Punkte, wie sie jetzt zum Beispiel die Aktionäre bilden, von innen heraus abgestoßen werden. Ich denke mir diesen neuen Wirtschaftsorganismus ähnlich dem Blutumlauf im Körper, der sich auch nur hält und trägt durch ein bestimmtes dynamisches Gleichgewicht, das sofort gestört ist, wenn an einer Stelle die Kräfte stagnieren. Und gerade auf das Gleichgewicht der Kräfte kommt es an. Das Verhältnis, das wir brauchen, ist nicht Geld : Kraft sondern Kraft : Kraft. Daß Menschenarbeit mit Geld bezahlt werden konnte, wie eine Ware, ist ja und bleibt ein Unding. Eine Leistung kann nur durch ihre Gegenleistung gewertet

werden. Und wie in jedem Organismus die kleinen Teilchen, die ihn bilden, auch wieder durch ihn gehalten werden, so hält der Wirtschaftsorganismus auch uns einzelne. Er nimmt uns auf und stößt uns wieder ab, wenn unsere Arbeitskraft erlischt.

Es gibt wohl viele, die dieser Gemeinschaft mit Resignation entgegensehen. Ich für mein Teil begrüße sie mit Freude und Erwartung. Sitzt doch die Arbeit so ursprünglich im Menschen drin wie die Religion es einst tat. Selbst alle die, deren Arbeit einsam verläuft, werden doch ihren Segen fühlen müssen, als weite sich der Raum um sie und schlosse sich wieder in einem weiten und reinen Bogen. Wenn man doch die Rhythmen, in denen die Arbeit schwingt, so zu hören lernte wie Walt Whitman:

»O in Bergwerken zu arbeiten oder Eisen zu schmieden,  
Eisen zu gießen, die Gießerei selbst, das rohe, hohe Dach, der weite und schattige Raum,

Der Hochofen, die heiße Flut, die sich ergießt und hinschießt . . .

O die Freuden des Ingenieurs. Auf einer Lokomotive zu fahren,  
Das Zischen des Dampfes zu hören, den lustigen Schrei, die Dampfpeife, die lachende Lokomotive,

Vorzudringen in unaufhaltsamer Fahrt und hinzueilen in Ferne . . .

Die Arbeit der Fischer, die Arbeit des Aalfischers und des Muschelfischers.  
Ich komme mit meiner Muschelhacke und Spaten, ich kommen mit meinem Aalstecher.

Ist die Flut gewichen? Ich schließe der Schar der Muschelgräber mich an  
auf den Sandbänken,

Ich lache und grabe mit ihnen, spaße bei meiner Arbeit, ein ausgelassener  
Bursche . . .

O die Freuden des Farmers,

Die Freuden des Mannes aus Ohio, Illinois, Wisconsin, Canada, Iowa, Kansas, Missouri, Oregon.

Aufzustehen bei Tagesgrauen und behende zur Arbeit hinauszueilen, Land  
zu pflügen im Herbst für die Wintersaat,

Land zu pflügen im Frühling für Mais,

Obstgärten zu ziehen, Bäume zu pflöpfen, Äpfel zu ernten im Herbst . . .«

## PAUL KAMPFFMEYER · VOM DEUTSCHEN FASCISMUS



M 2. November 1921 gab der sächsische Minister des Innern Lipinski im sächsischen Landtag eingehende und tief in das Wesen des Fascismus dringende Aufschlüsse über sächsische Geheimorganisationen. Vor allem enthüllte er die Zwecke und Ziele der sich über ganz Deutschland erstreckenden Organisation C. Diese Organisation C setzte sich vorwiegend aus den Angehörigen der Marinebrigade Ehrhardt zusammen, die das militärische Rückgrat des Lüttwitzputsches bildete und nach ihrer offiziellen Auflösung in losem Zusammenhang noch fortbestand. Die Geschichte der Organisation C weist also auf den wirklichen Springquell der deutschen Geheimbünde hin: auf militärische, durch kommunistische Aufstände und durch den Lüttwitzputsch in Tätigkeit gesetzte Formationen. Diese Formationen tauchten zuerst in den Straßenschlachten der revolutionären Putsche vom Jahr 1919

auf. In diesen organisierten sich die Offiziere und Anhänger des alten Regimes zu Freikorps, durchsetzten die Reichswehr und gewannen Einfluß auf die sich neubildende Wehrmacht. Der Kampf gegen die Münchener Räterepublik rief relativ große Gruppen früherer Militärs unter die Fahnen und stellte eine feste militärische und geistige Verbindung unter ihnen her. Das durch die Revolution erschütterte Selbstbewußtsein der gestürzten militärischen Götter und Halbgötter hob sich wieder, da sie in den erbitterten Schlachten des Arbeiterbruderkriegs die wirkliche Schwäche der neuen Staatsgewalt erkannten und auf ihre geschickte Ausbeutung ihre Taktik einstellten. Konnte die junge Republik nach ihrer Meinung kaum der lose zusammengefügten bewaffneten Haufen der Kommunistischen Partei Herr werden, was sollte sie da gegen eine organisierte und zentralisierte Erhebung kampfbereiter Militärs ausrichten können? Die Durchschnittsmilitärs sahen die sozialrevolutionären Vorgänge der Zeit nur von den Kasernenfenstern aus, der Ausgang des Weltkriegs ist ihnen noch nicht zum Bewußtsein gekommen, die tieferen geschichtlichen Zusammenhänge sind ihnen unbekannt, und so glaubten sie mit einigen Divisionen gedrillter, disziplinierter Soldaten die Staatsgewalt, die sich erst nach der Befreiung aus den Banden einer längst überjährig politischen Zwangordnung neu gebildet hatte, ohne weiteres wieder erobern zu können.

Die Machtverhältnisse der Klassen hatten sich nach der Sprengung der alten, die politische Entwicklung der Gesellschaft gewaltsam niederhaltenden Militärmonarchie wesentlich geändert. Und diese neue Klassenordnung mit ihren gigantischen sozialen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gebar aus sich eine neue politische Verfassung, die sich mit wachsender Fundamentierung als starkes Bollwerk gegenüber militärischen Putschen erweisen mußte. Putsche können wohl diese oder jene rein politischen Institutionen vorübergehend beseitigen, niemals aber können sie ganze Klassen über den Haufen werfen und soziale Machtverhältnisse einfach vernichten. Als im Lüttwitzputsch die junge Staatsgewalt schwankte, stand für sie die neue Gesellschaft auf, es erhoben sich für sie die großen gewerkschaftlichen Verbände des neuen sozialen Deutschlands. Sie waren eben »ein Stück Verfassung« der jungen Republik. Die Struktur der neuen deutschen Gesellschaft entging den Soldatenaugen vollständig, die nur die noch unbefestigte deutsche Staatsverfassung sahen. Die entthronten Militärs verschworen sich gegen diese Verfassung, die sie mit geringer militärischer Machtentfaltung stürzen zu können vermeinten. Waren sie überdies der Unterstützung der höhern, noch am Alten hängenden Staatsbureaukratie und der einflußreichen Führer der reaktionären Parteien sicher, dann mußte nach ihrer Meinung der Umsturz des republikanischen Staates gelingen.

Fanatische Anhänger der alten, gestürzten Militärmonarchie schwärmten im Jahr 1919 aus ihren Verstecken auf, um geschulte und disziplinierte Soldaten für eine Umsturzarmee zu werben. Aus den Papieren und Briefschaften des im Lüttwitzputsch erschlagenen Hauptmanns Berthold können wir das Werden der konterrevolutionären militärischen Geheimbünde genau verfolgen. Berthold läßt durch mehrere Offiziere die Garnisonen Bayerns bereisen, und zugleich knüpft er persönliche Beziehungen zu einflußreichen Regierungsmännern und politischen Parteiführern an. In dem bei ihm gefundenen Plan einer »Organisation in Bayern« heißt es wörtlich:

»Die Waffe führt den ersten Schlag, reinigt die Luft, beseitigt rasch und rücksichtslos all das, was an Schwäche und Verbrechertum dem Volk den Atem abschneidet. Nach geführtem Schlag bildet der Teil des Volkes in Waffen die Hauptstütze für den sogenannten Zivil- und Wirtschaftsdiktator.«

In der militärischen Organisation bilden die früheren 3 Armeekorps in München, Nürnberg und Würzburg die eigentliche Grundlage. Im Organisationsplan wird in der sogenannten Vorbereitung die »Mobilmachung der Reichswehr und Studentenschaft«, die »Mobilisierung der Bürgerschaft« und die »Zusammenfassung sämtlicher Bestrebungen, die auf militärischem Gebiet von anderer Seite betrieben«, vorgesehen. Die Zivilorganisation lehnt sich in der Gliederung und Vorbereitung der »Arbeit« fest an die militärischen Organisationen an.

Am 13. März 1920 schlug der Kapitän Ehrhardt in Berlin los, und in München schlossen sich große Gruppen von Militärs und Zeitfreiwilligen der von Ehrhardt und Lüttwitz erhobenen Fahne der Rebellion an. Schon in der Frühe des 14. März konnte in München die Sicherheit des sozialistischen Ministeriums Hoffmann nicht mehr vom Militär und von der Polizei gewährleistet werden. Das sozialistische Ministerium trat zurück, und von Kahr wurde Ministerpräsident. Die Zeitfreiwilligenverbände bestanden fort, und zahlreiche Angehörige der aufständischen Ehrhardtdivision zogen sich in Bayern zusammen. Die Organisation C tauchte nun auf, und sie erstreckte sich über das ganze Reich. Fast in den Tagen des Putsches wurde auf Verordnung des Generals Lüttwitz die Organisation monarchisch gesinnter Unteroffiziere, die »Ormgunt«, geschaffen. Die so genannte Organisation strebte die Propaganda des monarchistischen Gedankens und die Errichtung geheimer Zeitfreiwilligenformationen, geheimer Waffendepots und einer geheimen Nachrichtenstelle an. Nach einem spätern, stark auftragenden Geheimbericht der Ormgunt rühmen sich die Führer dieses Bundes über 80 000 Mann zusammengefaßt zu haben. Das war, wie mit Händen zu greifen ist, eine Übertreibung.

Die Geheimbünde sind fast ausnahmslos fanatische Anhänger des deutschvölkischen Glaubensbekenntnisses, das von ihnen mitunter zu einer wirklichen Mord- und Totschlagspropaganda, zu verbrecherischer Aufreizung zu Pogromen benutzt wird. Als Typus eines rebellischen Geheimbunds stellt sich die Organisation C (Consul) dar. Aus der vom Minister Lipinski veröffentlichten Abschrift des Statuts dieser Organisation sind besonders die sogenannten Richtlinien und Erläuterungen zur militärischen Organisation psychologisch interessant. In diesen Richtlinien und Erläuterungen (in welchem Umfang sie allgemein anerkannt und verbreitet waren, das entzieht sich unserer Kenntnis) wird die Taktik aufgestellt, die im allgemeinen in den Geheimbünden praktiziert wurde. Die Ehrhardtsche Nationalarmee enthält »lokale Stoßtrupps zur sofortigen Verstärkung der Polizei, Reichswehr oder sonstiger Ordnungstruppen, lokale Stoßtrupps zum Schutz nationaler, zur Sprengung antinationaler Veranstaltungen, zur Unmöglichmachung ekelhafter Theaterstücke, Personen [!].« (Nach diesen Vorschriften hat sich später die sogenannte Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei betätigt und eine geradezu gemeingefährliche Schreckensherrschaft in Bayern aufgerichtet.) Tief in die Psyche der deutschen Fascisten blicken wir, wenn wir uns die »Männer« vergegenwärtigen, die nach diesen Richtlinien und Erläuterungen die »Brigade« zusammensetzen sollen. Es heißt dort:

»Es dürfen nur Männer in die Brigade, die entschlossen sind, die keinerlei Hemmungen irgendwelcher Art in sich tragen, die bedingungslos dem Führer gehorchen, die brutal genug sind rücksichtslos durchzugreifen, wo sie eingesetzt werden. Als Unterführer kommen nur Offiziere in Betracht, die Kriegserfahrung und Erfahrung im Straßenkampf mit aufrührerischen Massen haben, vor allem, die eine Hauptidee haben aus der Praxis besitzen: Nicht verhandeln sondern schießen und rücksichtslos befehlen! Innerhalb der Brigade eine Stoßtruppe aus kühnen, sportfreudigen Elementen, die erforderlichenfalls gewagteste Unternehmen ausführen, unbekümmert um Folgen und eigene Verluste. Deshalb möglichst junge Männer, die keinen Anhang haben, und denen niemand nachtrauert.«

In der Öffentlichkeit wurden die Geheimbünde zuerst Anfang des Jahres 1921 durch einen Artikel der Münchener Post bekannt. Die Aufmerksamkeit dieses Blattes war besonders durch 2 sensationelle Ereignisse auf das Bestehen bestimmter Geheimorganisationen gerichtet worden: durch die Ermordung des Dienstmädchens Sandmeyer im Forstenrieder Park bei München und durch den Mordanschlag auf den ehemaligen Reichswehrosoldaten Dobner. Bei der Leiche Sandmeyers, die ein verstecktes Waffenlager angeben wollte, fand man einen Zettel mit der Aufschrift Die Schwarze Hand. Der Reichswehrosoldat Dobner, der mit einem vom Polizeipräsidenten Poehner bezahlten Spitzel bekannt geworden war, trug sich ebenfalls mit der Absicht ein Waffenlager zu verraten. Er wurde von 2 Studenten im Automobil entführt, schwer mißhandelt und so stranguliert, daß er in seiner Todesangst mitten in schnellster Fahrt aus dem Automobil sprang. Aus der Untersuchung der Dobneraffäre im bayrischen Landtag ergab sich das Bestehen einer Art Organisation, die unter der Mitwirkung der Münchener Polizei verborgene Waffenlager bestimmten nationalistischen Kreisen sichern und vor behördlichen Zugriffen bewahren wollte. Die Mitglieder dieser Organisation waren offenbar zu der Anwendung brutalster Gewaltmittel entschlossen, wenn sie ihren Waffenlagerbesitz durch Angebereien bei deutschen oder fremden Behörden gefährdet sahen.

Wenige Monate nach diesen Vorfällen, am 11. Februar 1921, erschien in der Münchener Post ein Artikel, durch den die Statuten der Reichsfahne Oberland, einer deutschvölkischen, sich gegen jede Waffenablieferung verschwörenden Geheimorganisation, der Öffentlichkeit übermittelt wurden. In diesen Statuten heißt es unter anderm:

»5. Wir werden niemals unsere Waffen abliefern und uns auflösen. Kein feindliches Diktat wird uns wehrlos und somit ehrlos machen. Drohung mit Zuchthaus schreckt nur Feiglinge, Aussicht auf Belohnung ermuntert nur Schufte zur Ablieferung von Waffen.

6. Die Führer des Oberland treten jederzeit für diese Punkte ein und verpflichten sich ehrenwörtlich von diesen Grundlinien nie abzuweichen, sie nicht nur mit Worten sondern auch mit Taten zu verwirklichen: treu bis in den Tod.

7. Jedes Mitglied der Reichsfahne Oberland verpflichtet sich ehrenwörtlich: a. der Reichsfahne Oberland Mannestreue zu halten bis in den Tod, b. unbedingten Gehorsam allen Führern der Reichsfahne zu halten, c. für die Gedanken des Oberland zu werben und alle entschlossenen Männer, die an Deutschlands Zukunft glauben, zu sammeln und zum Eintritt in die Reichsfahne Oberland zu veranlassen.

8. Verräter und Wortbrüchige verfallen der Feme.«

Die Organisation Reichsfahne Oberland zählte etwa 600 Mann, die durchweg deutschvölkisch gesonnen waren. Ähnliche organisatorische Grundsätze waren übrigens von der deutschvölkischen Geheimorganisation C betätigt, die nach der Ermordung Erzbergers im September 1921 von der badischen Polizei aufgedeckt wurde. Der Geheimbund strebte die Einsetzung einer nationalen Regierung an, widersetzte sich der Entwaffnung und bekämpfte

»alles Anti- und Internationale«, das Judentum und die in seinen Augen antinationale Weimarer Verfassung. Auch die Statuten dieses Geheimbundes drohten allen »Verrätern« die Feme an.

Am 19. Oktober 1921 legte die Münchener Post die Fäden der Geheimorganisation Oberland im einzelnen bloß. Oberland hat nach dieser Zeitung eine Spionageabteilung gegen das feindliche Ausland, eine Einbruchsabteilung, eine Abteilung zur Beseitigung und Überwachung Unzuverlässiger in den eigenen Reihen, eine Spionageabteilung gegen politische Gegner. Die »Mordkommission« dieser Geheimorganisation fungierte in Oberschlesien unter der Bezeichnung des »Wurfkommandos« und in München unter der des »Rollkommandos«. Die Münchener Post beleuchtete die Arbeit dieser Geheimorganisation durch ein, von Ruge (Berger) abgefaßtes Telegramm, das die Ermordung eines Freiwilligen Stefan anordnete. Überhaupt führte diese Zeitung gutverbürgte Tatsachen über die förmliche Hinrichtung von Männern an, die von der Nachrichtenzentrale Oberland in Oberschlesien in Anmaßung amtlicher Befugnisse verurteilt worden waren. Die Münchener Post beschuldigte die Münchener Polizeidirektion, daß sie mit der Geheimorganisation Oberland durch einen Herrn Weil in Verbindung stünde. Die detaillierten Berichte der Münchener Post gingen ins Land, ohne daß die Angeeschuldigten Klage gegen diese Zeitung zu erheben wagten. Diese bezeichnende Tatsache stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Dill im bayerischen Landtag fest.

Übrigens ist die Geheimorganisation Oberland durch ihre eigenen Mitglieder derart herabgewürdigt worden, daß man sie jeder Gewalttat für fähig halten muß. Der Oberländer Ruge prangert seinen eigenen Führer, den Hauptmann Beppo Roemer, auf einem Flugblatt an, weil dieser den Kommunisten mit 700 000 Mark (es sollen tatsächlich nur 350 000 Mark gewesen sein) für die Münchener Neue Zeitung beigeprungen sein soll; auch wird er beschuldigt einen Befehl zur Ermordung des Kapitäns Ehrhardt gegeben zu haben. Der genannte Beppo Roemer ist übrigens wegen eines geplanten Überfalls auf ein Fremdenautomobil der Firma Schenker zu einer längern Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Mit den Oberländern eng verbunden sind die Organisation Roßbach, die Ehrhardtschen Arbeitsgemeinschaften und die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei. Sie alle haben eine militärische Organisation, bilden Stoßtrupps, haben Nachrichtenzentralen, Fahrradkompanieen usw. Bekannt oder besser berüchtigt sind vor allem die Hundertschaften Hitlers, die in der Gegend von Rosenheim wie öffentliche Behörden schalteten und walteten. Den Nationalsozialisten fallen Landfriedensbrüche, verbrecherische Anschläge auf Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, pöbelhafte Angriffe auf die Reichsregierung, rohe Überfälle auf Personen zur Last. Offen bekennt sich der nationalistische Völkische Beobachter zum staatsumstürzerischen Fascismus und verwirft den gesetzlich parlamentarischen Weg der politischen Machteroberung.

Mitte Dezember ist in der Deutschvölkischen Freiheitspartei eine öffentliche fascistische Parteiorganisation geschaffen worden. In dieser Organisation führt ein Mann wie der Oberst Xylander /München/, der sich für eine förmliche Koalition mit den Nationalsozialisten begeisterte, das große Wort. Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei ist nunmehr den Vereinigten



# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

**Grundstücksverkehr** Das *preußische* Staatsministerium hat im Landtag den Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken vorgelegt, nachdem der Staatsrat sein Gutachten abgegeben und einige weniger wichtige Änderungen vorgeschlagen hatte. Der Entwurf ist für die Gemeinden von nicht geringer Bedeutung, da ihnen wenigstens, soweit sie Stadtkreise sind, neue Aufgaben auferlegt, aber auch neue, recht wichtige Rechte gewährt werden. Er will den Verkehr mit Grundstücken von der Genehmigung einer Behörde abhängig machen und folgt damit dem Beispiel anderer Länder, die wesentlich früher in dieser Richtung vorgegangen waren, gleichzeitig aber auch eine Beeinflussung der Preise der Grundstücke zu erreichen hatten. Wie die Begründung der Vorlage ausführt, haben die Massenaufkäufe von städtischen bebauten und un bebauten Grundstücken und die damit verbundenen Gefahren, wobei wohl in erster Linie an Ankäufe durch Ausländer gedacht ist, die preußische Regierung zu ihrem Vorgehen veranlaßt, nachdem die Reichsregierung es abgelehnt hatte die Angelegenheit zu regeln. Die Staatsregierung verschließt sich, fährt die Begründung fort, dabei der Erkenntnis nicht, daß mit der Überwachung des städtischen Grundstücksmarkts sehr erhebliche Unbequemlichkeiten für Handel und Verkehr verbunden sind. Sie glaubt aber doch zu einer solchen Maßnahme übergehen zu müssen, da unerfreuliche und unzweckmäßige Verkäufe von städtischen Grundstücken sich seit einiger Zeit derart häuften, daß damit eine Gefahr für das Staatswohl verbunden sei. Von der Überfremdung des städtischen Hausbesitzes spricht die allgemeine Begründung nicht. Doch darf man wohl davon ausgehen, daß sie der Hauptanlaß war, um diese Handel und Verkehr allerdings stark belästigende, außerdem aber auch die bürokratischen Eingriffe in das Wirtschaftsleben vermehrende Einrichtung vorzuschlagen. Ob aber das ausländische Kapital bereits so stark in den deutschen Grundbesitz eingedrungen ist oder sich anschickt in ihn einzudringen, daß man sich zu einem allgemeinen Gesetz für alle Landesteile ohne Unterschied ent-

schließen mußte, darf füglich bezweifelt werden. Die bereits in dieser Rundschau (1922 II Seite 1012) erwähnte Statistik des Deutschen Städtetages beweist jedenfalls nur, daß in einzelnen Städten das ausländische Kapital deutschen Grundbesitz in größerem Umfang erwirbt, während in anderen von einem Eindringen so gut wie gar nichts zu merken ist. Unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung der Überfremdung hätte es vollkommen genügt, wenn man den von ihr bedrohten Städten das Recht gegeben hätte durch Ortsstatut eine solche Genehmigung einzuführen. Die Begründung spricht aber, wie gesagt, überhaupt nicht von der Überfremdung sondern führt andere, allgemeine Gesichtspunkte an. Mit einem etwas wunderlichen Pathos trägt sie in das großstädtische Mietsverhältnis einen Haufen von Sentimentalität und Moralität hinein, die doch sicherlich seit Jahrzehnten in ihm auch nicht mehr die geringste Stelle haben. Es ist danach äußerst wichtig, daß der Hauseigentümer »seinem Besitz äußerlich und innerlich nahe steht, ihn nicht lediglich als eine Geldanlage, als einen Sachwert sondern als einen von ihm persönlich geschätzten ansieht, den er sorgfältig und pfleglich behandelt und zu erhalten strebt«. Man wird diese Auffassung besonders schätzen, wenn man sich erinnert, daß die Regierungsverordnungen über Mietspreise es den Hausbesitzern unmöglich machten ihren Besitz sorgfältig und pfleglich zu behandeln. Dann muß weiter die Zwangswirtschaft auf dem Gebiet des Wohnungswesens mit ihren vielfach geradezu absurden Einrichtungen als unvereinbar mit einem freien Verkehr auf dem Grundstücksmarkt aufmarschieren. Nach der Begründung ist es mit ihr unvereinbar, wenn Mietshäuser in großem Umfang lediglich aus Spekulationsabsichten oder um Geld unterzubringen oder aus ähnlichen Gründen aufgekauft, demnächst wieder weiter verkauft werden, kurz, wenn der Hausbesitz wie eine mobile Handelsware behandelt wird. Das ist nicht einmal als Feststellung von Tatsachen, geschweige denn als moralisch-politisches Urteil richtig. Auf der gleichen Höhe steht der zweite Grund, mit dem die preußische Regierung ihren Eingriff in den Grundstücksverkehr zu rechtfertigen sucht. In zahlreichen Fällen hätten die Verkäufer sich vornehmlich durch derzeitige Unbequemlichkei-

ten und Schwierigkeiten bei der Hausverwaltung oder durch zwar scheinbar hohe, tatsächlich aber unzureichende Papiermarkpreise zu Verkäufen voreilig verleiten lassen, die sie nachher oft wieder bereuen. Das sei aber um so bedenklicher, als es vielfach gerade Angehörige des Mittelstands seien, zu denen diese Hausbesitzer zählen, und die damit [womit?] in ihrer ganzen Existenz bedroht erscheinen durch unüberlegte Fortgabe ihres Sachwertes. Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten der Hausverwaltung haben ohne Zweifel viele Hausbesitzer zu Hausverkäufen veranlaßt. Worin bestehen aber diese Schwierigkeiten? Die Hausbesitzer sind mit den von den Behörden festgesetzten Mieten nicht imstande ihren Hausbesitz festzuhalten und zum Verkauf gezwungen, und wenn ihnen dann ein Ausländer eine ihnen hoch erscheinende Papiermarksumme bietet, so sind sie natürlich nur zu sehr geneigt sich des lästigen Besitzes zu entledigen. Da die wirtschaftliche Not sie zum Verkauf zwingt, und der preussische Staat nicht bereit ist ihnen die nötigen Mittel zur Erhaltung ihres Besitzes zu gewähren, so müssen sie unter allen Umständen verkaufen, ob nun an einen Ausländer oder Nichtausländer. Erhalten sie in Zukunft die Genehmigung zu Verkäufen an Ausländer nicht mehr, so werden sie zu noch ungünstigeren Preisen verkaufen müssen, ohne daß der preussische Staat ihnen die Differenz darauf zahlt. Die Unbequemlichkeiten der Hausverwaltung? Das sind doch die Einrichtungen der Zwangswirtschaft. Immerhin ist es anerkennenswert, wenn man sich einer Bevölkerungsgruppe, mögen es auch nur Hausbesitzer sein, wenigstens in der Begründung erbarnt und die polizeiliche Maßregel, mit der man ihnen den letzten Weg zu einem verhältnismäßig günstigen Verkauf ihres entwerteten Besitzes abzuschneiden sucht, mit einem Schönheitspflästerchen versieht. Das sind also die Übelstände, die uns die Begründung schildert, und sie will ihnen begegnen, indem sie zunächst für städtische Grundstücksverkäufe die Genehmigung des Staates verlangt und der Gemeinde in den Fällen, in denen die Genehmigung versagt werden soll, ein Vorkaufsrecht gewährt. Ausgeschlossen sind Grundstücke, die ganz oder überwiegend land- oder forstwirtschaftlich oder gewerbsmäßig gartenwirtschaftlich genutzt werden, ferner Moor-, Öd-, Heide- und Unland sowie Grundstücke, die weniger als 500 Mark Gebäudesteuer-Nutzungswert haben oder kleiner als 100

Quadratmeter sind. Für die landwirtschaftlichen Grundstücke gilt die Verordnung vom 15. März 1918, die anderen Grundstücke sind wegen ihrer Unbedeutendheit ausgeschlossen. Sämtliche Rechtsgeschäfte, die die Veräußerung eines Grundstücks zum Gegenstand haben, unterliegen der Genehmigung. Sie wird in dem Landkreis vom Landrat, im Stadtkreis vom Gemeindevorstand erteilt und darf nur dann versagt werden, wenn wichtige allgemeine Interessen entgegen stehen. Diese so außerordentlich dehnbare Vorschrift gewinnt eine gewisse Bestimmtheit dadurch, daß 4 besonders wichtige Fälle einzeln aufgezählt werden, in denen die Genehmigung vor allem versagt werden kann: 1. wenn die ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Grundstücks zum Schaden der Wohnungsfürsorge oder die Erhaltung des bestehenden Wohnraumes oder des Wirtschaftslebens gefährdet erscheint, 2. wenn der Verkauf vorgenommen wird, um eine auf dem Grundstück betriebene Industrie oder einen gewerblichen Betrieb stillzulegen, wenn nicht die Stilllegung aus besonderen Gründen gerechtfertigt erscheint, 3. wenn die Übereignung unter Ausnutzung der Notlage des Eigentümers zu unbilligen Bedingungen, insbesondere zu einem erheblich hinter dem Wert zurückbleibenden Preis geschieht, 4. wenn die Veräußerung an jemanden erfolgt, der aus dem Grundstückshandel ein Gewerbe macht oder Grundstücke zu spekulativen Zwecken aufkauft. Auch durch Anführung dieser Beispiele wird die Bestimmtheit dieser Vorschriften nicht viel größer. Es wird nicht einmal das verlangt, daß Tatsachen vorhanden sind, aus denen eine Gefährdung der ordnungsmäßigen Bewirtschaftung des Grundstücks abgeleitet werden kann, sondern es genügt schon, wenn sie gefährdet erscheint. Was sind unbillige Bedingungen in der Ziffer 3, und wie wird der Wert gewonnen, hinter dem die Preise nicht erheblich zurückbleiben sollen? Gerade diese Bestimmung ist besonders gefährlich. Die Behörde soll hier das Recht erhalten den Verkauf eines Grundstücks zu verbieten, nicht weil die Preise zu hoch, sondern weil sie zu niedrig sind. Wenn nun der unglückliche Verkäufer in seiner Notlage keinen andern Käufer findet, der ihm mehr bezahlt als die Behörde für angemessen hält, wird ihm dann der preussische Staat den höhern Betrag zahlen? Die Gemeinde, die ein Vorkaufsrecht hat, wird sicherlich nicht über den Verkaufsgeschäft festgesetzten Preis hinausgehen

wollen, ja nicht einmal dürfen, da sie nicht aus Steuermitteln Geschenke machen darf. Ebenso wertlos ist die Ziffer 4. An welchen Merkmalen erkennt man, daß ein Grundstück zu spekulativen Zwecken aufgekauft wird? (Übrigens steht die Begründung zu dieser Ziffer in einem offensibaren Widerspruch zu Ziffer 3. Will sie doch die Spekulation verbieten, um die Preise der Grundstücke niedrig zu halten.) Die Genehmigung kann auch unter einer Auflage erteilt werden; diese darf aber nur den gleichen Zwecken dienen, die mit der Genehmigung verfolgt werden. In all den Fällen, in denen die zuständige Behörde die Versagung der Genehmigung für zulässig (!) hält, ist die Gemeinde vorkaufsberechtigt. Innerhalb einer bestimmten Frist nach Mittheilung der Bestimmungen des Verkaufsvertrags hat sich die Gemeinde über die Ausübung des Vorkaufsrechts zu äußern. Erfolgt die Erklärung nicht, so erlischt das Vorkaufsrecht. Der Rechtsschutz der Parteien ist recht mangelhaft. Der Verkäufer hat allein den Weg der Beschwerde an den Regierungspräsidenten; dessen Entscheidung über die Beschwerde ist endgültig.

Der Gesetzentwurf gehört zu der recht großen Klasse jener Polizeigesetze, mit denen man wirtschaftliche Vorgänge korrigieren zu können glaubt, obschon doch die umfangreiche Erfahrung der Kriegs- und Nachkriegszeit die Regierung darüber hätte belehren müssen, daß man notwendige wirtschaftliche Vorgänge durch Polizeiverbote zwar zu illegalen stempeln, wirtschaftliche Bedürfnisse aber nicht unterdrücken kann; sie finden immer neue Auswege. Wird der Entwurf Gesetz, so wird er den städtischen Behörden einen Haufen Arbeit bringen, ohne daß damit wirtschaftlich irgend etwas gewonnen wäre. Wenn die Tausende von Grundstücksverkäufen, die sich in einer Großstadt im Lauf eines Jahres abspielen, sorgfältig nach den verschiedenen Gesichtspunkten geprüft werden sollen, wie sie der § 4 vorschreibt, müssen wiederum neue Beamte angestellt und Kosten aufgewendet werden, denen keine produktive Leistung gegenübersteht.

**Straßenbahnnot** Die Lage aller Straßenbahnen in Deutschland ist so schwierig, daß mit dem Erliegen der meisten, wenn nicht aller Bahnen zu rechnen ist. Gründe sind rapiden Steigen der Preise der Betriebsstoffe und der Löhne, bei einer Überzahl

von Angestellten. Die Betriebsverluste sind ungeheuer. Die *Breslauer* Straßenbahn hatte in der 1. Hälfte des Haushaltsplans ein Defizit von 25 Millionen Mark, im Oktober 12,7 Millionen, November 50 Millionen und Dezember mindestens 57 Millionen. Durch eine Verdoppelung der geltenden Tarife auf 50 und 60 Mark für die Fahrt hofft man den Dezemberverslust auf 40 Millionen zu beschränken und im Januar 1923 ohne Betriebsverlust durchzukommen; eine Hoffnung, die trügen dürfte. Der Verlust von 163 Millionen bleibt ungedeckt. Die vorhandenen Rücklagen sind verbraucht, neue sind nicht gemacht worden. Dafür wären mindestens 100 Millionen notwendig gewesen. Ebenso verzweifelt ist die Lage in *Stuttgart*, wo die Städtische Straßenbahn, eine Aktiengesellschaft, deren Aktien größtenteils in den Händen der Stadt sind, zum 15. Februar Arbeitern und Angestellten gekündigt hat. Tarifierhöhungen bringen hier bereits keine größeren Einnahmen mehr. Der Vorschlag eine 9. Arbeitsstunde gegen Bezahlung mit 25 % Zuschlag zu leisten, ist von den Arbeitern abgelehnt worden. Genau so oder noch schlimmer steht es um die *Berliner* kommunalisierte Straßenbahn; Tarifierhöhungen, die sich in Zeiträumen von wenigen Wochen ablösen, und dabei Rückgang der Einnahmen. Bei einem Fahrpreis von 70 Mark ist die Straßenbahn von einem Überschuß zu einem Zuschußunternehmen geworden, das täglich einen Fehlbetrag von 17 Millionen Mark aufweist. Nuncmehr soll der Betrieb von 9 Uhr abends ab eingestellt werden; ein Beschluß, der wohl nur der Vorbote eines gänzlichen Aufhörens der Straßenbahn ist. Zu einer einschneidenden Änderung der den städtischen Betrieb unrentabel machenden Angestelltenverhältnisse, wie sie von dem Stadtverordneten Bruno Borchardt in seinem Artikel Einige Worte zur Arbeitsmoral (in den Sozialistischen Monatsheften 1922 II Seite 784 ff.) verlangt wurde, kann man sich aber nicht entschließen.

Das Sterben der Straßenbahnen in Deutschland hat Ursachen von prinzipieller Bedeutung, die die Grundlagen der deutschen Wirtschaft überhaupt betreffen, und die hier noch eine gesonderte Behandlung finden sollen.

**Kurze Chronik** Der Magistrat der Stadt *Berlin* hat am 7. Dezember 1922 der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf eines Ortsgesetzes vorgelegt, wodurch die Müllab-

fuhr vereinheitlicht und in die Regie der Stadt übernommen werden soll. Die Gebühren werden nach dem Gebäudesteuernutzungswert erhoben und durch Gemeindebeschluß festgesetzt. Durch Gemeindebeschluß soll ferner bestimmt werden, daß die Gebühren auf Grundlage der Reichsindexziffer dem veränderten Geldwert angepaßt werden können. ◊ Da die Städtische Pfandleihanstalt der Stadt *Düsseldorf* in wachsendem Umfang von Geschäftsleuten benutzt wird, die gegen augenblicklich entbehrliche hochwertige Luxusware Darlehen zur Befriedigung dringender Geldbedürfnisse aufnehmen, hat die städtische Verwaltung neben der Pfandleihanstalt eine Lombardstelle für die Annahme hochwertiger Pfänder eingerichtet. Gesuche um Darlehen über 10 000 Mark werden von der Pfandleihanstalt an sie verwiesen.

#### Literatur

Das von Victor Noack herausgegebene *Taschenbuch für Kommunalpolitiker* erscheint nunmehr im 2. Jahrgang /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/. Ein Teil der Artikel führt die Darstellung des 1. Jahrgangs weiter, soweit sie durch die Entwicklung der Gesetzgebung überholt war und einer Ergänzung bedurfte. Die Artikel erstrecken sich auf die wichtigsten Gebiete der Gemeindeverwaltung. Paul Hirsch gibt einen kurzen Überblick über die neuere Gemeindeverfassung, Edmund Fischer über das Gemeindevahlrecht. Eine interessante Einführung in die schwierigen Eingemeindungsfragen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks gibt der Beitrag R. Schmidts /Essen/, des Verbandsdirektors des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk. Er kommt zu dem Ergebnis, daß eine endgültige Lösung noch nicht möglich ist, daher eine Zwischenlösung und zwar durch Bildung von Zweckverbänden angestrebt werden müsse. Besonders lezenswert ist der Beitrag des Finanzdirektors der Stadt Essen J. Thomsen über die Haushaltspläne der Stadt- und Landgemeinden. Die von ihm empfohlene Einrichtung von Sammelposten für gleiche bei allen oder einer größeren Zahl von Verwaltungszweigen vorkommenden Ausgaben bedarf in jedem einzelnen Fall sorgfältigster Prüfung, vor allem in der Richtung, ob sie die erwartete Vereinfachung im Rechnungswesen auch wirklich bringt. Nicht weniger als 6 Artikel sind dem Abschnitt *Wirtschaft* gewidmet. Sie führen großenteils ebenso wie die Abschnitte 4 (*Arbeitsrecht*) und 5 (*Soziale Fürsorge*) die Darstellung des 1. Jahr-

gangs weiter. Aus dem Artikel Ernst Seidlers /Wien/ über Kommunalisierung seien besonders die Schlußworte hervorgehoben. Der Verfasser betont hier, daß sich die wirtschaftlichen Möglichkeiten für die Herstellung einer sozialistischen Wirtschaft bedeutend verschlechtert hätten. Kommunalisierung werde in der Mehrzahl der Fälle nur dort möglich sein, wo sie lediglich die Abschöpfung oder Neuverteilung einer Rente bewirke. Eine solche Politik sei weit über die Arbeiterschaft hinaus populär und werde daher auch den nötigen politischen Willen zu ihrer Durchsetzung finden. Dagegen werde sich eine Wirtschaftspolitik, die den Sozialismus im Konkurrenzkampf mit der privaten Erwerbswirtschaft oder durch Schaffung von Monopolen realisieren wolle, die im Vergleich mit der privaten Wirtschaftsführung Opfer kosten, in absehbarer Zeit kaum verwirklichen lassen. Man wird diesen Sätzen im wesentlichen zustimmen müssen. Zu einer Zeit, wo der Reichstag die wichtigen Fragen der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten behandelt, ist der wie immer sorgfältig und kenntnisreich geschriebene Artikel Max Quarcks willkommen. Da es nicht möglich ist auf alle Beiträge einzugehen, sei es mit diesen Ausführungen genug, ohne daß in der Nichterwähnung einer Reihe anderer Beiträge ein Urteil gefunden werden soll. Auch der 2. Jahrgang des Taschenbuchs verarbeitet eine Fülle von Material und wird allen in der Gemeinde Tätigen ein wertvolles Hilfsmittel sein.

#### Genossenschaftsbewegung / August Müller

**Gewerkschaft und Genossenschaft** Am 26. und 27. Oktober 1922 fanden in Hamburg zwischen den Vertretern der *Bäcker* und *Transportarbeiter* und den genossenschaftlichen Instanzen Verhandlungen über einen Reichsrahmentarif für Bäcker und Transportarbeiter statt. Dabei wurde eine wöchentliche Arbeitszeit von 47 Stunden für Transportarbeiter und eine 7½stündige tägliche Arbeitszeit für Bäcker festgesetzt. Über die Löhne wurde eine Regelung getroffen, die den Bäckern und Transportarbeitern höhere Löhne sichert, als sie für das Gesamtgewerbe eines Ortes oder Bezirkes üblich sind. Außerdem wurden je nach Länge der Beschäftigungsdauer Ferien von 1 bis 3 Wochen vorgesehen, und eine Reihe allgemeiner Bestimmungen getroffen, durch die das Arbeitsverhältnis in den Konsumvereinen über das in privaten Betrieben weit hinausgehoben

wird. Trotzdem lehnten die Genossenschaftsarbeiter und ihre gewerkschaftlichen Vertreter den Tarif ab. Es bedurfte noch längerer Verhandlungen, um schließlich dennoch dem Tarif zur Annahme zu verhelfen.

Ein besonderer Streitpunkt ist die *Nachtarbeit* in Großbäckereien. Im Jahr 1915 wurde auf Betreiben des preußischen Handelsministeriums, das dabei mittelstandspolitischen Erwägungen folgte, die Nachtarbeit in den Bäckereien verboten. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine vertrat die Auffassung, daß bei mustergültig eingerichteten Großbetrieben mit 3maligem Wechsel der Achtstundenschicht die gesundheitliche Gefährdung der Bäckereiarbeiter nicht so groß sei, daß man damit das Verbot der Nachtarbeit rechtfertigen könne. Er reduzierte aber später seine Forderungen auf gesetzliche Bestimmungen, die den Großbäckereien während der Nachtruhezeit bestimmte Vorarbeiten wie Reinigung, Teigbereitung, Anheizung der Öfen und dergleichen mehr ermöglichten. Weder die eine noch die andere Forderung wurde bewilligt. Die Bäckereiarbeiter verbündeten sich vielmehr mit den Kleinbäckermeistern, führten einen persönlich gehässigen Kampf gegen die Leitung der Konsumvereine und erreichten tatsächlich, daß den Großbäckereien ein vollkommenes Nachtbackverbot auferlegt wurde. Die Folgen davon waren: Diktierung der Brotpreise durch die Kleinmeister und nach den Unkosten der technisch zurückgebliebenen Kleinbetriebe, ferner eine ständig zunehmende Erschwerung des Geschäftsbetriebes der Konsumgenossenschaftsbäckereien, die außerstande waren ihre Bäckereibetriebe so auszubauen wie es der wachsende Brotumsatz erforderte. So trieben die organisierten Bäckereiarbeiter durch ihr Verhalten die Mitglieder der Konsumvereine in die Läden der Kleinbäcker. Die Schädigungen der organisierten Konsumenten durch diese Vorgänge sind allmählich so augenscheinlich geworden, daß der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes nicht mehr umhin konnte seine Zustimmung zu gesetzlichen Versuchen nach Wiedereinführung der Nachtarbeit in Großbäckereien zu geben. Die Vertreter der Genossenschaften im Reichswirtschaftsrat brachten bei Beratung des Arbeitszeitgesetzes einen entsprechenden Antrag ein, der alle Aussicht auf Annahme hatte, aus taktischen Gründen aber durch einen Beschluß erledigt wurde, wonach die Frage der Arbeitszeit in den Bäckereien in einem Nebengesetz des

Gesetzes über die Arbeitszeit eine besondere Regelung erfahren soll. Inzwischen laufen die Bäckereiarbeiter (denen keine andere Gewerkschaft hierbei zur Seite steht) Sturm gegen eine vernünftige Regelung der Arbeitszeit in Großbäckereien; ihr Organ redet von einer »großen Kulturschande«, und man scheute sogar nicht davor zurück Demonstrationstreiks in einer Anzahl von Genossenschaftsbäckereien durchzuführen. Das Ganze ist ein Beitrag zu der Frage rationaler Betriebsgestaltung, der den organisierten Bäckern nicht zur Ehre gereicht.

In Düsseldorf waren die Transportarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Genossenschaften bewilligten die Lohnforderungen, die Privatunternehmer lehnten sie ab. Darauf wurde ein allgemeiner Streik proklamiert, der auch auf die Genossenschaftsbetriebe ausgedehnt wurde. Das örtliche Gewerkschaftskartell und die Betriebsrätezentrale wiesen in einer Erklärung darauf hin, daß dieser Streik das Verderben großer Mengen von Backwaren, Kartoffeln und eine Erschwerung der Deckung des Winterbedarfs der Genossenschaftsmitglieder bedeuten würde. Das hielt aber die Transportarbeiter nicht ab auch die Arbeit bei den Genossenschaften einzustellen. Ob sich die Arbeiter, die die Verantwortung für solche Dinge zu tragen haben, wohl darüber klar sind, wie solche Äußerungen eines ebenso kurzsichtigen wie ungerechtfertigten Berufsegoismus alle Sozialisierungsforderungen diskreditieren?

**Internationale Umsatzstatistik** Das Organ des Verbandes schweizerischer Konsumvereine hat eine internationale Statistik der Konsumgenossenschaftsverbände und ihrer Großeinkaufsgesellschaften für das Jahr 1921 veröffentlicht. Da bei der Verschiedenartigkeit des Geldwerts in den verschiedenen Ländern Zusammenstellungen in den Landeswährungen so gut wie wertlos sind, hat das genannte Organ der jeweiligen Umsatzziffer in der Landeswährung eine Umrechnung in Schweizer Franken nach dem entsprechenden Kurs gegenübergestellt. Die Umsatzziffer für die Großeinkaufsgesellschaften in 26 Ländern, von denen einige allerdings mehrere Großeinkaufsgesellschaften besitzen, beträgt 3 694 733 054 Franken. An der Spitze marschiert Großbritannien mit 2 306 229 476 Franken. Dann folgt Deutschland mit 186 704 688 Franken. Da ein Umrechnungskurs von 100 Mark gleich 7,06 Franken angewandt wurde, dürfte diese Zahl wohl annähernd das Richtige treffen. Die Hamburger

Großeinkaufsgesellschaft kommt dabei für das Jahr 1921 zu einem Umsatz von 169 Millionen Franken, der annähernd dem Umsatz des Jahres 1913 entspricht, in Papiermark ausgedrückt aber 2,4 Milliarden Mark beträgt. An 3. Stelle steht die Schweiz mit 181 603 316 Franken, dann folgt Dänemark mit 179 671 896 Franken. Auch Tschechien mit 111 335 905 Franken Umsatz überschreitet noch die Hundertmillionengrenze. Alle übrigen Großeinkaufsgesellschaften bleiben jedoch hinter 100 Millionen zurück.

Die Umsatzziffer der Verbände ist natürlich größer als die der Großeinkaufsgesellschaften, weil nicht alle Waren von den Großeinkaufsgesellschaften bezogen werden, und der Verkaufspreis der Einzelgenossenschaften natürlich höher ist als der der Großeinkaufsgesellschaft. In der Verbandsumsatzziffer steckt aber regelmäßig auch die der betreffenden Großeinkaufsgesellschaft. Von 20 Verbänden wurde die Umsatzziffer ermittelt, sie beträgt 7 513 325 186 Franken. Auch hier steht wieder an der Spitze Großbritannien mit 4 859 112 329 Franken. Dann folgt Deutschland mit 423 634 233 Franken; davon entfallen auf den Zentralverband 366 928 452 Franken. Über 100 Millionen Umsatz registrieren noch die Schweiz mit 350 394 777, Tschechien mit 152 143 216, Schweden mit 296 002 017 und Frankreich mit 496 293 210 Franken. Von außereuropäischen Ländern erzielte eine Genossenschaftsliga der Vereinigten Staaten von Amerika einen Umsatz von 202 300 000 Franken. In der Aufstellung der Zeitschrift des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine ist auch Rußland mit 264 Millionen Franken enthalten. Diese Zahl beruht offenbar auf einem Irrtum. Umsätze von dieser Höhe sind von den russischen Genossenschaften im Jahr 1921 sicher nicht erzielt worden.

**Kredit- und Handwerker-  
genossenschaften** Von den großen Genossenschaftstagen des Vorjahres ist noch der Bericht über die Tagung des Deutschen Genossenschaftsverbands nachzutragen. Sie fand in der Zeit vom 28. August bis 1. September in Kiel statt und vereinigte etwa 800 Genossenschaftler aus allen Teilen Deutschlands sowie eine große Zahl von Gästen. Der Bericht Hans Crügers leitete die Verhandlungen ein. Der erfahrene, alle Zweige des Genossenschaftswesens mit gleicher Gründlichkeit beobachtende Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbands behandelte das gesamte Genossenschaftswesen im Zusammenhang mit der Entwicklung des

deutschen Wirtschaftslebens. Er kennzeichnete die Gefahren, die den Genossenschaften aus der Gesetzgebung und allerhand Wirtschaftsexperimenten erwachsen, verweilte aber auch ausgiebig bei den Schäden und Mängeln im Genossenschaftswesen selbst. Im Anschluß an seinen Vortrag erfolgte dann die, in dieser Rundschau (1922 II Seite 941 f.) bereits behandelte Aufnahme des Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften in den Deutschen Genossenschaftsverband. Weitere Vorträge behandelten die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses und die Aufhebung des Depotzwanges sowie die Notwendigkeit einer Neuregelung der Gewerbesteuer im Sinn einer Erleichterung dieser Steuer für das Gewerbe. Für die Genossenschaften wurde außerdem eine günstigere Gestaltung der Kapitalertragssteuerfreiheit gefordert. Dann sprach Philipp Stein /Frankfurt/ über die wirtschaftliche Lage und die Genossenschaften. Sein gedankenreiches, in glänzender Form vorgetragenes und auf Bekämpfung des Pessimismus über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands eingestelltes Referat fand den lebhaften Beifall der Versammlung. Am 3. Tag wurden die Fragen behandelt, die die einzelnen Genossenschaften besonders interessieren. Die Kreditgenossenschaften erörterten das besonders aktuelle Thema der Kapitalbeschaffung und der Grenzen der Kreditgewährung. Die Handwerker- und Bauerngenossenschaften nahmen zunächst ein Referat über die wirtschaftliche Organisation des Handwerks entgegen. Man warnte vor übereilten Gründungen von Zentraleinkaufsgenossenschaften. Ein besonderer Gegenstand der Tagesordnung betraf die Boykottierung der Handwerker- und Bauerngenossenschaften durch Syndikate, Kartelle und Großhandelsorganisationen, wobei ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums die Unterstützung des Amts bei der Abwehr dieser Bestrebungen zusagte. Die Baugenossenschaften erörterten die Frage der Bautätigkeit und die Auslegung des Begriffes gemeinnützig. Endlich wurde über die Reparaturkostenfrage, die Wohnungsfürsorgegesellschaften sowie über das Verhältnis der Baugenossenschaften zu den Sozialen Baubetrieben referiert.

Das Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes für 1920, das die Ziffern über die vom Kieler Verbandstag behandelte Geschäftsperiode enthält, liegt in diesem Jahre in neuer Textanordnung vor. Auf diese wichtige Publikation soll hier noch eingegangen werden.

**Bildungswesen** Nach einer Zusammenstellung in den Blättern für Genossenschaftswesen werden an 7 Universitäten, 3 Handelshochschulen und 2 landwirtschaftlichen Hochschulen Vorlesungen über Genossenschaftswesen gehalten. An einigen dieser Hochschulen finden auch Übungen über Genossenschaftswesen statt. Außerdem besteht an der Universität Halle und den Handelshochschulen Berlin und Mannheim je ein besonderes Seminar für Genossenschaftswesen.

Auch die Genossenschaftsverbände legen dem Bildungswesen eine immer stärkere Bedeutung bei. Die genossenschaftliche Praxis zeigt eben, daß infolge der großen Ausdehnung des deutschen Genossenschaftswesens die Heranbildung geeigneter und mit den nötigen Kenntnissen versehener Genossenschaftsfunktionäre eine unerläßliche Notwendigkeit ist. So hat der Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften im September 1922 einen Ausbildungskurs für Revisoren eröffnet, der 3 Monate dauerte, und an dem 27 Beamte aus den verschiedenen Verbänden der Raiffeisenorganisation teilnahmen; der Lehrplan umfaßte alle für die Praxis der Genossenschaft wichtigen Gegenstände. Auch der Reichsverband der deutschen Genossenschaften eröffnete am 2. Oktober 1922 den 12. Lehrgang der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsschule dieses Verbandes. Die früher übliche Unterrichtszeit von 6 Monaten mußte allerdings aus finanziellen Gründen auf  $\frac{1}{4}$  Jahr herabgesetzt werden, dafür soll um so intensiver gearbeitet werden. An dem Kursus nahmen 20 Schüler teil. Das Lehrprogramm ist ungefähr das gleiche wie das der vorstehend erwähnten Organisation, es wird vorwiegend durch die Bedürfnisse der Praxis bestimmt. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, der seit 1921 Halbjahrskurse abhält, eröffnete den 3. Lehrkursus am 2. Oktober mit 19 Hörern, 3 Gasthörern aus genossenschaftlichen Organisationen, 3 vom sächsischen Ministerium des Innern abgeordneten Beamten und je 1 Hörer aus Finnland und aus Tschechien. Ein besonderes Genossenschaftsseminar unterhält auch der Reichsverband deutscher Konsumvereine mit großem Erfolg. Der Deutsche Genossenschaftsverband hatte die Abhaltung von Kursen gleichfalls vorbereitet, wurde aber durch die allgemeine wirtschaftliche Lage an der Ausführung dieses Vorhabens gehindert. Auch den anderen Genossenschaftsverbänden bereitet die Finanzierung der Genossenschafts-

schulen wachsende Schwierigkeiten, so daß bei Fortdauer der jetzigen ungünstigen Verhältnisse damit zu rechnen ist, daß sie geschlossen werden müssen.

Sollte das der Fall sein, so wird den Genossenschaftsverbänden zu empfehlen sein auf eine Ausgestaltung der genossenschaftlichen Vorlesungen und Übungen an den Universitäten und Handelshochschulen hinzuwirken, um so die besonderen Bildungseinrichtungen der Genossenschaftsverbände zu ersetzen.

**Aufklärungsschriften** Mit der in dieser Rundschau (1922 II Seite 942) angezeigten Wilbrandtschen

Schrift verwardt ist das Buch Ludwig Fredas Mechanischer und organischer Aufbau /Stuttgart, Christrevolutionärer Verlag/. Der Untertitel: Marx oder Krapotkin, Diktatur oder Genossenschaftstaktik?, besagt schon, worauf es dem Verfasser ankommt. Er will dem Klassenkampf die gegenseitige Hilfe im Kampf ums Dasein gegenüberstellen. Der Inhalt der Schrift ist rein polemisch. Man findet in ihr zahlreiche treffende Bemerkungen über soziale und gesellschaftliche Zeiterscheinungen und liest sie mit großem Interesse. Der Verfasser ist aber nicht frei von jener Einseitigkeit, die das Merkmal des temperamentvollen Polemikers zu bilden pflegt. Eine allgemeine Darstellung des Genossenschaftswesens ist in dem Büchlein nicht enthalten. Wer aber diejenigen Anhänger des Genossenschaftswesens, die eine bewußte *Kampfstellung gegen den Marxismus* einnehmen, kennen lernen will, wird in der Schrift Fredas hierzu Gelegenheit finden.

**Kurze Chronik** Der Verband schlesischer Konsumvereine, der bisher dem Deutschen Genossenschaftsverband angehörte, ist am 1. Januar zum Zentralverband deutscher Konsumvereine übergetreten. Damit ist die Verbandsbildung im Genossenschaftswesen weiter *vereinheitlicht* worden. ◊ Die Deutsche Zentralgenossenschaft, eine eingetragene Genossenschaft mit dem Sitz in Berlin, hat ihren Sitz nach Rhöndorf bei Honnef am Rhein, einem Ort mit einigen hundert Einwohnern, verlegt. Die Nachricht bringt eine *Episode* im Genossenschaftswesen Deutschlands wieder in das Gedächtnis. Gefördert durch Stoecker und einige Gesinnungsgenossen wurden besondere Genossenschaften gebildet, mit dem Ziel im konservativen Parteiinteresse die Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes zu schwächen. Als Zentralorgan dieser christlichsozialen Ge-

nossenschaften sollte die Deutsche Zentralgenossenschaft dienen. Die Bewegung blieb erfolglos, und man hätte die Existenz dieses genossenschaftlichen Unternehmens überhaupt vergessen, wenn nicht durch die Mitteilung von der Sitzverlegung die Öffentlichkeit an diese Ereignisse aufs neue erinnert worden wäre. ◊ Bei den Wahlen zum *englischen* Unterhaus hat eine vor einigen Jahren gegründete Genossenschaftspartei für 11 Kandidaten 126 000 Stimmen auf sich vereinigt. Gewählt wurden 4 Kandidaten der Partei, die im Parlament eine enge Anlehnung an die Arbeiterpartei suchen, aber dabei doch eine besondere Gruppe bilden wollen. ◊ In Moskau tagte im November 1922 eine Konferenz sogenannter *kommunistischer* Genossenschaften, an der sich auch 4 deutsche Vertreter beteiligten. Man redete über die Taktik der Kommunisten in der Genossenschaftsbewegung und erörterte einen Organisationsplan für die Tätigkeit der Kommunisten in der Genossenschaft. Das Ganze läuft wahrscheinlich auf die Bildung "kommunistischer Keimzellen" im Genossenschaftswesen hinaus, wird aber sicherlich ebensowenig Erfolg haben wie die gleichgerichteten Bestrebungen auf Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung. ◊ Zur Unterstützung der schwer durch Hungersnöte heimgesuchten *Wolgadeutschen* hat der Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften mit der Handelsvertretung der bolschewistischen Regierung in Berlin ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen ins Leben gerufen, dessen Aufgabe darin besteht landwirtschaftliche Bedarfsartikel für die Wolgadeutschen gegen Rohstoffe für die deutsche Landwirtschaft und Industrie auszutauschen.

#### Literatur

Im Verlag von Otto Liebmann in Berlin ist der 1. Band eines Werkes Die Genossenschaftsbewegung erschienen, das *Wilhelm Kulemann* zum Verfasser hat. Er umfaßt den geschichtlichen Teil, schildert die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, der Schweiz, Spanien, Italien, Österreich, Ungarn, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Rußland, Serbien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Amerika und Japan. Anhangsweise werden dann der Internationale Genossenschaftsbund in London und der Internationale Bund der landwirtschaftlichen Genossenschaften behandelt. Selbstverständlich wird Deutschland mehr Raum gewidmet

als den anderen Ländern. Die Arbeitsmethode Kulemanns ist aus seinen Büchern über die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände genügend bekannt. Kulemann ist objektiv und gewissenhaft, begnügt sich aber in der Hauptsache mit einer Zusammenstellung des aus verschiedenen, zum Teil von ihm selbst erschlossenen Quellen fließenden Materials. Neue Zusammenhänge aufzuhellen, neue Theorien aufzustellen oder überhaupt neue Wege zu gehen strebt er nicht. Nun ist das deutsche Genossenschaftswesen durchaus noch nicht in allen seinen Entstehungsgründen und Zusammenhängen, besonders in der ersten Zeit seines Wirkens, geschichtlich genügend erhellt. Über die Vorläufer der deutschen Genossenschaften, über die verschiedenen Gedankengänge, aus denen heraus Schulze-Delitzsch und Raiffeisen zu ihren Gründungen schritten, bleibt noch mancherlei festzustellen. Wer hierüber in dem Kulemannschen Werk etwas Neues sucht, wird enttäuscht sein. Etwas zu kurz geraten ist auch die Darstellung der Entwicklung der Produktivgenossenschaften; insbesondere die sehr interessanten verschiedenartigen Experimente auf diesem Gebiet, die in der Nachkriegszeit gemacht wurden, sind so gut wie ganz außeracht gelassen. Aber diese Bemerkungen sollen nicht etwa den Wert des Buchs beeinträchtigen. Kulemann hat aus der Genossenschaftsliteratur über einzelne Arten der Genossenschaften alles Material zusammengetragen und so eine Lücke in der vorhandenen Genossenschaftsliteratur ausgefüllt. Denn die wenigen Darstellungen der allgemeinen Geschichte der Genossenschaftsbewegung, die wir in deutscher Sprache besitzen, sind veraltet. Die deutsche Genossenschaftsliteratur ist überhaupt vorzugsweise von den Verbänden ausgehende Literatur über einzelne Genossenschaftsarten, und es ist sehr zu begrüßen, daß durch die Kulemannsche Arbeit das geschichtliche Werden des gesamten Genossenschaftsbaus in Deutschland geschildert wird. Die Darstellung der Geschichte in den außerdeutschen Ländern ist recht schwierig, weil das hierüber vorliegende Material beschränkt ist, wenn man in der Hauptsache auf die Quellen in deutscher Sprache angewiesen ist. Man kann wohl sagen, daß Kulemann auch hier geleistet hat, was in dem Rahmen, den er sich selbst gezogen hat, geleistet werden kann. Das gleiche gilt von seiner Darstellung der internationalen Genossenschaftsverbände. Wer hierüber genau orientiert sein will,

muß die Spezialliteratur zur Hand nehmen. Erwünscht wäre gewesen, wenn auch die im Jahr 1921 vorgenommene Gründung des Christlichen Internationalen Genossenschaftsbundes wenigstens kurz behandelt worden wäre. Alles in allem aber befriedigt das Buch ein vorhandenes Bedürfnis und wird seiner Aufgabe die Haupttatsachen der Genossenschaftsentwicklung zu schildern gerecht. Anzuerkennen ist die strenge Unparteilichkeit des Verfassers, der es unterläßt Werturteile abzugeben. Man darf darauf gespannt sein, wie Kulemannn der in einem 2. Bande zu lösenden Aufgabe die Genossenschaftspraxis und die Genossenschaftstheorie zu schildern gerecht wird. ◊ Das *Internationale Arbeitsamt* hat den 2. Bericht über die Genossenschaften erscheinen lassen, der nicht nur vollständiger als der 1. ist (siehe über ihn diese Rundschau, 1922 II Seite 813) sondern auch die Angaben über die Genossenschaften erweitert. Insbesondere ist es von großem Wert, daß der nunmehr vorliegende Bericht auch Angaben über die Umsatzziffern enthält, wodurch die Möglichkeit gegeben wird auch die wirtschaftliche Bedeutung der genossenschaftlichen Organisation zu bewerten. Der Bericht bringt Angaben über 450 nationale genossenschaftliche Organisationen in 47 Ländern sowie über die internationalen genossenschaftlichen Organisationen und Institutionen. Die Zahl der behandelten Organisationen ist erweitert worden, wobei auch Organisationen aufgenommen wurden, die, ohne in allen Fällen oder ausschließlich Genossenschaften zu sein, eine wirtschaftliche Betätigung im öffentlichen Interesse vornehmen. Es ist begreiflich, daß ein solches Werk nicht auf den ersten Anhieb zur Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Angaben gelangen kann. Jedenfalls gibt es bis jetzt keine umfassendere Darstellung der internationalen Genossenschaftsbewegung als die vom Internationalen Arbeitsamt ausgehende, für die man ihm umso mehr dankbar sein muß, als sie die einzige Möglichkeit gibt die internationale Bedeutung des Genossenschaftswesens darzustellen. Es gehört daher vor allem auch in die Hand der ständig zunehmenden Lehrer für Genossenschaftswesen an Universitäten und Hochschulen der verschiedensten Art. ◊ Das Osteuropainstitut in Breslau hat eine Schrift *Ernst. Fuckners Die russische Genossenschaftsbewegung* erscheinen lassen /Leipzig, B. G. Teubner/. Der Verfasser war in Rußland Dozent für Ge-

nossenschaftswesen und, nach der Eroberung der politischen Macht durch die Bolschewiki, Vorsitzender einer großen Konsumgenossenschaft. Er kennt also die Dinge, über die er schreibt, abgesehen von der allerletzten Periode, aus eigener Anschauung. Der Wert des Buches liegt in der Schilderung der Schicksale der russischen Genossenschaftsbewegung unter dem Einfluß des bolschewistischen Experiments. Sehr eingehend wird geschildert, wie der Bolschewismus die blühenden Genossenschaften Rußlands zerstörte, indem er sie entweder kurzerhand verbot oder, wie die Konsumgenossenschaften, in Organe der bolschewistischen Verwaltung umwandelte. Eine gleich eingehende, auf genauer Beherrschung der Tatsachen beruhende Darlegung dieser Verhältnisse hat es bisher noch nicht gegeben. Das Dunkel, das über der Entwicklungsgeschichte der russischen Genossenschaftsbewegung von 1917 an lastet, wird durch die Schrift aufgehellt. Alles, was man dabei erfährt, rechtfertigt die Auffassung, daß die "kommunistischen" Genossenschaften lediglich staatsbureaucratische Organe sind, die mit Genossenschaften im westeuropäischen Sinn nichts gemein haben. Der Verfasser hat auch zweifellos darin recht, daß durch das Dekret vom 7. April 1921 die Konsumvereine ebensowenig in freie Genossenschaften umgewandelt wurden, wie durch das Dekret vom 7. Juli 1921 die gewerblichen Genossenschaften. Nicht berücksichtigt wurde dagegen von ihm die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung, die seit August 1921 wieder ein selbständiges Dasein führt und sich seit jener Zeit glänzend entwickelt hat. Während eines Aufenthalts in Rußland ist es dem Bearbeiter dieser Rundschau möglich gewesen einen Einblick in die Verhältnisse zu tun. Was dabei über die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung festzustellen war, rechtfertigt einen gewissen Optimismus in der Beurteilung dieser, für Rußland wichtigsten Genossenschaftsform. Es ist auch augenscheinlich, daß im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen die Bolschewisten keinen nennenswerten Einfluß haben; Es entspräche auch ihrer sonstigen Übung, wenn sie die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung sich freier entfalten ließen als die Genossenschaften der übrigen Bevölkerungsgruppen. Das Buch ist allerdings abgeschlossen gewesen, als die Möglichkeiten genossenschaftlicher Betätigung der Landwirte in Rußland neu geschaffen wurden. Zu der Anschauung

Fuckners, daß sich unter der Herrschaft des Bolschewismus ein europäisches Vorstellensleben in Rußland nicht entwickeln kann, bildet das Vorhandensein einer relativ freien Bauerngenossenschaftsbewegung deshalb keinen Widerspruch, weil die Bolschewisten nach anfänglichen Mißerfolgen von dem Versuch Abstand genommen haben ihre Methoden auch auf die Landwirtschaft anzuwenden. ◊ Der Sekretär des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine *Ferdinand Vieth* hat in einer kleinen Schrift die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in Hamburg behandelt (*Hamburg, Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine*). Die interessante Genossenschaftsgeschichte Hamburgs wird in dieser Schrift recht anschaulich in ihren großen Linien aufgezeichnet. Die Broschüre läßt auf jeder Seite den unterrichteten Fachmann erkennen und ist wertvoller als manche anspruchsvoll auftretende Schrift, weil sie in liebevoller Kleinmalerei zeigt, aus welcher verschiedenartigen Quellen die Genossenschaftsbewegung in Hamburg gespeist wurde. ◊ Bei einer Besprechung der von Vahan Totomjan in französischer Sprache herausgegebenen *Genossenschaftsanthologie* wurde in dieser Rundschau (1921 II Seite 966) gefragt, ob sich ein deutscher Verleger finden werde, der die Herausgabe einer solchen Schrift wagt. Erfreulicherweise hat der Verlag R. L. Prager in Berlin es getan. Die deutsche Übersetzung ist aber nicht lediglich eine Wiedergabe des französischen Textes. Der Verfasser hat vielmehr eine Anzahl den deutschen Leser besonders interessierender Äußerungen über das Genossenschaftswesen hinzugefügt. Von Robert Owen bis auf die bekannten lebenden Schriftsteller über das Genossenschaftswesen sind in der Zusammenstellung alle in Betracht kommenden Autoren enthalten. Die Anthologie wird durch ein Vorwort Charles Gides eingeleitet und mit einem interessanten Schlußwort Werner Sombarts über Sinn und Bedeutung der Genossenschaftsbewegung beendet. Die empfehlenden Bemerkungen, die in dieser Rundschau schon der französischen Ausgabe mit auf den Weg gegeben wurden, gelten in noch höherem Maß von der deutschen. Die Schrift ersetzt natürlich kein genossenschaftliches Lehrbuch, ist aber wie keine andere Veröffentlichung geeignet die praktische Vielseitigkeit und die große soziologische Bedeutung der genossenschaftlichen Bildungen begreiflich zu machen.

## WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmanns

Staat

Das Problem des Staates wurde bis vor wenigen Jahren fast durchweg soziologisch oder juristisch gesehen. Die soziologische Staatsauffassung, deren bemerkenswerteste Vertreter in der Gegenwart Gumplowicz, Oppenheimer, Vierkandt sind, betrachtet den Staat als eine Form der Vergesellschaftung, gewöhnlich unter Verwendung des der Biologie entlehnten Organismusbegriffs. Obwohl nun mit dem Staat der Soziologie ein sehr bedeutungsvolles Problemgebiet gegeben ist, so ist damit aber das philosophische Interesse am Staat nicht etwa erschöpft, es beginnt vielmehr erst jenseits der soziologischen Behandlung. Denn der Staat ist nicht lediglich Mittel, wie es alle soziologischen Gebilde sind, sondern ist eine Wertexistenz, und darum gehört die Staatswissenschaft in die Kulturwissenschaften. Und was die Verwertung des Organismusbegriffs betrifft, so ist zuzugeben, daß die Kategorie Organismus ihre Berechtigung in der Begründung des Staatsbegriffs hat, ohne daß jedoch die Analogiespielereien zugegeben werden dürfen, nach denen von Organen und Geweben dieses Organismus gesprochen wird, wie es bei Spencer, Lilienfeld, Schäffle geschieht. Diese relative Anerkennung des Organismusgedankens bedeutet aber nicht, daß der Staat ein selbständiges Lebewesen ist, neben oder über dem Individuum, wie der nachkantische Idealismus und die historische Schule glaubten. Das Eigenartige des Staates, sein Wesen im phänomenologischen Sinn, ist nicht damit bezeichnet, daß man ihn als Organismus ansieht, so daß die Staatsphilosophie die Konstruktion des Staatsbegriffs von anderen Grundlagen aus aufbauen muß. Weit verbreitet sind nun die dies versuchenden juristischen Theorien. Danach ist der Staat rechtlich organisierte Macht. Nach Jellinek ist der Staat die »mit ursprünglicher Herrschermacht ausgerüstete Verbandseinheit selbsthafter Menschen«. Nach dieser Auffassung, die den Staat als Rechtssubjekt betrachtet, kommt zweifellos die Kulturbedeutung des Staates, wie sie sich in der Geschichte auswirkt, viel eher zur Geltung. Aber sein Charakter als Wertexistenz ist in der juristischen Bestimmung doch zu eng gefaßt. Denn daß der Staat Kulturstaat ist, das heißt eine bestimmte Form der Objektivierung des gesamten Ethos eines Volkes, wozu auch die Funktion der

Wirtschaft gehört, das geht in diese Definition nicht ein. Und weiter läßt sich sagen, daß das Moment der Macht eigentlich akzidentell ist und die fundamentale Bedeutung, die ihm besonders von deutschen Staatstheoretikern gegeben wurde, in keiner Weise verdient. Insbesondere verschiebt sich unter dem Blickpunkt der juristischen Machttheorie das Verhältnis des Einzelnen zum Staat, das, wenn es überhaupt gemerkt wird, jedenfalls nur nach einer Seite seiner vielgliedrigen Beziehung gesehen wird. Eine spezielle Untersuchung dieses Problems gibt der Greifswalder Privatdozent *Walther Schulze-Sölde*. Sein Buch *Der Einzelne und sein Staat* /Leipzig, B. G. Teubner/ ist überall von dem Ernst der Verantwortung getragen, der heute jede ernsthafte, sich nicht in Formalismen verlierende und gegen das Leben abschließende Philosophie bewegt, die weiß, daß sie in einer Zeit der Auflösung und des Neuerdens fast der einzige feste Halt ist. Das Verhältnis des Einzelnen zum Staat ist das zu einem Allgemeinen. In einer grundlegenden Untersuchung über die verschiedenen Arten des Allgemeinen wird festgestellt, daß »das Staatsallgemeine ein Einziges ist und allen ihm angehörigen Bewußtseins-einzelwesen Gemeinsames«. Der Staat, der somit zu einer »reinen Angelegenheit des Bewußtseins« gemacht wird, steht demnach zum Einzelnen ganz anders als der Organismus zur Zelle. Der Staat verhält sich zum Einzelnen nicht wie die Gattung zum Exemplar, auch nicht wie eine Summe zum einzelnen Summanden, sondern er besteht in dem Wissen des Einzelnen von sich als einem Allgemeinen, das heißt allgemein Bedeutungsvollen. »Der Staat ist eine von einer großen Anzahl von Menschen gewußte Einheit zum Zweck der Ordnung dieser Menschen, soweit sie wissend sind. Und da er ein bewußtes Wirken der Einzelnen zur Einheit ist, so ist er eine gewollte und gewirkte Einheit. Er lebt von dem Wissen der Einzelnen und ist ganz auf sie angewiesen . . . ohne sie ist er nichts.« So wird das Problem des Staates energisch auf die Frage nach Sinn und Wesen des Einzelnen zurückgeführt. Der Einzelne, gefaßt in dem Gesetz seines Gewissens, gehört der Ethik an, und so stellt sich das Verhältnis des Einzelnen zum Staat als eine ethische Beziehung dar, in der der Wert Sittlichkeit von dem Einzelnen in dem Staat verwirklicht wird. Dies kann nur im Staat geschehen, denn Sitte, Familie, Volk sind naturentwachsen, sittlichkeitsfremd,

Klasse und Stand sind ebenfalls außersittlich. Da die Volksseele nicht Träger der Sittlichkeit sein kann, weil sie die Seele von Massen ist, die in ihrer Gesamtheit an den sittlichen Prinzipien keine Teilnahme zeigen, so bleibt als solcher Träger nur der Einzelne, der sein sittliches Leben der Volksseele gegenüberstellt, verlangend, daß sie sich ihm unterordne und jenes Leben sich zu eigen mache. So wird das Eigengewissen zum Staatsgewissen. Diese Theorie, die vom Einzelnen her, der durchaus als ein unwiederholbar Einmaliges betrachtet wird, den Staat als die Auswirkung des sittlichen Bewußtseins des Einzelnen aufbaut, geht auf Kant zurück, erfährt aber eine eigenartige Weiterbildung, indem die Einheit des Staates »nicht als eine Wirkenseinheit, sondern als eine Wissenseneinheit« zu begreifen gelehrt wird. »Denn das Wesen des Bewußtseins ist das Wissen. Nur durch das Wissen, nicht aber durch das Wirken wird das Beieinander von Bewußtseinseinzelwesen vereinheitlicht in einem Einzelwesen.« Das bedeutet eine seltsame Verintellektualisierung, die gerade eine Grundthese dieser Theorie, wonach der Staat die »Erfüllung sittlichen Lebens« ist, wieder aufhebt. Würden wir den Staat als eine Gemeinschaft sittlicher Tat betrachten anstatt als "Bewußtseinsgemeinschaft", so wäre ein gewisser Grund gelegt für das Verständnis des Staates in der Geschichte, und insbesondere die Bedeutung der politischen Geschichte wäre begründet. Aber sehen wir von dieser Sonderfrage ab und betrachten wir den Ausgangspunkt nach seinen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Ist der Einzelne in seinem sittlichen Charakter der unverrückbare Grund des Staates, so ist der Staat das, was der Einzelne aus ihm macht. »Er [der Staat] ist niemals mündig, wenn der Einzelne unmündig ist.« Und: »Nur insofern ist der Einzelne zum unbedingten Gehorsam gegen den Staat verpflichtet, als der zu Gehorchende in irgend einer Weise an den Geboten des Staates einen von ihm selbst geschaffenen Anteil hat.« Ja, da der Staat sein Dasein überhaupt nur den sittlichen Kräften des Einzelnen verdankt, in dem Maß, wie diese sich äußern, so kann der Staat von dem Einzelnen keine sittliche Leistung verlangen oder erwirken. Woraus dann weiter zu folgern ist, daß es keine Freiheit des Staates gegenüber dem Einzelnen gibt. »Nur von Gnaden des Einzelnen ist der Staat frei, der seine eigene Freiheit unmöglich macht, wenn er die Freiheit des Einzelnen beschränkt.«

Es ist nur folgerichtig, wenn das Verhältnis zwischen Staat und Einzelem schließlich in dem Gedanken formuliert wird, es sei besser, »daß die vorgefundene Gemeinschaft zerbricht, als daß ein einziger Mensch seiner Berufung entzogen werde, weil die Persönlichkeit des Staates die Persönlichkeit des Einzelnen als unerläßliche Bedingung voraussetzt«. Diese Stellung des Einzelnen zum Staat bedeutet aber eine schwere Verantwortung für jenen. Wenn der Einzelne der Grund des Staates ist, dann ist der Imperativ, unter den er sich stellt, bedingend für den Staat. Dieser kategorische Imperativ ist so formuliert: »Handle aus einer solchen Gesinnung heraus, daß die Gemeinschaft, in der du lebst, im Staate ihr Selbstbewußtsein zu finden vermag, damit dein Staat so handeln könne, wie du selbst.« Auf diese Weise wird allein eine Harmonie zwischen der eigenen Sittlichkeit und der zu verwirklichenden Sittlichkeit der Gemeinschaft hergestellt. So beantwortet sich auch die Frage, wie denn der Staat überhaupt möglich sei, durch den Aufweis dieses Imperativs. Die Sittlichkeit des Einzelnen in ihrem Auswirken ist der Grund der Möglichkeit des Staates. Aber wie das sittliche Bewußtsein des Einzelnen immer weiter schreitet und keine Grenze erträgt, so kann auch der Staat nicht das Letzte sein, sich Selbstzweck sein. In der Gemeinschaft der Staaten und schließlich im Rechtsweltstaat findet erst das sittliche Bewußtsein seine volle Erfüllung. Das Verhältnis des Einzelnen zum Staat wird in dieser Theorie als ein ethisches angesehen, und dementsprechend ist das Wesen des Staates in der ethischen Sphäre begründet. Nun kann man die Frage aufwerfen, ob mit einer ethischen Staatstheorie das Problem gelöst sei: Daß man den Staat wie jedes Gebilde des Geistes ethisch auffassen kann, beweist noch nichts für seinen ethischen Charakter. Es bleibt vielmehr die Möglichkeit offen, daß der Staat eine eigenartige Gegenstandssphäre ist, die mit ihren eigenen Mitteln ergriffen sein will, wie das ja auch für Kunst und Religion jetzt zugestanden ist. Eine Staatsphilosophie, die Grundlegung einer Staatswissenschaft sein will, die nicht Jurisprudenz oder Soziologie ist, wird diesen Gedanken ausführen. Dabei wird sich nun das Verhältnis des Einzelnen zum Staat viel mannigfaltiger darstellen als in einer ethischen Staatstheorie. Die beiden Seiten, die Schulze-Sölde mit großer Energie herausarbeitet: die Freiheit des Einzelnen vom Staat auf Grund

seiner sittlichen Autonomie und die Verantwortung des Einzelnen für den Staat auf Grund des selben Prinzips, sind doch nur 2 Momente dieses sehr reich gegliederten Beziehungsverhältnisses. Diese Staatsphilosophie, die keine heterogene Methode verwendet, weder eine soziologische noch eine juristische noch eine ethische, wird das Problem von dem Verhältnis des Einzelnen zum Staat, das unter heterogenen Methoden unauflösbar zwischen Individualismus und Sozialismus pendelte, in der Weise behandeln, daß sie zeigt, daß diese Gegensätze von ganz verschiedenen Ebenen aufsteigen. Die Priorität des Staates und sein Recht gegenüber dem Einzelnen wurzeln in dem Gedanken, daß der Einzelne, um zu werden, was er ist, Persönlichkeit, den Staat voraussetzt. Das Recht des Einzelnen liegt in dem Leben des Staates begründet, das an die Persönlichkeiten gebunden ist; nicht als logische Begründung, wie der Einzelne durch den Staat begründet wird, sondern als empirisches Faktum. Damit ist aber eine Demokratie gesetzt, was von seinen Voraussetzungen aus auch Schulze-Sölde ableitet. Wobei es denn allerdings Wunder nimmt, wie in aller Welt er sich für eine Monarchie begeistern kann, die er für das deutsche Volk als notwendig ansieht. Denn es kann doch nicht übersehen werden, daß der grundlegende Imperativ in der Formulierung Schulze-Söldes in der Monarchie eigentlich aufgehoben ist, in der nur *einer* "frei" ist.

**Religionsphänomenologie** Die von Husserl begründete Phänomenologie gewinnt in ihrer Anwendung auf das religiöse Problem in den letzten Jahren ersichtlich mehr und mehr an Boden. Man kann es verstehen, daß die moderne Philosophie, als Nachfolgerin der Zeit naturwissenschaftlich exakter Forschung, sich um so lieber einer Methode bedient, die mit unvoreingenommener Frische "die Sachen selbst" beschaut, wie sie sich dem Blick darbieten, als bis vor kurzem allzuleicht rein formale Fragen und Einstellungen verwirrten und in eine Welt von Scheinproblemen führten. Die Stimmung, die ein junges, an der Phänomenologie geschultes Geschlecht heute erfüllt, ist ähnlich derjenigen der Humanisten, die, aufjubelnd über die Befreiung von scholastischen Formeln, die Wirklichkeit in ihrer bunten Vielgestaltigkeit grüßten. Und tatsächlich, die Untersuchungen, die von der phänomenologischen Schule vor uns ausgebreitet werden, zeigen einen ungeheuren Reich-

tum an Gliederungen in der religiösen Sphäre, wovon frühere Untersucher überhaupt nichts wußten. So zeigt *Otto Gründler* in seinen sehr feinsinnigen Elementen zu einer Religionsphilosophie auf phänomenologischer Grundlage /Kempfen, Kösel/, wie sich bei einem Rückgang »auf das anschauende religiöse Erlebnis, auf die unreflektierte und insofern "unmittelbare" Anschauung Gottes, wie sie sich uns im Glaubensakt erschließt,« über den religiösen Akt und über den Gegenstand des religiösen Erlebens un-gemein subtile Erkenntnisse gewinnen lassen. Die Analyse des Glaubens erweist ihn als Akt der Hinwendung zu Gott aus Liebe, aus Sehnsucht bei ihm zu sein, als demütige, vertrauensvolle Hingabe, als ein Innwerden der Gegenwart und absoluten Realität des höchsten Wesens. So enthält der Glaube eine emotionale und eine theoretische Reihe, die auf die Erfassung des höchsten Wertgegenstandes gerichtet ist. Von hier aus enthüllt sich das Wesen des religiösen Aktes überhaupt. Es ist einmal »Kenntnisnahme« des religiösen Gegenstands, der seiner Realität und seiner Qualität nach erfaßt wird. Dieses Erfassen kann durch Vermittlung anderer Werte geschehen, die die Hinwendung auf sie weiterleiten auf den obersten Wert, das Göttliche. Dies ist die »weltzugewandte« Einstellung. Hier wird jeder Gegenstand der natürlichen oder geschichtlichen Wirklichkeit als Offenbarung, als Wunder erlebt, das Dasein als Geschenk betrachtet. Entgegengesetzt ist die »welt-abgewandte« Einstellung, bei der die »große Abkehr« Ekkeharts und aller anderen Mystiker ein sich Verschließen gegen jeden endlichen Wert ist, um so rein und ungetrübt das Göttliche in die Seele aufzunehmen. Das zweite Moment im religiösen Akt ist die »Stellungnahme«, die wesensmäßig notwendig vom Inhalt der Kenntnisnahme bedingt ist, woraus folgt, daß innerhalb der religiösen Sphäre nur ganz bestimmte Stellungen möglich sind. Die Stellungen sind emotionale, nämlich Glaube, Zuversicht, Vertrauen, Hoffnung, Furcht, Ehrfurcht, Demut, Andacht, Liebe; und praktische Stellungen wie Danken, Bitten, Geloben, Segnen, Verfluchen, Lobpreisen, Gehorchen, Opfern, Anbeten. Aus der genaueren Analyse der praktischen Stellungen folgt, daß Religion keine nur der Innenwelt angehörende Wertesphäre ist sondern sich auch nach außen in Wort, Gebärde und Tat ausdrücken muß. Die ins Einzelne durchgeführte Untersuchung des religiösen

Aktes zeigt, daß die Religion weder ein Gefühl noch ein Willensakt oder gar eine Erkenntnis ist, sondern daß in eigentümlicher Verbundenheit dies alles Drei in ihr enthalten ist, womit eine ganze Reihe der bedeutendsten in der Theologie des letzten Jahrhunderts vertretenen Theorien erledigt sind. Denn weder wird eine Gefühlstheologie, noch die Ritschelsche Lehre dem wahren Tatbestand gerecht. Und ein zweites wichtiges Ergebnis der phänomenologischen Analyse ist der Erweis der Notwendigkeit der Gottesidee für die Konstitution des religiösen Erlebnisses; denn dieses ist seinem Sinn nach immer Beziehung auf ein Göttliches. So wird denn die Untersuchung zur Frage nach dem Wesen des religiösen Gegenstandes getrieben, den Gründler mit Rudolf Otto das Heilige nennt. Es ist in der objektiven Rangordnung der Werte der oberste und, wie jeder andere Wert, unabhängig von allen anderen Werten, das heißt unableitbar. Seinem Inhalt nach ist das Heilige Personwert, womit die Persönlichkeit des Göttlichen gesetzt ist. Was es sonst noch ist, das erscheint der Anschauung in den beiden möglichen Methoden, der weltabgewandten und der weltzugewandten Einstellung, verschieden. Nach der ersten ist Gott die ewige Ruhe, nach der zweiten ewiges Wirken. Überhaupt gibt das religiöse Erlebnis Gott immer nur von einer Seite, so daß erst die verschiedenartigsten Erlebnisse zusammen dem Wesen Gottes näher kommen, aber es wegen seiner Unendlichkeit nie adäquat erfassen. Die verschiedenen Erlebnisse und Lehren vom Wesen Gottes gehören also zusammen. Die Enge des erlebenden Subjekts läßt immer nur ein Moment am Göttlichen zur Gegebenheit kommen. Es folgt daraus der Hegelsche Satz, daß die Religionsgeschichte die Offenbarung und Entfaltung des Wesen Gottes ist, was aber Gründler, durch andere Voraussetzungen bestimmt, nicht folgert. Aber er formuliert doch den Satz: »Daß verschiedene Gottanschauungen gleicherweise wahr sind, bedeutet keinen erkenntnistheoretischen Relativismus.« Widersprüche gibt es zwischen den verschiedenen Einstellungen so lange nicht, als man sie nicht dogmatisiert. Dies ist eine Erkenntnis, die den paradoxalen Charakter des Göttlichen: Einheit des Widersprechenden zu sein, in sich enthält. Daß nun das Göttliche Person ist, das ist nach dem Verfasser evident. Denn Personwerte stehen ihm höher als Sachwerte. Aber um nicht in Anthro-

morphismus zu fallen, wird eine Unterscheidung zwischen »Seele« und »Person« eingeführt. Seele als Komplement der psychophysischen Einheit des Menschen ist ein Seiendes; Person oder Geist ist ein Geltendes, das nur Vernunftsgesetz untersteht und nicht wesensnotwendig mit einem Leib verbunden zu sein braucht. Die Seele untersteht Kausalgesetzen, die Person folgt Sinn-gesetzen. Behauptet man also von Gott die Personalität, dann heißt dies: er ist schlechthin Geltendes. Die verschiedensten Personenwerte: Gesetzgeber, Richter, Herr, Held, Vater usw., drücken seine Personalität aus. Diese in verschiedensten Personwerten sich darstellende Person hat auch ein Sein, aber ein anderes als das Natursein der Seele, die faktische Existenz hat; die Person hat Wesenssein, ideale Existenz.

Alle diese Probleme wie die Fragen nach dem Wesen der Gnade und Bekehrung, des Glaubens, des Verhältnisses von Welt und Überwelt, des religiösen Gegenstandes (Gottes), des Bösen in der Welt, der Unsterblichkeit erfahren Analysen. Aber gerade dadurch zeigen sich klar Vorzüge und Nachteile der phänomenologischen Methode. Die Phänomenologie führt so nahe wie nur möglich an das Wesen der Akte und Dinge und gibt uns so überall eine anschauungsfrische Erkenntnis. Die Frage, ob die Religionsphänomenologie sich von der Religionspsychologie unterscheidet, ist dahin zu beantworten, daß die Religionspsychologie das tatsächliche religiöse Leben, wie es in einem Individuum oder einer Gruppe abläuft, darstellt und kausal-genetisch erklärt. Die Gesetze der Religionspsychologie sind induktiv gewonnen. Im Gegensatz hierzu hat es die Phänomenologie der Religion nicht mit empirisch Gegebenem zu tun sondern mit dem "Wesen", das schon irgendwie bekannt sein muß, wenn eine Erfahrungsgegebenheit verstanden werden soll, denn Verstehen heißt einem Wesen zuordnen. Wesen kann also nicht durch die Erfahrung gegeben werden sondern durch eine auf es gerichtete Anschauung, die sich auch an einem einzigen Gegenstand, ob wirklichem oder fiktivem, vollziehen kann. Durch solche Wesensbeschreibungen bekommt die Psychologie erst das Rüstzeug für ihre besondere Aufgabe, so daß sie derart in ihrem Zustand von den zugrunde liegenden phänomenologischen Analysen abhängt. Bis dahin geht die Bedeutung der Phänomenologie, und hier sind ihre Grenzen. Denn das Wahrheitsproblem

in der Religionsphilosophie, die Frage nach der Geltung der religiösen Gegenstände, ist für die phänomenologische Methode unerreichbar. Die feinste Gegenstandsanalyse kann nichts über die Geltung dieses Gegenstandes ausmachen. Diese Auffassung von der begrenzten Bedeutung der Phänomenologie in der Religionsphilosophie ist heute wohl die am meisten verbreitete. Sie vertritt auch *Robert Winkler* (Phänomenologie und Religion /Tübingen, J. C. B. Mohr/). Interessant ist sein Hinweis auf Wobbermins aus Schleiermacher gewonnene religionspsychologische Methode, die in Wirklichkeit ja viel mehr ist als empirische Religionspsychologie. Nach Winkler, und man wird ihm darin wohl recht geben, steht Wobbermin der phänomenologischen Methodik sehr nahe. Dies und die weitere Beobachtung, daß auch Rickerts Transzendentalpsychologie gewisse Beziehungen zur Phänomenologie aufweist, die bei Lask ja in eigenartiger Durchbildung hervorgetreten sind, zeigen, daß der Zug zur Phänomenologie heute überall verspürt wird.

**Sammlungen** Der Verlag Felix Meiner in Leipzig, dem die philosophische Wissenschaft gar nicht dankbar genug sein kann, da seine Ausgaben immer noch zu einem erschwinglichen Preis gehalten sind, bei strengsten Anforderungen an textliche Zuverlässigkeit, hat in letzter Zeit wieder einige Neuausgaben veranstaltet. So erscheint jetzt in der *Philosophischen Bibliothek* dieses Verlags die Erste Analytik des Aristoteles, die die Lehre vom Schluß enthält, in einer neuen Übersetzung und versehen mit einer Einleitung und erläuternden Anmerkungen. Ebenso ausgestattet ist die Neuausgabe der Aristotelischen Politik. Herausgeber beider Werke ist Eugen Rolfes, bekannt als guter Aristoteleskenner, dessen Hinweisen und Erläuterungen man sich daher gern anvertraut. Daß der Herausgeber vom Thomismus her an Aristoteles herantritt, ist an sich durchaus kein Nachteil. Doch würde man wünschen manche moderne Probleme in Beziehung zu Aristoteles gesetzt zu sehen. (Wenn es nur moderne Aristoteliker gäbe!) In der gleichen Sammlung gibt Oskar Kraus die wichtige Abhandlung seines Lehrers Franz Brentano Vom Ursprung sittlicher Erkenntnis heraus. Anhangsweise sind noch mehrere kleine Abhandlungen aus dem Gebiet der Ethik abgedruckt, die meist hier zum erstenmal in die Öffentlichkeit treten. Die

beigegebenen Anmerkungen sind außerordentlich wertvoll, da sie nicht nur Erläuterungen des Textes sind sondern ihn auch oft gedanklich weiterführen. Die Bedeutung Brentanos für die gegenwärtige philosophische Lage läßt es wünschenswert erscheinen, daß auch der übrige Nachlaß bald herauskäme.

Eine neue Sammlung kleiner philosophischer Werke und *Auswahlausgaben* gibt der Verlag Fr. Fromman in Stuttgart heraus. Die bisher veröffentlichten Bändchen, die Voltaire, Feuerbach, Kierkegaard, Schrempf, Rousseau und Herder in knapper, aber oft sehr gelungener Auswahl bringen, erfüllen wohl ein gewisses Bedürfnis. Das Erlebnis der eigenartigen Geistigkeit eines Philosophen wird oft am besten durch eine mit Takt und Geschmack zusammengestellte Auswahl vermittelt. Das Bändchen Voltaire, von Paul Sackmann mit einer guten geistesgeschichtlichen Einleitung versehen, enthält Briefe und Tagebuchstellen, Auszüge aus den philosophischen und dichterischen Werken, soweit sie von philosophischem Belang sind. Hans Ehrenberg gibt mit einer Einleitung versehen Feuerbachs Philosophie der Zukunft heraus. Der Sammlung, die in getrennten Abteilungen Kämpfer um den Fortschritt, Mystiker, Geschichts- und Naturphilosophen in rascher Folge bringen will, kann nur die weiteste Verbreitung gewünscht werden.

**Totenliste** Hochbetagt ist in Paris *Georges Sorel* gestorben (siehe die Rundschau Sozialwissenschaften, 1922 II Seite 955). In seiner Jugend war Sorel kurze Zeit Ingenieur, dann vorübergehend auch Staatsbeamter. Bald aber zog er sich ins Privatleben zurück. Er widmete sich nun ganz dem Ausbau einer eigenartigen Philosophie des Sozialismus. Sorel war eine liebenswürdige, feingeistige Natur, die sich jedoch allzusehr von Stimmungen beeinflussen und fortreißen ließ. Sein originelles Denken hat anderen, praktischer Gerichteteten Anregungen gegeben. Sein Syndikalismus wandelte sich in England zum Gildensozialismus ab: wie ja auch sonst französische Ideen in anderen Ländern zu organisatorischen Wirklichkeiten wurden.

In Padua starb im Alter von 75 Jahren *Antonio Favaro*, Professor der Mathematik und Mechanik. Er war auf seinem Gebiet der graphischen Statik eine Weltberühmtheit, arbeitete auch über höhere Analysis. Er hat die große Ausgabe der Werke Galileis herausgebracht.

**Kurze Chronik** Die Kantgesellschaft hat folgende *Preisauflage* gestellt: »Personalismus und Idealismus als Grundtypen der Weltanschauung, erläutert und beurteilt an den gegenwärtigen Versuchen einer personalistischen Philosophie.« Die Arbeiten müssen bis zum 1. April 1925 abgeliefert sein. ◊ Anfang September 1922 wurde eine *Ludwig Feuerbach-Gesellschaft* gegründet. Sie will Feuerbachs Werke wissenschaftlich durchforschen. ◊ In Pisa wird auf Anregung und mit den Mitteln des Kardinals Matti ein *Galileidenkmal* errichtet. Dabei ist zu beachten, daß bis 1835 Galileis Schriften auf dem Index der verbotenen Bücher standen.

**Literatur** »Führer für Suchende« will *Hans Richerts* Weltanschauung /Leipzig, B. G. Teubner/ sein. Die einleitenden Ausführungen über die Weltanschauungsnot der Gegenwart und deren Auswirkungen sind ungemein eindrucksvoll. Die weitere Behandlung, beginnend mit der Darstellung der Antriebe zur Weltanschauung, führt in breiter Darstellung die verschiedenen Methoden der philosophischen Weltanschauung und ihre Typen vor und schließt mit einem Aufweis der Wertmaßstäbe der Weltanschauung. Die Behandlung des Stoffes ist mit großem pädagogischen Geschick durchgeführt, so daß die Schrift zur Einführung in die Philosophie in Volkshochschulkursen, in den oberen Klassen der Gymnasien und beim Selbststudium den besten Dienst leistet. ◊ Eine andere Darstellung des Weltanschauungsproblems gibt *Wilhelm Kulemann* in seinem Buch *Der Kampf der Weltanschauungen* /Leipzig, J. C. Hinrichs/. Die im Lauf der Philosophiegeschichte angestellten metaphysischen Lösungsversuche werden dargestellt und beurteilt. Wegen der klaren Behandlung der einzelnen Standpunkte ist auch dieser Schrift die weiteste Verbreitung zu wünschen. In der nächsten Auflage möchte man die gegenwärtige Philosophie noch stärker berücksichtigt sehen. ◊ Einen Kommentar zu Kants Kritik der reinen Vernunft veröffentlicht *August Messer* /Stuttgart, Strecker & Schröder/. Messers Fähigkeit auch schwierige Gedanken einfach, klar und deutlich zu entwickeln hat ihn hier ein Werk schaffen lassen, das für das Verständnis der Kritik von Bedeutung sein wird. Die Erläuterungen halten sich eng an den zu kommentierenden Text und vermeiden alle sachlichen Weiterführungen und Diskussionen der Kantischen Lehre.

Exakte Naturwissenschaften / Ernst Lau

**Krisis in der Physik?** In einer viel beachteten, bei J. A. Barth in Leipzig veröffentlichten Schrift hat

**Johannes Stark** von einer Krisis in der gegenwärtigen deutschen Physik gesprochen. Zwischen experimenteller und theoretischer Physik bestehe heute ein Zwiespalt. Die verschiedenen Theorien, die in der letzten Zeit die Gedanken der Physiker in Anspruch nahmen, haben nach Starks Ansicht nicht gehalten, was sie versprochen. Kann man angesichts einer solchen Tatsache wirklich von einer Krisis in der Physik reden? Ist es nicht selbstverständlich, daß Theorien sich immer wieder als unhaltbar erweisen? Um uns diese Frage zu beantworten, wollen wir uns kurz die Bedeutung der Theorien im Wissenschaftsbetrieb vor Augen führen. Wir kennen in der Wissenschaft zunächst ein einfaches Beobachten von Tatsachen. Ein weiteres Stadium ist dann der Vergleich der Erscheinungen und ihre Einordnung in ein System. Diese Form der Wissenschaft, die noch vor kurzem die Botanik und Zoologie beherrschte, ist auch in der Physik gelegentlich durchaus am Platz. Das zeigt am besten das Beispiel der Spektroskopie, wo der Physiker zunächst auf jede Erklärung verzichten mußte. Es galt erst einmal die ganze Fülle der Erscheinungen kennenzulernen und sie einigermaßen übersichtlich darzustellen. Bis zu einem gewissen Grad ist der Forscher auf diesem interessanten Gebiet auch bis heute noch darauf angewiesen, und man sollte dieses Verfahren höher einschätzen als es heute meistens der Fall ist. Oft ergeben sich dabei Regeln, die auch quantitativ formuliert werden können. Derartige Regeln sind noch keine Erklärungen sondern typisch ökonomische Formulierungen im Sinn des Positivismus. Sie können auch sehr wichtige Hinweise für Gesetzmäßigkeiten sein, sind aber nicht Erklärungen im strengern Sinn. Sie als das Ende der Wissenschaft anzusehen ist falsch; das wäre, wie Engelhardt es ganz richtig formuliert, ein Eindringen technischen Geistes in das Gebiet der Wissenschaft. Erklärungen brauchen, und darauf weist Stark mit Recht hin, keineswegs immer streng quantitativen Charakter zu haben. Man glaubt oft, daß rein qualitative Erklärungen in der Physik keine Rolle spielen, und doch hat Faraday bei seiner Erklärung der elektromagnetischen Erscheinungen ganz auf die Mathematik verzichtet. Faraday ist nach Stark trotz-

dem unter die großen Theoretiker zu rechnen. Maxwell kleidete die Vorstellungen Faradays in ein mathematisches Gewand und löste gleichzeitig die große sachliche Aufgabe den Begriff des Verschiebungsstroms zu schaffen. Erklärende, quantitativ durchgebildete Theorien bilden zweifellos einen gewissen Abschluß der Wissenschaft, und gerade der Physik gelang es zuerst zu exakten Theorien vorzudringen. Diese müssen jedoch immer wieder der strengen Kontrolle der Experimente unterliegen. Nach Stark halten die neueren Theorien eine derartige Prüfung nicht aus. Es ist deshalb mit Recht von einer gewissen Krisis zu reden. Stark will jedoch noch etwas anderes sagen. Er meint, daß die heutige Physik an einer Unterschätzung des Experiments leide. Es gebe Fälle, wo das Experiment immer wieder gegen eine Theorie entschieden habe, und diese dennoch aufrechterhalten werde. Die gesamte physikalische Kultur bedürfe deswegen einer gewissen Korrektur. Besonders richten sich Starks Bedenken gegen die Relativitätstheorie, deren sämtliche Folgerungen sich exakt nicht hätten bestätigen lassen.

**Michelsons Experiment** Michelson hat zwar eine große Zahl sehr guter Experimente gemacht, doch

ist keines so bekannt geworden wie sein Versuch zur Bestimmung der Geschwindigkeit der Erde gegenüber dem Äther. Die Idee war durch Maxwell vorbereitet. Es handelte sich um eine Messung der Lichtgeschwindigkeit in Richtung der Erdgeschwindigkeit und senkrecht zu ihr. Das Experiment ist so bekannt, daß man auf die technischen Einzelheiten hier nicht einzugehen braucht. Das Ergebnis auch der besten Messungen bei dieser Versuchsanordnung war bisher immer das gleiche. Man konnte keine Bewegung der Erde gegen den Äther feststellen. Besonders die mit sehr großen Mitteln ausgeführten Messungen von Miller und Morley schienen beweisend. Nun hat Miller die Apparatur auf das Mount Wilson Observatorium schaffen lassen und hat dort in etwa 2000 Meter Höhe einen Effekt gefunden, der etwa ein Zehntel des erwarteten Betrags ist, wenn die Erde sich gegen einen ruhenden Äther bewegte. Miller hat ein Jahr mit den Messungen zugebracht, und immer ergab sich dabei noch eine unerwartete Störung, deren Natur noch nicht aufgeklärt ist. Man muß jedenfalls mit Spannung den weiteren Nachrichten aus Amerika entgegensehen.

**$\beta$ -Strahl-Bahnen** C. T. R. Wilson war es gelungen  $\alpha$ -Strahl- und  $\beta$ -Strahl-Bahnen sichtbar zu machen, indem er die betreffenden Strahlen in eine mit Wasserdampf übersättigte Atmosphäre einführte. Die Bahnen zeigen sich dabei als Reihen feiner Nebeltröpfchen. Aus ihrer Krümmung kann man interessante Schlüsse auf die Vorgänge beim Zusammenstoß dieser Korpuskularstrahlen mit den Molekülen machen. *Walter Bothe* untersuchte mit etwas verbesserten Methoden die Bahnen der  $\beta$ -Strahlen. Sie sind im Gegensatz zu denen der  $\alpha$ -Strahlen oft stark gekrümmt, was an ihren kleinen Massen im Verhältnis zu der Masse der Moleküle liegt, auf die sie treffen. Hin und wieder machen die Bahnen einen plötzlichen Knick, so, wenn ein Elektron (man nimmt an, daß die  $\beta$ -Strahlen aus Elektronen bestehen) in die unmittelbare Nähe eines Moleküls kommt. Ebenso häufig tritt aber nach *Bothes* Beobachtungen ein ganz anderes Ereignis ein: Der  $\beta$ -Strahl gabelt sich in 2 Teile. Trifft ein Strahl auf ein Luftmolekül auf, so wird ein sekundärer Strahl ausgelöst. Über die Verzweigungen ließen sich nach den umfangreichen Untersuchungen folgende allgemeine Sätze aufstellen: 1. Die beiden Zweigbahnen zeigen beide den Typus von Elektronenbahnen; ihre Geschwindigkeiten sind niemals größer als die der Stammbahnen. 2. Die 3 Bahnrichtungen liegen im Verzweigungspunkt in einer Ebene. 3. Beide Zweige bilden spitze Winkel mit der Stammrichtung. 4. Die kürzere und zugleich dichtere der beiden Zweigbahnen bildet stets den größeren Winkel mit der Stammbahn. 5. Der Winkel zwischen den beiden Zweigbahnen liegt stets in der Nähe von  $90^\circ$ . Die so gefundenen Sätze folgen dem Energie- und Impuls-Satz. Die Elektronen verhalten sich wie Billardkugeln. Warum dem so ist, das ist eine Frage, die bisher wohl noch nicht genügend geklärt ist.

**Wissenschaftslehre und Physik** In seinem Buch *Der Begriff der Genese in Physik, Biologie und Entwicklungsgeschichte* / Berlin, Julius Springer / gibt uns *Kurt Lewin* einen wichtigen Beitrag zur Wissenschaftslehre. Er spricht darin nicht in der üblichen dogmatischen Weise über das Wesen der Wissenschaft überhaupt sondern macht einen energischen Anfang zur Aufstellung einer empirischen vergleichenden Lehre der Wissenschaften. Sie ist eine empirische Wissenschaft, sofern sie auf Adäquatheit

und sachliche Richtigkeit den größten Wert legt. Und sie ist eine vergleichende Wissenschaft, insofern äquivalente Begriffe aus verschiedenen Wissenschaften in ihr zum Vergleich kommen. Als Gegenstand der Untersuchung wird die Genese gewählt. Es ist ein besonderes Verdienst der Arbeit, daß sie als erste diesen Begriff so in den Vordergrund gestellt hat. Insbesondere in seiner Ausprägung in der Form der Genidentität erweist er sich als wichtiger Leitfaden durch das Labyrinth der Wissenschaften. »Die genetische Beziehung, die hier als Genidentität bezeichnet wird, ist als Beziehung zwischen Gebilden bestimmt, die existenziell aus einander hervorgegangen sind. Sie ist also eine gegenständliche Relation, die eine Mehrheit verschiedener Gegenstände als Bezugspunkte voraussetzt und sich dadurch von der nur auf eine Mehrheit von Denkakten Bezug nehmenden "Identität" unterscheidet. Genidentische Gebilde sind allemal nichtidentisch. Als Existentialbeziehung zwischen "Dingen" oder "Geschehnissen" steht die Genidentität der "reflexiven" Kategorie der Gleichheit und Ungleichheit der "Eigenschaften" von Dingen oder Geschehnissen gegenüber. Sie ist im Prinzip unabhängig von bestimmten qualitativen oder quantitativen Eigenschaftsgleichheiten und -ungleichheiten. Für die Sicherung der Genidentität zweier Gebilde sind nicht besonders weitgehende Eigenschaftsgleichheiten, sondern vor allem "technische Maßnahmen", zum Beispiel die Einschließung in "undurchlässige Grenzen" ausschlaggebend. Die Genidentität als solche setzt keine bestimmten Maßbeziehungen zwischen ihren Bezugspunkten fest. Sie faßt die Gebilde nicht als "veränderliche" oder "konstante" Größen auf. Sie bedeutet keine bestimmte funktionelle Eigenschaftsabhängigkeit und unterscheidet sich darin von der Ursache-Wirkungsbeziehung, die sich auf Genidentitätsbeziehungen stützt, aber darüber hinausgreifend die Eigenschaften genidentischer Gebilde in funktionelle Abhängigkeit zu einander bringt.«

**Totenliste** Im August 1922 starb in Würzburg, 72 Jahre alt, *Franz Holmeister*, der durch seine Arbeiten aus dem Gebiet der physiologischen Chemie weithin bekannt war. Er führte sich in die Wissenschaft durch grundlegende Arbeiten über Lebensmittelchemie, vor allem über die Peptone, ein. Später forschte er hauptsächlich über die Wirkung der Salze, die Entgift-

tungsvorgänge und den intermediären Stoffwechsel. Diese Forschungen führten ihn zur Entdeckung der Kristallisation des Eiweiß, die eine neue Epoche in der Chemie einleitete. Hofmeister war der Sohn eines bedeutenden Arztes. Er studierte in Prag und Leipzig; Einfluß übten auf ihn vor allem Hering und Huppert, als dessen Assistent er sich 1879 in Prag habilitierte. 1883 wurde er außerordentlicher, 1885 ordentlicher Professor, 1896 wurde er nach Straßburg berufen. Nach dem Krieg ging er, obgleich ihn die Franzosen in Straßburg zu halten suchten, nach Würzburg, wo er während seiner letzten Lebensjahre lehrte.

Mitte Oktober starb, 64 Jahre alt, *Lassar Cohn* in Königsberg, wo er seit 1904 als Universitätslehrer für Chemie wirkte. Er war ursprünglich aus der chemischen Industrie hervorgegangen, um sich dann ganz wissenschaftlichen Arbeiten zu widmen. Unter diesen Arbeiten sind an erster Stelle bekannt geworden: Arbeitsmethoden für organisch-chemische Laboratorien, Praxis der Harnanalyse, dann die populären Schriften Einführung in die wissenschaftliche Chemie und Chemie im täglichen Leben, die auch in zahlreiche fremde Sprachen übersetzt worden sind.

Am 16. November starb in München der frühere Professor am Polytechnikum in Mailand *Max Abraham* im Alter von nur 47 Jahren. Sein Hauptwerk ist die Theorie der Elektrizität.

**Kurze Chronik** Die Schwedische Akademie der Wissenschaften beschloß Albert Einstein den *Nobelpreis* für Physik für 1921 zu geben wegen seiner Arbeiten auf dem Gebiet der theoretischen Physik, namentlich wegen seiner Entdeckung des Gesetzes der photoelektrischen Wirkung. Niels Bohr erhielt den Nobelpreis wegen seiner Verdienste um die Erforschung der Struktur der Atome und der von ihnen ausgehenden Strahlung. Der Nobelpreis für Chemie 1921 wurde Frederik Soddy in Oxford zugesprochen, der Preis 1922 Francis William Aston in Cambridge.  $\diamond$  Das Echo de Paris brachte die Mitteilung, daß man im Kongogebiet ein neues *radioaktives Metall* entdeckt haben soll, mit dem Radium ähnlichen Eigenschaften und Wirkungen. So vermindert es wie jenes sein Gewicht infolge einer Emanation. Seine Farbe ist die gelblicher Diamanten.  $\diamond$  An die Universität München wird zum Sommersemester 1923 *Ludwig Prandtl* gehen, der bisher

Ordinarius für angewandte Physik in Göttingen war.  $\diamond$  An der Berliner Universität *habilitierte* sich die langjährige Assistentin Max Plancks am Institut für theoretische Physik Lise Meitner; sie arbeitet gegenwärtig am Dahlemer Kaiser Wilhelm-Institut und führte sich mit einer Vorlesung über die Bedeutung der Radioaktivität für kosmetische Prozesse ein. Louis Dede habilitierte sich in Gießen für anorganische Chemie.

#### Literatur

Von dem verdienstvollen Sammelwerk Die Kultur der Gegenwart /Leipzig, B. G. Teubner/ ist der 3. Band des 3. Teils der *Astronomie* gewidmet. Er ist, unter der Redaktion von J. Hartmann, von L. Ambron, F. Boll, A. von Flotow, F. K. Ginzler, K. Graff, P. Guthnick, J. Hartmann, J. von Hepperger, H. Kobold, S. Oppenheim und E. Pringsheim bearbeitet und mit 8 Tafeln und 44 Abbildungen im Text versehen. Die *Astronomie* hat in den letzten Dezennien große Fortschritte gemacht, Photographie und Spektrographie, ferner die moderne Helligkeitsmessung haben den Charakter der *Astronomie* stark umgewandelt. Es handelt sich nicht mehr nur um Messung von Sternörter, die ja zu den großen Resultaten führten, die von Copernicus, Kepler, Newton in so grandioser Weise bearbeitet worden sind, sondern man tastet sich auch an die physikalische Beschaffenheit der fernen Welten heran. Von hervorragenden Sachverständigen, zumeist mit gutem pädagogischen Griff, wird man in die verschiedenen Gebiete eingeführt. Auch die alte *Astronomie* ist dabei ausgiebig berücksichtigt. Der Naturwissenschaftler, aber auch der gebildete Laie wird erhebende Stunden bei der Lektüre dieses Werkes finden.  $\diamond$  Die 4 Vorlesungen über Relativitätstheorie, die *Albert Einstein* im Mai 1921 an der Universität Princeton gehalten hat, sind jetzt im Druck erschienen /Braunschweig, Friedr. Vieweg & Sohn/. Sie bieten eine Zusammenfassung der Hauptgedanken und der mathematischen Methoden der Relativitätstheorie. Das Büchlein kann als Einführung für diejenigen dienen, die die Elemente der höhern Mathematik beherrschen. Auf die Hervorhebung des Grundsätzlichen ist besonderer Wert gelegt. Die Themen der einzelnen Vorlesungen sind Raum und Zeit in der vorrelativistischen Physik, Spezielle Relativitätstheorie, Allgemeine Relativitätstheorie. Diese letzte umfaßt 2 Vorträge; im 2. wird auch ein Überblick über die kosmischen Folgerungen gegeben.

Geschichte / Walther Koch

**Liberalismus** Eine Gesamtdarstellung der Entwicklungsgeschichte des demokratischen Gedankens

ist heute noch verfrüht, weil es an geeigneten Vorarbeiten fehlt. Um so begrüßenswerter ist alles, was uns als Baustein dazu dienen kann. Solcher Art ist die Schrift *Ludwig Maenners* Karl Gutzkow und der demokratische Gedanke, die als 46. Band der Historischen Bibliothek /München, R. Oldenbourg/ erschienen ist. Die Wurzeln der deutschen Demokratie sieht Maenner in der englischen und französischen Aufklärung, in der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika, in der französischen Revolution und den englischen Einrichtungen. Die Hauptträger der Demokratie sind ihm neben den liberalen Demokraten Südwestdeutschlands die Bewunderer des stetig fortschreitenden englischen Organismus wie Dahlmann, die liberalisierenden Beamten und Adligen in Preußen, der erwachende rheinische Liberalismus, der auch einen wirtschaftlichen Einschlag in sich trägt, und im 4. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts die Literaturgruppe Das Junge Deutschland, zu der auch Gutzkow gehört. Das Schwergewicht legt die Maennersche Arbeit in die Darstellung des Verhältnisses Gutzkows zum Staat. Maenner sieht im vormärzlichen Deutschland noch keine Trennung zwischen Liberalismus und Demokratie. In der historischen Literatur der letzten Zeit spielt eine Kontroverse zwischen Brandenburg und Meinecke eine Rolle, auf die *Axel von Harnack* in einer Schrift Friedrich Daniel Bassermann und die deutsche Revolution von 1848-1849 (44. Band der Historischen Bibliothek) eingeht. Während Brandenburg in seinem Werk Die Reichsgründung Liberalismus und Demokratie in ihrem Wesen und Ursprung noch stark von einander scheidet, gehen für Meinecke beide Begriffe sehr in einander über. Der Kern des Liberalismus besteht für Brandenburg darin, daß die Freiheit des einzelnen gegenüber dem Staat nach Möglichkeit gefördert wird, sein Hauptmerkmal sei der Gedanke, daß die Regierung sich nach dem Willen der Mehrheit der Bürger zu gestalten habe. Für Axel von Harnack ist Bassermann zwar vorwiegend ein Muster des süddeutschen vormärzlichen Liberalismus, doch erscheint er ihm auch nicht frei von demokratischen Tendenzen. Beide führen Demokratie und Liberalismus auf die Grundlagen der französischen Revolution zurück, die sich selbst widersprechen,

auf Freiheit und Gleichheit. In ihrem Extrem führe die Freiheitsidee zum Anarchismus, die Gleichheitsidee zum Kommunismus. Im genossenschaftlichen Sozialismus sind beide Extreme zu einer Einheit verschmolzen. Der Freiheitsgedanke war, nachdem die Frühromantik und die Sturm und Drang-Zeit die freie Entfaltung der Persönlichkeit proklamiert hatte, von dem Klassizismus an das Ideal der sittlichen Selbstzucht gebunden worden. Nur kurze Zeit, von 1835 bis 1836, vertrat Gutzkow die Meinung, daß der radikale Liberalismus den Gegensatz der Einzelpersonlichkeit zum Staat darstelle. Der Liberalismus wurde immer realistischer, wirtschaftlicher. So entwickelte sich die Demokratie zum Nationalliberalismus, wie bei so vielen Männern von 1848 zu beobachten ist.

War Gutzkow zeitweise von radikalliberalen Ideen erfüllt, so war er doch zeitweilig einem Gleichheitsgedanken nach Art des Kommunismus abgeneigt. Besonders in Wally, den Zeitgenossen und seinen Pariser Reiseberichten setzte er sich mit dem Kommunismus der Saint-Simonisten auseinander. 1843 öffnete er die Spalten seines Telegraph dem Schneidergesellen Weitling, um den Lesern Bruchstücke aus dessen Werken mitzuteilen. Als Weitling mit dem preussischen Gesandten in London Bunsen Fühlung nahm, spürte Gutzkow darin eine Verwandtschaft des Kommunismus mit dem Naturrecht des Christentums heraus. So war er als Liberaler in gleicher Weise dem Kommunismus und Sozialismus wie einem christlichen Konservatismus feind. Als er alt geworden war, fertigte er sogar auch die Weltanschauung des Sozialismus mit oberflächlichem Hochmut ab. So ist sein Leben typisch liberal verlaufen. Um das Volk reicher zu machen, forderte er grundsätzlich Handels- und Gewerbefreiheit, Fortfall von Monopolen, und er verdamnte den Wettbewerb staatlicher Unternehmungen als unförderlich. Erst 1852 wandte er sich vom Freihandel ab und forderte energischen Zollschutz für den Erzeuger, selbst auf Kosten des Verbrauchers. Auch trat er schon früh für gewisse, mit dem Liberalismus zu vereinbarende soziale Fürsorgemaßnahmen ein. Er glaubte die soziale Frage durch politische Freiheiten lösen zu können. Nach 1848 sah Gutzkow im Staat den »Wächter der öffentlichen Ordnung, den wir bezahlen«. Lange Zeit brauchte der Liberalismus in Deutschland, um sich zum Staatsbegriff durchzuringen. Die neugewonnene Einheit mußte dann sich als wirtschaftlicher Imperialismus nach

außen wenden. In der von Meinecke formulierten Entwicklung vom Weltbürgertum zum Nationalstaat steht auch Gutzkow. Besonders wichtig ist die von Maenner dargelegte Entwicklungsphase, in der sich die Internationalität des Liberalismus als Kampfverbindung zu innerstaatlichen Zwecken erwies, bis der Liberalismus rein national wurde. Die Wandlung der Idee vom ewigen Frieden zu der des imperialistischen Wettkampfs der Staaten wird darauf zurückgeführt, daß sich der zunächst noch weiträumige Weltmarkt in einen eng begrenzten wandelte. Auch hier sehen wir ein Stück vielleicht unbewußten ökonomischen Geschichtsdenkens. Der Krieg wird vom Liberalismus als Verderber des Handels verurteilt. Der immer zunehmende Druck der englischen Wirtschaft, deren Waren durch die maschinelle Herstellung verbilligt waren, und deren Absatz durch den jungen Freihandel nur begünstigt wurde, begann den deutschen Liberalismus dem Staat zu nähern. Die nationale Idee, die überhaupt das 19. Jahrhundert beherrschte, erleichterte auch die Einigung Deutschlands, für die sich Gutzkow immer wärmer einsetzte. Die Wirtschaft, besonders der neue Zollverein, führten zwangsläufig auch zur politischen Einigung, die die alte liberale Freiheitsidee zunächst in den Hintergrund drängte. Doch hat Gutzkow in idealistischer Einseitigkeit die wirtschaftlichen Triebkräfte nie hoch genug eingeschätzt. Daher auch sein völliges Versagen in der Beurteilung des Sozialismus.

Auch Bassermann, der Mannheimer liberale Führer von 1848, verhielt sich der sozialistischen Gedankenwelt gegenüber ablehnend. Er sagt: »Mag die Idee auch manches einzelne Gute fördern, zur Grundlage neuer gesellschaftlicher Einrichtungen wird der Sozialismus, wie ich glaube, nie dienen können.« Bassermann war zwar durchaus für eine gewisse staatliche Sozialpolitik, doch sein Hauptkampf galt dem Bürokratismus des Polizeistaats. Er verfocht gemischtstaatliche Unternehmungen gegenüber der Verstaatlichung von Industriezweigen. In dem Kampf von Reaktion und Demokratie konnte sich der alte Liberalismus im Sinn Bassermanns nicht behaupten. Sein Höhepunkt war das Jahr 1848.

**Frankreich:** Von der Neuausgabe des **Soziale Bewegung** in Frankreich /München, Drei-maskenverlag/ (siehe darüber diese Rundschau, 1922 I Seite 130 ff. und 1922 II

Seite 687 ff.) liegt nunmehr der 2. Band vor, der die industrielle Gesellschaft, Sozialismus und Kommunismus Frankreichs von 1830 bis 1848 behandelt. Der für die Basierung einer ökonomischen Geschichtsbetrachtung bedeutungsvolle Grundgedanke, daß die Ordnung der Gesellschaft die Verfassung des Staates beherrscht, ist auch in dem neuen Band durchgeführt. Die französische Revolution setzte die volkswirtschaftliche Gesellschaft, die Gesellschaft des freien Erwerbs an die Stelle der alten feudalen Gebundenheit. Vor Stein, und das geschieht auch heute noch oft, sah man in allen inneren Kämpfen nur einen Krieg der Parteien um die Staatsverfassung, namentlich einen Kampf des Republikanismus gegen das Königtum, während der wahre Urgrund jener Bewegungen nicht politischer sondern sozialer Art gewesen ist. Erst die französische Revolution machte dem Kapital die Bahn frei. Daraus entstand die industrielle Gesellschaft, die durch die Abhängigkeit der Besitzer der Arbeitskraft von den Besitzern der Rohstoffe charakterisiert ist. Aufschlußreich ist das Kapitel in Steins Buch, das das Verhältnis der industriellen Gesellschaft zur Staatsgewalt behandelt. Das Wesen des Konstitutionalismus bezeichnet es zunächst, daß er der politische Ausdruck der industriellen Gesellschaft des Kapitals ist: Zensuswahlrecht und Steuerbewilligung durch die Majorität der Kammer, die ihrerseits ja eine Vertretung der Besitzenden darstellt. Das konstitutionelle Königtum bedeutet die Herrschaft der Plutokratie über die Staatsgewalt, die aber, um ein Werkzeug bilden zu können, in ihrer Wirksamkeit unangetastet bleiben muß. Der Konstitutionalismus ist eine ebenso notwendige Staatsform wie das große Kapital ein notwendiges Element der Industrie ist. Die Julirevolution erst befreit Frankreich von dem feudalen Königtum und läßt es plötzlich aus der volkswirtschaftlichen in die industrielle Gesellschaft übergehen. Die Kammer ist das Organ, durch das die Gesellschaft den Staat beherrscht. Da nur das Vermögen herrschen soll, wird die Erste Kammer aufgehoben oder doch der Zweiten, der Vermögenskammer, gänzlich untergeordnet. Die ministerielle Verantwortlichkeit, wohl-gemerkt: die politische, nicht nur die juristische, ist, neben dem Steuerbewilligungsrecht, die Form, unter der die Kammer den Staat beherrscht. Das Königtum muß im Interesse der Besitzenden als Schutz vor dem Angriff der Nicht-

besitzenden aufrechterhalten bleiben. Immer mehr tritt dieser Widerspruch in der Gesellschaft hervor und setzt allmählich auch dem Konstitutionalismus sein Ende. Die nichtbesitzende Gesellschaft wird zugleich zur beherrschten. Sehr lesenswert sind die Abschnitte über die Entstehung und das Wesen des Proletariats. Stein schildert die Entwicklung vom Handwerker mit begrenztem Kundenabsatz zum Industriellen mit maschinellem Betrieb. Der Lohnarbeiter wird durch den Geldlohn von seiner patriarchalischen Gebundenheit befreit. Die Maschinen sind die »wahre revolutionäre Gewalt in der materiellen Welt«, ein Wort, das Stein ganz besonders nahe an Marx und Engels heranrückt. Die Maschine erzeugt schneller und billiger Waren, die über die ganze Erde hin angeboten werden. Der Haushalt, in dem noch Handwerksmeister und Geselle zusammenlebten, wird aufgelöst, und es entsteht ein rein geldliches Lohnverhältnis. Der Hausherr wird zum bloßen Arbeitsherrn ohne alle persönliche Verantwortung gegen den Arbeiter. Die Scheidung der Arbeitskraft vom Besitz vollzieht sich. Durch die Häufung der Arbeiter an einem Ort unter gleichartigen Bedingungen entsteht eine Gemeinsamkeit des Lebens, Fühlens und Denkens, kurzum ein klassenbewußtes Proletariat. Doch das Maschinenzeitalter zeigt auch die schwärzesten Schattenseiten: die Arbeitslosigkeit, einmal beim Übergang vom Handwerks- zum Maschinenbetrieb, dann bei Absatzstockungen, bei den auch für Marx für die Beurteilung der kapitalistischen Wirtschaft grundlegenden Handelskrisen. Interessant ist, daß Stein bei seiner Besprechung des Pauperismus aus Engels' Jugendschrift über die Lage der arbeitenden Klassen in England hinweist. »Es haben einige, wie Engels, die Lage des Arbeiters überhaupt als Pauperismus schildern und damit teils das Mitleiden teils die Überzeugung für ihre Ansichten gewinnen wollen.« Stein schränkt Engels' Auffassung ein. Nur ein gewisser Teil der Arbeiterschaft verfallt in Pauperismus. Eingehender beschäftigt sich Stein mit Adam Smith' Anschauungen, daß die Arbeit die Quelle alles Wertes, und die Teilung der Arbeit die Ursache der Produktionssteigerung sei.

Aber auch das andere Element der Marx'schen Gesellschaftsauffassung, die Hegel'sche Dialektik, tritt etwa in einem Satz wie dem folgenden deutlich hervor: »In jedem Dinge, in jedem Zustande lebt etwas, das über seine gegebene Gestalt

hinausgeht. Es ist die Erscheinung eines Höhern, und jeder Gegensatz ist eben der Beweis, daß es diesem Höhern zu entsprechen nicht fähig gewesen.« Wie die Umwandlung der feudalen in die bürgerliche Gesellschaft vor 1789 die Ideen eines Rousseau, Mably, Helvétius, Condorcet, Diderot und anderer zur Folge hatte, so wird die Weiterentwicklung des Kapitalismus und seines Schattensbildes, des Proletariats, von den sozialistischen und kommunistischen Ideen begleitet. In den wissenschaftlichen Lehren kommen dem Proletariat die Aufgabe, der Widerspruch und die Forderungen der Zeit zum Bewußtsein. Da die Staatsgewalt, die nach Steins Anschauung die Pflicht hätte für die Schwachen und Unterdrückten einzutreten, sich der Herrschaft der Kapitalbesitzer unterworfen hatte, mußte sich der Sinn der niedern Klasse von der bestehenden Staatsordnung abwenden. »Um eine neue gesellschaftliche Stellung zu erreichen, begann sie auf eine neue Staatsordnung zu denken, und so entstand die politische in dieser sozialen Bewegung, deren Hauptausdruck der Republikanismus ist.« An diese Epoche schließt sich nach Stein eine kommunistische, entweder rein materialistischer oder mehr religiöser Art, zuletzt eine reformistische Bewegung als Übergang vom Sozialismus zum wirklichen Leben an. In diesen großen gesellschaftlichen Zusammenhang stellt dann Stein die Ideenentwicklung des Sozialismus und Kommunismus in Frankreich hinein, die noch besonders zu behandeln sein wird.

#### Französische Revolution

In der in dieser Rundschau schon mehrfach besprochenen Weltgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung, die von Ludo Moritz Hartmann herausgegeben wird /Gotha, F. A. Perthes/, ist nunmehr der Band Französische Revolution erschienen. Er ist von dem Pariser Historiker *Hubert Bourgin* verfaßt und stellt eine eigenartige Leistung dar. Die Darstellung ist flüssig und eindringend zugleich und vermeidet bei aller Anschaulichkeit alles Journalistische. Die französische Revolution wird nicht nur als ein nationales sondern durchaus als ein europäisches Ereignis gewertet. Eine geistesgeschichtliche Einleitung, die bis auf die Philosophie Descartes' zurückgeht, schildert die Wandlung des europäischen Geistes zum Rationalismus und zu den neuen Staatsanschauungen. Dann untersucht der Verfasser die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und poli-

tischen Ursachen der Revolution. Namentlich geht er auf die Hauptquelle der vorrevolutionären Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte: die Beschwerdeschriften, die Cahiers der Ständevertreter, näher ein. Ein Kapitel beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs während der Revolution. 4 Tatsachen werden als wichtig hervorgehoben: die Einführung der wirtschaftlichen Freiheit und die der Gleichheit vor der Steuer, die durch die Verfassungsgebende Versammlung geschaffen wurden, die Abschaffung der Lehensrechte und der Verkauf der Nationalgüter. Das wirtschaftliche Gesicht der Zeit zeigte ja so manche, schon öfter hervorgehobene Ähnlichkeit mit dem der unsrigen. Lebensmittelhöchstpreise, Polonäsen vor den Läden, Geldentwertung, Steigen der Preise, Zurückhaltung der Lebensmittel durch die Bauern und Sinken der Leistungsfähigkeit der städtischen Bevölkerung. Immer schärfer bildete sich der Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten heraus. Sozialistische Wirtschaftspolitik im eigentlichen Sinn sieht Bourgin in den Revolutionsmaßnahmen nicht sondern lediglich Notmaßregeln. Die Politik gegen die Reichen wurde durch die Lebensmittelnot bestimmt. Die Vergesellschaftung, eine gewisse sozialisierende Geistesrichtung widerstrebte im Grund den Konventsmitgliedern. Im Proletariat bestand sehr wenig Neigung zu sozialistischen Plänen. Babeuf blieb isoliert. »Das, was wir Sozialismus nennen, ist an eine Form der kapitalistischen Wirtschaft gebunden, die am Ende des 18. Jahrhunderts erst in ihren Anfängen stand.« Die Gesellschaftsklassen, ihre einander widerstrebenden Lebensbedingungen und Ziele wurden noch kaum beachtet. Man war vor allem damit beschäftigt die Rechtsunterschiede festzustellen, die den Dritten Stand von den bevorrechteten Kasten trennten. Die gesellschaftlichen Ungleichheiten blieben trotz Revolution und Demokratie bestehen.

Nach dieser Feststellung verfolgt Bourgin das Geschick der verschiedenen Klassen. Die Kurve der Entwicklung zeigt einen gleichmäßigen Aufstieg des Bauernstandes, die schwierige Erhebung der bürgerlichen Klasse und den Stillstand in der Stellung der städtischen Arbeiterschaft, der nach anfänglichen Hoffnungen eintrat. Am meisten verlor aber während der Revolution die Schicht der Intellektuellen. Gelehrte wurden hauptsächlich nach ihrer praktischen

Nutzbarkeit, vor allem für die Erfordernisse der Landesverteidigung, eingeschätzt. Immer wieder muß betont werden, daß zur Zeit der französischen Revolution von einem eigentlichen Proletariat als einer Klasse mit einer bestimmten Denkrichtung noch nicht gesprochen werden konnte. Dazu wäre das Bewußtsein nötig gewesen, daß die Lebensbedingungen gleiche sein müßten, und zu seiner Entwicklung war wieder eine Verdichtung der Industrie erforderlich. Diese steckte damals noch in den ersten Anfängen. Der Gemeinderat von Paris trat 1791 sogar recht arbeiterfeindlich auf. Ein Dekret vom 6. Oktober 1791 verbot ausdrücklich die Verbindungen der Landarbeiter. Die zum Liberalismus tendierende damalige Wirtschaftsauffassung fürchtete von einem Zusammenschluß zu gemeinsamen Zwecken ganz allgemein die Wiederbelebung der zerstörten Zünfte. Einen weitem Abschnitt widmet Bourgin der Rechtsentwicklung und den großen staatlichen Einrichtungen. Die staatsbürgerliche Gleichheit wurde hergestellt. Das Grundlegende der Auffassung war ein Atomismus, der nur den einzelnen kannte. So wird der bürgerlich-demokratische Charakter der französischen Revolution deutlich herausgeschält. »Ordnung in der Verwaltung, Gleichheit vor dem Recht; das sind die wesentlichen Errungenschaften der Revolution... Die eigentliche Wirkung der französischen Revolution, ihre Bedeutung für Frankreich und für Europa, besteht in dem Emporstieg des Bürgertums als politischer und gesellschaftlicher Macht.«

Wesentlich anspruchsloser, aber als erste Einführung gut zu gebrauchen ist das Bändchen *Theodor Bitterauf's* in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, B. G. Teubner/, das aus Volkshochschulkursen in Nürnberg, München und Augsburg entstanden ist. Die einzelnen Abschnitte sind mit guten Literaturangaben versehen. Auch Bitterauf betont stark den bürgerlichen Charakter der Revolution, und er glaubt darin, trotz manchen Parallelen, den grundlegenden Unterschied gegenüber den Vorgängen in Rußland und Deutschland in den letzten Jahren sehen zu können. Hervorgehoben sei die Begründung, die der Verfasser für die schnelle Befestigung der Republik im revolutionären Frankreich gibt. Man sah in ihr die »Personifikation des nationalen Gewissens«. In Deutschland hatte die Revolution nicht die gleiche Wirkung. Das Bändchen enthält einige gute Bilder zeitgenössischer Persönlichkeiten.

## Deutsche Revolution

Über den Zusammenbruch, den wir durchlebten, erwächst allmählich eine eigene Literatur. Das Bedürfnis macht sich geltend die Ergebnisse des 9. November 1918 und ihre Folgeerscheinungen auch unabhängig von Anklage und Verteidigung historisch festzulegen.

2 Schriften packen die Ereignisse von 2 verschiedenen Gesichtspunkten aus an. Beide gehen von einer bestimmten Gegend aus, die eine von Baden, die andere von Hamburg. Die Darstellung der badischen Umwälzung ist wie eine Chronik geschrieben, mit leisem Humor durchwürzt und entwirft manches Spitzwergsche, vormärzlich anmutende Bild der Revolution, die sich über die ganz unvorbereiteten Köpfe hinweg vollzog. Dagegen ist die Schrift über die Hamburger Revolution streng wissenschaftlich, besonders rechtswissenschaftlich gehalten. An *W. E. Oeffering*, Bibliothekar in Karlsruhe, wurde am 18. November 1918 bereits seitens der damaligen badischen Vorläufigen Volksregierung die Anfrage gerichtet, ob er geneigt sei die Revolutionsereignisse geschichtlich darzustellen. So entstand sein Buch *Der Umsturz 1918 in Baden /Konstanz, Reuß & Itta/*. Neben Aktenmaterial verwertete er Berichte der hauptbeteiligten politischen Persönlichkeiten. Doch lehnten die Führer der Unabhängigen, die eine große Rolle in Karlsruhe spielten, es ab ihm ihrerseits Berichte zu geben. Das Buch ist lesbar, wenn auch breit im Stil. Die Hauptpersonen und ihre Funktionen treten nach und nach aus den unbestimmten Massenregungen heraus. Auffällig ist die grenzenlose Zufälligkeit der entscheidenden Geschehnisse, die infolge der Ereignisse im Reich ziemlich unvorbereitet über Baden hereinbrachen. Bezeichnend für die Unsicherheit solcher Massenbewegungen ist die Schilderung, wie sich am 9. November die Menge um 6 Uhr nachmittags auf Grund eines unkontrollierbaren Gerüchts am Bahnhof sammelte, niemand wußte, was los war und was geschehen sollte, da die Mannheimer Unabhängigen es sich in den Kopf gesetzt hatten erst am Montag den 11. November Revolution zu machen. Ein beliebiger Redeheld ist imstande in solcher Situation großen Einfluß zu gewinnen, ja die Führung an sich zu reißen. Die alten Gewalten, an ihrer Spitze der Großherzog und der Ministerpräsident Freiherr von Bodmann, wurden bald in den Hintergrund gedrängt und schließlich abgesetzt. Der eigentliche Kampf um das Erbe der Regierungsge-

walt ging zwischen dem Führern der politischen Parteien, die sich im Verein mit kommunalen Führern zu einem Wohlfahrtsausschuß zusammengeschlossen hatten, offenbar in hilfloser Anlehnung an Revolutionsvorbilder von 1789, während sich allmählich durch einige entschlossene Soldaten und Matrosen als Gegenpol Soldaten- und nachher auch Arbeiterräte bildeten. Eine groteske Episode stellt der Fall Klumpp dar. Klumpp, ein phantastischer, redseliger Matrose, der von sich reden machen wollte, führte die Flucht des Großherzogs herbei, indem er im Schloß einen Skandal und eine Schieberei provozierte. Bekanntlich siegte die Besonnenheit der neuen demokratischen Regierung in Baden über den Wortradikalismus der Soldatenräte. Interessant ist die maßgebende Rolle, die hierbei der damalige Reichstagsabgeordnete und spätere Reichskanzler Wirth spielte, besonders durch sein persönliches Einwirken auf den Freiburger Soldatenrat. Übrigens nahmen an der Konstituierung des Wohlfahrtsausschusses, die von den Straßenhelden als Verrat gebrandmarkt wurde, auch Radikale wie der Herausgeber der Genossenschaftlichen Bibliothek Bitteil.

Die Revolution in Groß Hamburg betitelt sich die Arbeit *Walther Lamp's /Hamburg, W. Gente/*. Die Schrift wurde mit Unterstützung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg gedruckt, ihr Verfasser war seinerzeit Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats Groß Hamburg und Kommandant der Stadt. Sie will keine persönlichen Erlebnisse wiedergeben, überhaupt keine Geschichte der Hamburger Revolution sein. Sie beschränkt sich vielmehr bewußt auf die rechtswissenschaftlichen Probleme, besonders behandelt sie kritisch die Frage der staatsrechtlichen Stellung des Arbeiter- und Soldatenrats in seinem Verhältnis zu Senat und Bürgerschaft und die Rechtsgültigkeit seiner Verordnungen. Im Anhang sind wertvolle Sitzungsberichte abgedruckt, die eine sonst kaum zugängliche Quelle für die Geschichte dieses Zeitabschnitts liefern. Der Versuch eines hauptbeteiligten Führers durch strenge rechtswissenschaftliche Methoden «eine möglichst objektive Beurteilung der Revolution in Groß Hamburg zu ermöglichen» ist historisch wichtig genug.

Eine uns noch weit näher liegende Geschichtsepoche stellt in geradezu klassischer Weise *Gerhard Colm* in seinem hier bereits in der Rundschau Innenpoli-

·tik erwähnten Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes von März-April 1920 / Essen, G. D. Baedeker/dar. Die Arbeit verdankt ihre Entstehung der Anregung des verstorbenen Nationalökonomen und Soziologen Max Weber. Colm baut sein Buch auf breitester Benutzung aller in Betracht kommenden Quellen auf. Nur die Akten des Wehrkreiskommandos standen ihm bedauerlicherweise nicht zur Verfügung. Das Grundmotiv für die Ereignisse war in der Spannung zwischen Arbeiterschaft und Reichswehr zu suchen. Die Parteien und ihre geschichtliche Lage sind richtig erfaßt, ebenso versteht der Verfasser die Notwendigkeit des Zusammenpralls. Der Kampf ging bekanntlich von dem Hagen-Wittener Winkel aus und breitete sich erst von dort über das ganze Industriegebiet aus. Verhängnisvoll wurde die zweideutige Haltung des Generals Watter und seiner Unterorgane, so besonders des Hauptmanns Hasenklever, vor dem Kampf bei Wetter. In der Umgegend von Wetter ebenso wie in Remscheid lebt ja die Erinnerung an diese Kämpfe noch ganz frisch im Gedächtnis der Bevölkerung; sie hat sich dort zu einer Art Schlachtfeldlegende entwickelt wie in einem Völkerkrieg. Ich hatte oft Gelegenheit mir im Angesicht der Schlachtfelder durch Augenzeugen von diesen Kämpfen erzählen zu lassen und konnte beobachten, wie sich da ganz bestimmte Redewendungen, eine feste Tradition der Darstellung, einbürgern. Hier hat man die Möglichkeit der Entstehung geschichtlicher Überlieferungen nachzugehen. Interessant ist auch die Analyse der Organisation der Roten Armee und die Haltung der verschiedenen politischen Parteien zu den Fragen, um die es ging. Ebenso beleuchtet der Verfasser die Bildung der Arbeiterorgane selbst, etwa der Vollzugsräte, eingehend. Hier erschließt sich uns ein veraltungsgeschichtlicher Bildungsprozeß ähnlich wie bei den Kommissaren des 17. Jahrhunderts, die sich aus der fürstlichen absolutistischen Nebenregierung allmählich als eigentliche Behörden entwickelten. Eine vergleichende Verwaltungsgeschichte sollte an diesen Ansätzen neuer Wirtschafts- und Staatsverwaltung, wie man sie in der Räteidee findet, wenn man ihren Quellen und ihrer eigentlichen Bedeutung nachspürt, nicht vorübergehen. Einen Anstoß in dieser Richtung bietet die Schrift Colms. Hoffentlich werden ihr ähnliche soziologische Darstellungen jüngerer Entwicklungen folgen.

**Ausgrabungen** Auf einem Hügel im Weichbild von Rom fand man Reste eines *prähistorischen* Dorfes aus der Eisen- oder Bronzezeit. Auf dem bei Fulda gelegenen Kalkhügel des Schulzenbergs, einer Fundstelle aus der jüngern Steinzeit, sollen jetzt neue Grabungen vorgenommen werden. Man will feststellen, ob man dort vorgeschichtliche Holzbauten auffindet. Auf dem gegenüberliegenden Heimberg hat Vonderau im vorigen Jahr sehr schöne Schmuckstücke und Geräte, auch Schilde gefunden. Im Staat Veracruz, am Fuß des Vulkans Cofre de Perole wurde eine gewaltige prähistorische Stadt aufgedeckt. Man will die gesamte Stadt freilegen.

In Tell el Amarna setzen die Engländer jetzt die deutschen Ausgrabungen fort. Booley berichtete über ihre Ergebnisse in der Egypt Exploration Society. Es wurde eine Anlage freigelegt, die so etwas wie einen systematischen Städtebau darzustellen scheint. Die sehr gut erhaltenen Häuser lassen uns ein Bild des Lebens in dem *Ägypten* des 14. Jahrhunderts vor Christus gewinnen. Auch ein königlicher Lustgarten und eine Art Gutshof wurden enthüllt.

Seit 1921 hat von französischer Seite eine rege Ausgrabungstätigkeit in *Syrien* begonnen. Dabei sind auch die Arbeiten, die 1913 auf der Stätte des alten Sidon, dem heutigen Saida, begonnen wurden, nach Beendigung des Krieges fortgesetzt worden. Desgleichen wurden die Arbeiten im Süden von Tyrus, die seinerzeit bereits auf Anregung Renans ins Auge gefaßt worden waren, wiederaufgenommen. Es wurde die Akropolis zu Omm el Amad freigelegt und ein mit Säulen geschmückter Tempel oder ein Palast festgestellt, der aus der Zeit der Seleukiden stammt. Ferner wurden die Spuren althöhenzeitlicher Bauten und eine Begräbnishöhle der römischen Zeit entdeckt, die mit merkwürdigen, sehr gut erhaltenen Gemälden geschmückt ist. In Damaskus wurden zahlreiche mohammedanische Denkmäler, darunter 2 prächtige Holzenotaphien des 11. Jahrhunderts und eine kleine Begräbnismoschee des 13. Jahrhunderts ausgegraben. Auch große Mengen keramischer Arbeiten arabischer Herkunft kamen zutage. Eine Expedition der Pariser Académie des belles lettres in Syrien entdeckte in Byblos die Ruine einer ägyptischen Siedlung, unter anderem eines großen Palasts. Eine dort gefundene Alabastervase trug den Namen des Königs Hünas aus der 5. Dynastie.

Die wichtigste Arbeit des Jahres 1921 ist von französischen Archäologen im Süden von Homs zu Tell Newi Mend geleistet worden. Man fand die alte Stadtmauer des befestigten Platzes Kadesch der Hethiter sowie große Kanalanlagen, durch die er von Süden und Osten mit Wasser umgeben und uneinnehmbar gemacht werden konnte. Das geschichtlich wertvollste der Denkmäler, die dort ans Licht traten, ist eine Stele des ägyptischen Pharaos Seti I., eines der großen Gegner des hethitischen Reichs, der es um 1315 vor Christus bekämpfte. Ein wichtiges Zeugnis für die Geschichte Syriens im frühen Altertum.

Die von französischen Archäologen im Jahr 1920-1921 in Palästina vorgenommenen Ausgrabungen brachten bei Tiberias die berühmte Synagoge von Hamatha ans Licht, die in jüdischen und christlichen Chroniken seit dem 2. Jahrhundert erwähnt wird. Der Bau erinnert in seiner Anlage an den Tempel von Jerusalem. Zahlreiche Gegenstände des alten israelitischen Kultus wurden dabei entdeckt, darunter Mosaiken mit ihren metrischen Figuren, Marmorsäulen und Marmortafeln mit heiligen Zeichen. Bei den Arbeiten, die um das Heiligtum herum fortgesetzt wurden, deckte man schließlich noch eine jüdische Gräberstadt mit Grabinschriften in griechischer Sprache auf. Die Universität Philadelphia fand bei den von ihr veranlaßten Grabungen in Beisan in der Ebene Jesreel schöne Mosaiken und einen Kandelaber aus einer byzantinischen Kirche. Bei Tiberias und Kaper-naum wurde von archäologischen Gesellschaften ein seckiger Hof mit Mosaikpflaster aufgedeckt. In Cäsarea will man ein Museum zur Aufbewahrung der Funde gründen.

Auch Canada rüstet eine Gelehrtenexpedition aus, die auf den Stätten des alten Babylon Grabungen vornehmen will; sie soll von den Professoren McLean und Noad geleitet werden.

Im griechischen Theben ist das Haus des Kadmos jetzt ganz bloßgelegt worden. Der Bau stammt aus 2 Perioden: 1600 bis 1400 und 1400 bis 1100 vor Christus. Auf dem aus der jüngern Zeit stammenden finden sich Inschriften der sogenannten minoischen Schrift. Die Sage behauptete, daß Kadmos das Alphabet in Griechenland eingeführt habe. Im alten Phaistos auf der Insel Kreta fand man in den Ruinen des Palasts eine mit *altkretischer* Bilderschrift bedeckte Tontafel. Sie konnte bisher nicht entziffert

werden. Eigentümlich ist, daß die einzelnen Bilderzeichen in Form und Größe genau übereinstimmen, so daß man annimmt, es handle sich hier um eine Art Drucktypen. Man hätte dann hier die älteste Druckschrift vor sich.

Ein kostbarer Fund aus griechischer Zeit wurde in Athen gemacht, wo man auf Reste der Themistoklesmauer stieß. Dabei fand man als Füllstein eine wundervolle Säulenbasis, deren Skulpturenschmuck zu den schönsten Werken attischer Kunst gehört. Die Reliefs stammen etwa aus dem Jahr 510 vor Christus. Sie sind aus pentelischem Marmor und stellen Jünglinge beim Ballspiel, 2 Ringer und sitzende Epheben dar, die 2 Tiere an der Leine halten. Der Leipziger Professor Studniczka und der Berliner Professor Wiegand berichteten auf der Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner in Jena über den Fortgang der deutschen Ausgrabungen und Arbeiten in Athen. Das Archäologische Institut dort ist wieder in den Besitz der Deutschen übergegangen. Man versucht jetzt die Werkstücke der Akropolis wieder an ihre Stelle zu bringen. Die Amerikaner, die am Aufbau des Erechtheion arbeiten, entdeckten die Reste einer pelagischen Mauer. Vor den Propyläen stand das Postament des Agrippa, oben ein mächtiges ehernes Viergespann, vielleicht das alte Viergespann des Perikles. Im Asklepiosheiligtum in Epidauros wurde eine Gruppe aufgefunden, die Studniczka als Priamos und Hekabe deutet. Wiegand berichtete über die Grabungen in Samos, Milet und Didyma. In Didyma ist das Didymaion ausgegraben worden, ein Tempel, an dem von Seleukos I. bis zu Hadrian gebaut wurde. Vorläufig hindert der Stand unserer Valuta weitere Grabarbeiten; man beschäftigt sich einstweilen mit Ausbau und Deutung des Gefundenen.

Eine mit reichen Mitteln ausgestattete französisch-englische Expedition, die aus zahlreichen Gelehrten zusammengesetzt ist, wird auf der Trümmerstätte von Karthago neue Ausgrabungen vornehmen und das ganze Gebiet nochmals einer gründlichen wissenschaftlichen Untersuchung unterziehen. Der französische Archäologe Icart entdeckte auf dem Boden des alten Karthago punische Stelen mit Inschriften. Darunter befanden sich Urnen und noch tiefer große Steinaltäre, die offenbar aus der Blüteperiode Karthagos stammen und für das Studium der altkarthagischen Religion gutes Material liefern.

Bei Vignanello zwischen Civita Castellana und Viterbo stieß man auf die Überreste eines alten *etruskischen* Göttertempels, in dem man den Tempel der Göttin Volumna, die berühmte Fanum Volumnae, entdeckt zu haben glaubt. In der 1. Dekade des Livius wird dieser Tempel 5mal erwähnt, als der »Schrein, vor dem die Fürsten von Etrurien sich gewöhnlich zur Beratung der allgemeinen Angelegenheiten des etruskischen Bundes zusammenfanden«. Vignanello ist als wichtiger etruskischer Mittelpunkt bekannt; man hat dort auch Vasen mit Inschriften und Szenen aus dem Trojanischen Krieg gefunden.

Eine sehr schön erhaltene Gewandstatue der Artemis wurde bei den Ausgrabungen in der alten *römischen* Hafenstadt Ostia freigelegt. Sie dürfte die Nachahmung eines griechischen Originals sein und ist deshalb besonders interessant, weil der Kopf offenbar das Porträt einer vornehmen Dame, vielleicht aus dem julisch-claudischen Herrscherhaus ist. In Pompeji haben die neuesten Ausgrabungen die Fortsetzung der Via Abundantia freigelegt. Sie enthält teilweise Häuser mit Obergeschossen und hohen Fenstern, dann eine Tuchwalkerei mit vollständigen Werkstätten und ein großes Warenhaus, ein Haus der Venus und andere interessante Bauten mit viel Bildschmuck. Bei Ausschachtungen in Rom wurde ein unterirdisches Gewölbe entdeckt, das mit Bildern der Apostel geschmückt ist. Der italienische Archäologe Lanciani hält diesen Fund für einen der wertvollsten der letzten Zeit. Die Bilder, die große Vollendung in der Malerei zeigen, stammen wahrscheinlich aus dem 2. nachchristlichen Jahrhundert, sind also älter als alle bisher bekannten. Eine alte Römerstraße aus Basalt wurde in Alexandrien entdeckt. Auch Teile eines Palasts, vielleicht eines Königspalastes der Ptolemäer aus dem 2. Jahrhundert vor Christus, mit sehr schönen Mosaikwerken sind ergraben worden. Bei Ausgrabungen in der Cyrenaika wurde eine Reihe wertvoller römischer Statuen gefunden; darunter in ausgezeichnetem Zustand eine Statue der Venus, die der berühmten kapitolinischen völlig gleich sein soll.

In Frankreich fand man bei neuen Grabungen in der alten römischen Stadtmauer von Bordeaux die Reste eines Tempels von großen Dimensionen. Sie wiesen Reliefs mit Opferstelen und sonstigen Darstellungen auf, über die bis jetzt noch keine Aufklärung gegeben

werden konnte. Eine Inschrift deutet auf Handelsverbindungen zwischen den Briten von York und Lincoln mit den Kaufleuten von Bordeaux hin.

In der Berliner Anthropologischen Gesellschaft hielt der Professor Schuchhardt einen Vortrag über die Ausgrabungen in Rethro und Arkona, den *Slawenheiligtümern* auf jetzt deutschem Boden. Wo Rethro lag, hat man bis jetzt noch nicht entdecken können. Jetzt finden Grabungen auf Arkona auf der Nordspitze von Rügen statt. Saxo Grammaticus spricht von dem dortigen Slawentempel, der von den Dänen und Pommern im Jahr 1168 zerstört sein soll. Spuren des Tempels und des dort aufgestellten Swantewittbildes sind aufgefunden worden.

**Neuausgaben** Sehr wertvoll ist die Herausgabe der Schriften für staatsbürgerliche Bildung in Reclams Universalbibliothek. So erschien hier *Battista Nani* Ein venezianischer Gesandtschaftsbericht über das Frankreich Mazarins. Bekanntlich haben die Venetianer psychologisch am schärfsten beobachtet. Ranke baute auf diese Gesandtschaftsberichte seine Geschichtswerke auf. Die Schrift ist von Annemarie von Schleinitz eingeleitet. Als weitere Teile der selben Sammlung liegen 2 Schriften *Lord Bolingbrokes* vor: Das Bild eines patriotischen Königs und Ein Brief über den Geist des Patriotismus, herausgegeben von Gertrud Bergmann. Die Gedanken dieses englischen Toryführers sind auch heute (und vielleicht gerade heute) bei uns aller Beachtung wert.

2 Jugendwerke *Johann Gottlieb Fichtes* gab Reinhard Strecker in Darmstadt neu heraus: Zurückforderung der Denkfreiheit von den Fürsten Europas, die sie bisher unterdrückten, und Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die Französische Revolution. Beide erschienen bei Meiner in Leipzig.

**Totenliste** Im Alter von 79 Jahren starb Anfang August 1922 in Breslau *Richard Förster*, der ~~1887~~ seit 1889 Universitätslehrer für klassische Philologie und Archäologie und Direktor des Archäologischen Museums war. Sein eigentliches Lebenswerk war die Herausgabe der Werke des spätgriechischen Rhetors Libanias. Überhaupt war seine wissenschaftliche Arbeit, so vieles andere sie auch außerdem umspannte, vor allem doch dem Griechentum in allen seinen Perioden

gewidmet. Förster stammte aus Görlitz. Er studierte in Breslau und habilitierte sich dort schon 1868, während er zugleich als Gymnasiallehrer wirkte. Dann wurde er an die Universitäten von Rostock und Kiel berufen, kehrte aber 1890 als Ordinarius nach Breslau zurück. Seiner schlesischen Heimat, ihren Kunstdenkmalern und ihrer Geschichte bewahrte er stets ein lebhaftes Interesse, er war Vorsitzender der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur. Berühmt war er auch als Redner. Er war Professor der Eloquenz, und er hat oft die Universität Breslau bei feierlichen Gelegenheiten vertreten.

**Kurze Chronik** Einen Preis von 25 000 Lire für das beste Werk über etruskische Kultur schrieb das neue Institut für Archäologie und Kunstgeschichte in Rom aus. Die Arbeiten sind bis zum 30. Juni 1925 einzureichen.  $\diamond$  Am 13. August 1922 wurde das *Hamburger Geschichtsmuseum* eröffnet, ein schöner, von Fritz Schumacher entworfener Bau. Er hat 10 Jahre in Anspruch genommen. In den Festsälen ist die Entwicklung der Hansestadt dargestellt. Die kleineren Räume sind mit Schmuck und Einbauten aus alten Hamburger Privathäusern dekoriert.  $\diamond$  Als Nachfolger O. Hintzes wurde *Willy Andreas* aus Rostock Professor für allgemeine Verfassungsgeschichte an der Universität Berlin.  $\diamond$  *Wilhelm Rauters*, der sich in Berlin als Privatdozent für Geschichte habilitierte, hielt seine Antrittsvorlesung über die hanseatische Handelsgeschichte im 19. Jahrhundert.

#### Literatur

Eine Darstellung der Nationalversammlung zu Frankfurt am Main 1848-1849 gibt

*Wilhelm Appens* / Jena, Eugen Diedrichs/. Das Buch ist eine geschickte Zusammenstellung zahlreicher zeitgenössischer Dokumente mit verbindendem Text.  $\diamond$  Die Vorgänge der Jahre 1848 und 1849 in einem einzelnen Land, in Baden, beleuchtet durch eine Sammlung der verschiedenartigsten Dokumente ein Buch, das *Friedrich Lautenschlager* unter dem Titel *Vollksstaat und Einheitsstaat* /Konstanz, Reuß & Itta/ herausgab. Es ist mit allerhand interessanten Karikaturen geschmückt und enthält viele lebendige Schilderungen. (Allerdings erreichen sie nicht die Anschaulichkeit und den feinen Humor Fontanes, der das Jahr 1848 ganz wundervoll beschreibt.) Das Werk hat wesentlich landschaftliche Bedeutung.

#### Hygiene / Georg Wolff

##### Pasteur

Am 27. Dezember 1922 feierte die gesamte Kulturwelt die 100. Wiederkehr des Geburtstags des großen Franzosen. Es sei auch in dieser Rundschau der Bedeutung dieses für Theorie und Praxis der biologisch-hygienischen Wissenschaften gleich bahnbrechenden Forschers mit einigen Worten gedacht. Obschon ursprünglich nicht Biologe, nicht Menschen- und Tierarzt, fand Pasteur mit intuitivem Blick einige der wichtigsten Schutzimpfungen gegen Tier- und Menschenseuchen. Unter seinem und Robert Kochs Einfluß stand die medizinische Welt lange Zeit völlig unter dem Zeichen der Bakteriologie, und namentlich in Deutschland führte der sogenannte Ätiologismus die Verbreitung der ansteckenden Krankheiten schließlich zu einseitig auf die Existenz pathogener Bakterien zurück. Pasteur selbst aber beschränkte sich durchaus nicht auf die Erforschung solcher Krankheitserreger. Er ging weiter neue Wege. So fand er die so überaus segensreiche Schutzimpfung gegen Tollwut (Hundswut, Lyssa), ohne daß der Erreger dieser fürchterlichen Gehirn- und Rückenmarkskrankheit bis heute bekannt geworden wäre. Ganz ähnlich wie Jenner die Pockenimpfung entdeckte, längst ehe die Vorstellungen existierten, die sich aus unseren so komplizierten Immunitätsforschungen ergaben. Das Genie liegt eben nicht im Vielwissen sondern im Reichtum der Ideen.

Louis Pasteur war von den exakten Naturwissenschaften ausgegangen. Schon mit 26 Jahren wurde er Professor der Physik am Lyzeum zu Dijon, dann Professor der Chemie zu Straßburg. 1854 erhielt er eine Berufung nach Lille, um die dort neu errichtete Naturwissenschaftliche Fakultät zu organisieren. Schon damals waren seine, für die Entwicklung der spätern Stereochemie grundlegenden Versuche über die Trennung des Traubenzuckers in eine die Ebene des polarisierten Lichtes links und eine sie rechts drehende Isomere entstanden. Später erschienen seine berühmten Arbeiten über die Gärung, die die Bedeutung der Hefepilze für diesen biochemischen Vorgang aufhellten und zu einem vollen Sieg über Liebigs andersartige Anschauungen führten. Damit wurde Pasteur der Begründer der für die Praxis des Gärungsgewerbes so ungemein wichtigen Gärungs- und Fermentchemie und drang zugleich in das Ge-

biet der Mikrobiologie hinein. Pasteurs Studien über Gärung und Fäulnis durch niedere Organismen begründeten bald eine besondere Konservierungstechnik. Er stellte fest, daß die meisten jener Luftkeime bei einer bestimmten Temperatur abgetötet werden; vermöge dieser Entdeckung konnte man nun alle gefährdeten Materialien sterilisieren. Die darauf gegründete Technik wurde in der Folgezeit noch ausgebaut, und sie gewann unter der Bezeichnung Pasteurisierung für das Nahrungsmittelgewerbe die allergrößte Wichtigkeit. Es bedeutete wiederum nur einen Schritt vorwärts, als mit der systematischen Fernhaltung der Luftkeime von der Wunde die antiseptische Wundbehandlung geboren wurde, die der Chirurg Lister mit großartigem Erfolg in die Praxis einführte.

Dann erst wandte sich Pasteur seinen eigentlichen Arbeiten über krankheits-erregende Bakterien zu. Sie führten ihn zu der Entdeckung, daß es mittels besonderer Methoden gelingt die Virulenz dieser Keime abzuschwächen und die Keime dadurch sogar für Schutzimpfungszwecke verwertbar zu machen. Zuerst gelang ihm ein solcher Nachweis bei dem Erreger der Hühnercholera; er gab eine Schutzimpfung gegen diese weitverbreitete Geflügelseuche an, die sich freilich in der Praxis nicht gehalten hat. Schon vorher hatte Pasteur, der inzwischen Professor an der Sorbonne geworden war, den Auftrag erhalten eine Epidemie der Seidenraupe, die seit 1865 wütete und die Raupenzucht Frankreichs zu vernichten drohte, zu bekämpfen. Er entledigte sich dieses Auftrags, indem er die infektiöse Ursache der Krankheit aufdeckte und die Mittel zu ihrer Bekämpfung aufwies. Im Verlauf seiner späteren Immunisierungsarbeiten fand Pasteur die erfolgreichen Schutzimpfungen gegen Milzbrand, Schweinerotlauf und Tollwut, die seinen Namen über die ganze Erde hin bekannt machten, viel Menschenleid stillten und der Volkswirtschaft unendliche Werte erhielten. Die nach ihm benannten Pasteurinstitute, die fast in allen Kulturstaaten errichtet wurden, haben für die Human- und Veterinärmedizin Großes geleistet, besonders durch die systematische Bekämpfung der Tollwut mittels des im Kaninchen abgeschwächten Tollwutgiftes; die sonst stets tödlich verlaufende Krankheit wird durch die rechtzeitige Einleitung einer Schutzimpfungsbehandlung der von tollen oder tollwutverdächtigen Hunden Gebissenen auf geringe Erscheinungen reduziert.

Wie alle wirklich Großen ist Pasteur bis zum Schluß seines Lebens (er starb 1895, 73 Jahre alt, an den Folgen eines Schlaganfalls) ein wahrhaft frommer Mensch gewesen, der in der Kleinlebewelt unter dem Mikroskop, deren Gesetze er zum Nutzen der Menschen so erfolgreich belauschte, immer das unendliche Wunder der Schöpfung sah. Auf seinem Grabstein stehen die Worte, die er selbst einmal geschrieben hat: »Die lebendigen Quellen aller großen Gedanken und Taten sind: Alle Dinge werden uns klar im Lichtschein des Unendlichen. Je mehr ich weiß, desto näher steht mein Glaube dem eines bretonischen Bauern. Wenn ich alles wüßte, dann hätte ich den Glauben einer bretonischen Bäuerin.«

**Aufklärung** Dem Hygieneunterricht wird allenthalben wachsende Beachtung geschenkt. Die Erkenntnis bricht sich allmählich Bahn, daß die Erziehung des ganzen Volkes zu hygienischer Lebensführung wichtiger ist als die hygienische Kontrolle durch allerdaher mehr oder weniger gut orientierte Beamte, Kreisärzte, Fürsorgerinnen, Gesundheitsaufseher, Desinfektoren, die nur im Einzelfall (besonders bei der Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten) in Funktion treten können. Denn bedeutungsvoller noch als die Fürsorge für die Erkrankten, die gewiß eine selbstverständliche Pflicht ärztlicher Ethik darstellt, ist die Fürsorge für die Gesunden, die möglichste Fernhaltung aller Gesundheitsstörungen, sowohl bei den Erwachsenen wie bei den Kindern und Jugendlichen. Die Gesundheitslage in Europa hat nach den furchtbaren Verwüstungen des Weltkriegs einen auffallend günstigen Stand erreicht (natürlich immer abgesehen von Rußland und dem Balkan, wo auch jetzt noch hygienische Unkultur herrscht); wird doch die Sterblichkeitsziffer, die für England im Jahr 1921 nur 12,1 auf 1000 Lebende betrug, in den Niederlanden sogar nur 11,2, im Deutschen Reich 1920 15,1, in der Schweiz und in Belgien 14,4 und 13,5, kaum noch wesentlich herabzudrücken sein. In den modernen Kulturstaaten wird es daher vor allem die Aufgabe der Hygiene sein das kostbare Gut der Volksgesundheit, wie es sich in dem niedrigen Stand der Sterblichkeit zeigt, zu erhalten, eine Aufgabe, die unter Umständen nicht leichter ist als die die vorhandene Gesundheitslage zu bessern. So ist der Arzt immer mehr vom Therapeuten zum Gesundheits-

berater und -fürsorger aufgestiegen. Das gibt sich äußerlich auch darin zu erkennen, daß die Zahl der reinen Praktiker, die lediglich ärztliche Behandlung betreiben, immer mehr zurückgeht, während die Gesundheitsfürsorger als Hygieniker und Verwaltungsbeamte in Staat und Kommune auf allen Gebieten der öffentlichen und sozialen Hygiene immer mehr an Bedeutung gewinnen. Dennoch muß letzten Endes die Gesunden- und Krankenfürsorge in einer Hand vereinigt sein, da die Übergänge auch hier fließend sind und von der Norm, die in der Biologie der geistigen und körperlichen Funktionen ein stets schwankender Begriff ist, kaum merkbar zum Pathologischen hinüberleiten.

Praktisch wichtig ist die Vereinigung ärztlicher und hygienischer Gesichtspunkte vor allem bei der Bekämpfung der großen Volksseuchen, der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, des Alkoholismus, die auch heute noch den Volkskörper bedrohen, die Morbidität mehr noch als seine Mortalität steigern, und die nur der Arzt, der über ein entsprechendes Maß von Spezialkenntnissen verfügt, in ihrer Bedeutung für die Volksgesundheit zu würdigen versteht. Darum darf, einem Schematismus zuliebe, nicht eine starre Trennung zwischen behandelndem Arzt und Gesundheitsfürsorger, Individualtherapeuten und Sozialhygieniker eintreten, die die nötige Synthese hindert. Über die Erziehung der Masse des Volkes zur Hygiene berichtet der Frankfurter Stadtschularzt Werner Fischer-Defoy in einer warm geschriebenen Abhandlung Die hygienische Aufklärung und ihre Mittel /Berlin, Richard Schoetz/, die in den Veröffentlichungen aus dem Gebiet der Medizinalverwaltung erschienen ist. Er schildert darin in ansprechender und interessierender Form alle Möglichkeiten in den Massen des berufstätigen Volkes hygienische Kultur zu verbreiten: durch Vorträge, Volkshochschulkurse, Merkblätter, Zeitschriften, Plakate, Lichtbilder. In der Landbevölkerung herrscht in dieser Hinsicht mehr noch als in der städtischen oft ein erstaunlicher Grad von Unbildung. Leider erfüllt die Schule auf diesem Gebiet nicht die Aufgabe, die sie für die Volkswohlfahrt erfüllen mußte, weil die vorhandenen Lehrkräfte nicht die dazu nötige Vorbildung besitzen.

Die Untersuchungen der Schulärzte über den Gesundheitszustand der Schulkinder bei Gelegenheit der Quäkerspeisung legt der Kreisarzt Otto Glaubitt einer spe-

ziellen Untersuchung über den Ernährungszustand der Bevölkerung in Preußen im Jahre 1920 zugrunde, die ebenfalls in den Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung erschienen ist /Berlin, Richard Schoetz/ und einen kleinen Beitrag zu diesem wichtigen Thema leistet. Unter gleichzeitiger Berücksichtigung der anderen Altersklassen kommt Glaubitt auf Grund der Berichte der Regierungspräsidenten zu dem Ergebnis, daß sich der Ernährungszustand der Bevölkerung im Jahr 1920 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gebessert hat, wenn auch das Kriegsdefizit, namentlich bei der städtischen und Industriebevölkerung, noch keineswegs ausgeglichen ist. Bei der jetzt von neuem einsetzenden Teuerung infolge der rapiden Markentwertung droht der deutschen Volksgesundheit eine neuerliche Erschütterung, da es der Masse des Volks, wie eingehende Untersuchungen des Hamburger Statistikers Professor von Tyszka auf Grund sorgfältiger Prüfungen von Arbeiterhaushaltsrechnungen in Altona ergeben haben, nicht mehr möglich ist ihren Nahrungsbedarf in kalorisch ausreichender Weise zu decken. Tyszka kommt daher in seiner Studie Die gegenwärtige Ernährungslage des deutschen Arbeiters im Vergleich zur Vorkriegszeit (in der Klinischen Wochenschrift vom 19. August 1922) zu folgendem Ergebnis: »Die Verschlechterung der Valuta, die die Wirkung hatte gerade die notwendigsten Lebensmittel im Preise stark zu steigern, hat zur Folge gehabt, daß auch gegenwärtig die minderbemittelten Schichten durch ihre Ernährung nicht den vollen Kalorienbedarf decken, ganz besonders aber nicht so viel Eiweiß aufnehmen, wie notwendig wäre, um voll leistungsfähig zu sein.« Es ist wohl keine Frage, daß dieses Resultat ungeteilte Aufmerksamkeit finden sollte, besonders mit Rücksicht auf die nahen Beziehungen zwischen Ernährung und Tuberkuloseverbreitung, die wir bei der Unterernährung während des Krieges genau kennen gelernt haben.

Aufklärung in fast lapidarer Form über alles, was in hygienischer Hinsicht von Bedeutung ist, gibt auf Grund der amtlichen Statistik und der freilich nicht immer vollständigen Berichte der Medizinalbeamten das wertvolle Quellenwerk Das Gesundheitswesen des preußischen Staates in den Jahren 1919 und 1920 /Berlin, Richard Schoetz/. Es kann allen bestens empfohlen werden, die sich schnell über den Stand der Seuchen-

hygiene in Preußen während der letzten Jahre, der Wohnungs-, Nahrungsmittel-, Gewerbe-, Schulhygiene, Krankenfürsorge usw. orientieren wollen. Es gibt einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Gesundheitslage; auf Forschungsergebnisse, Methodik der Untersuchungen usw. wird dabei natürlich nicht eingegangen.

Als Aufklärungsbuch für weiteste Kreise in allen Fragen der Gesundheitspflege ist die Schrift Alfred Grotjahns Das Gesundheitsbuch der Frau /Stuttgart, J. H. W. Dietz/ gedacht. Es unterrichtet in einfachster Form über alle Fragen, die die Gesundheitspflege der gesunden und kranken Frau betreffen, unter besonderer Berücksichtigung der Komplikationen, die sich für die Frau aus Schwangerschaft und Wochenbett ergeben. Es ist ein Aufklärungsbuch im besten Sinn, wenn auch manche Eigenheiten und Einzelheiten, die sich aus dem besonders Standpunkt des Verfassers in Fragen der menschlichen Fortpflanzung ergeben, kaum auf allgemeine Geltung Anspruch erheben dürften. So empfiehlt Grotjahn, in der Absicht den Sexualverkehr zu entbarbarisieren, die künstliche Deflorierung der Mädchen, die der »Terminentjungferung« ein Ende bereite. Dadurch sollen die nervösen Erschütterungen und Krampfstände (Vaginismus), die an sich mit der an einem bestimmten Termin vorgenommenen Deflorierung einherzugehen pflegen, herabgesetzt werden. Die Wegräumung des Jungfernhäutchens soll nicht mehr der Einleitung des ersten Geschlechtsverkehrs sondern einem einfachen und schmerzlosen Eingriff in frühester Jugend überlassen werden. Bedenklich ist es auch bei der Besprechung der Pocken an dem Impfzwang, der in Deutschland durch Reichsgesetz besteht, zu rütteln und statt dessen nach englischem System die Vornahme der Impfung mit Beachtung der Gewissensklausel zu befürworten, sie also von dem Willen der Eltern abhängig zu machen. Ist der Eingriff durch die Pockenschutzimpfung wirklich so groß, daß man darum die über ein Jahrhundert bewährte segensreiche Wirkung in unmittelbarer Nachbarschaft Polens und Rußlands (nach einem Bericht des Provisorischen Hygienekomitees des Völkerbundes wurden in Rußland für das Jahr 1919 166 340, für 1920 98 179 Pockenerkrankungen gemeldet) aufs Spiel setzen soll?

Einblick in ein wichtiges Gebiet der hygienischen Erziehung gewährt das jetzt in 2. Auflage veröffentlichte Werk Hy-

giene der Körperübungen des frühern Prager Ordinarius der Hygiene Ferdinand Hueppe /Leipzig, S. Hirzel/. Die Bedeutung der Körperkultur für Gesunderhaltung und Krankheitsverhütung wird in letzter Zeit besonders betont; darauf deuten auch die an mehreren Stellen entstandenen Hochschulen für Leibesübungen, die zum Teil ein recht umfangreiches Programm zur Ausbildung von Erziehern, Lehrern, Ärzten haben, Sport und Gymnastik auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis betreiben und weiter der erziehungsbedürftigen Jugend vermitteln wollen. Es ist keine Frage, daß im heutigen Schulbetrieb Sport und Körperübungen viel zu kurz kommen, meist sogar gegenüber der Erziehung in rein geistigen und abstrakten Dingen als quantité négligeable behandelt werden. Von ihrer gesundheitlichen Bedeutung einmal abgesehen, würden vielleicht durch den disziplinierten Rhythmus beim Spiel und Sport wichtige Grundlagen auch für Willensbildung und ästhetische Kultur geschaffen. Freilich muß die Erziehung in Gymnastik, Sport und Spiel dann auf ein höheres Niveau gestellt und darf nicht im Kasernenhofen als eine Art militärischer Paradeschau von ehemaligen Unteroffizieren geleitet werden. Es muß vielmehr eine Vergeistigung des Sports stattfinden, seine Wirkung auf Ästhetik, Gesundheit und Willensbildung aufgezeigt und gleichzeitig Hygiene und Physiologie des menschlichen Körpers gelehrt werden. Dazu kann in hervorragender Weise das Werk Hueppes dienen. Es bringt neben einer größeren Zahl gelungener Abbildungen nicht nur die Turnspiele selbst sondern stellt auch die hygienisch-physiologischen Gesichtspunkte fest, unter denen sie zu betrachten sind, beschreibt die Muskelbildung des Menschen nach besonderen Sportleistungen, die Physiologie der Bewegung, die Funktionen von Herz und Lungen, die Grundlagen einer rationellen Ernährung, die Wärmeregulierung durch die Haut, die Hygiene der Kleidung, die Bedeutung der Abhärtung für den Schutz gegen Erkältungskrankheiten und vieles andere, in meist leichtverständlicher Form. So betrachtet könnte in der Tat ein gut geleiteter Sportunterricht ein wichtiges Erziehungsmittel werden und in besserer Weise eine Verallgemeinerung der Körperkultur bewirken, als es früher die militärische Erziehung bei einem relativ kleinen und schon an sich gesundheitlich ausgewählten Teil der Gesamtbevölkerung tat.

Auch J. Kaup, der Leiter des Sozialhygienischen Seminars in München, fordert systematische Leibesübungen als Ausgleichselement gegenüber Berufseinwirkungen usw. in seiner wichtigen und tieferschürfenden Arbeit *Konstitution und Umwelt im Lehlingsalter* (München, J. F. Lehmann). In sehr gründlichen anthropometrischen Untersuchungen an 4253 Fach- und etwa 900 Fortbildungsschülern Münchens sollten für die Berufe der Metzger, Schmiede, Schlosser, Maschinenbauer, Bäcker, Schneider, Gastwirte, Tapezierer, Kaufleute die schädigenden Einflüsse der Umwelt, insbesondere der Berufstätigkeit, auf Wachstum und Konstitution festgestellt werden. Die Ergebnisse sind zum Teil sehr bemerkenswert; es kann auf sie im einzelnen hier nicht eingegangen werden. Hervorgehoben sei nur, daß sich unter Berücksichtigung aller biometrischen Fehlerquellen für das Pubertätsalter folgende Einwirkungen des Berufs auf die körperliche Entwicklung ergaben: 1. bei den Kaufleuten ein übermäßiges Längen- und stark zurückgehaltenes Breitenwachstum, 2. bei den Maschinenbauern weniger übermäßiges Längen- und etwas unternormales Breitenwachstum, 3. bei den Schlossern ziemlich normales Längen- und etwas unternormales Breitenwachstum, 4. bei den Schmieden und Metzgern besonders starke Breitenentwicklung, 5. bei den Bäckern unternormales Längenwachstum bei guter Breitenentwicklung, 6. bei den Schneidern gehemmtes Längenwachstum, viel stärker gehemmte Breitenentwicklung, 7. bei den Ungelernten normale Längenentwicklung, gehemmte Breitenentwicklung. Alle anderen Berufe lassen sich hinsichtlich der Einwirkung der Berufsarbeit innerhalb dieser Extreme eingruppiieren. Zum Ausgleich gegenüber den Umweltschäden, besonders den Berufseinwirkungen während der Pubertätszeit, fordert Kaup die »Organisation einer Konstitutionsdienstpflicht für beide Geschlechter in Stadt und Land mit der Aufgabe durch weitgehende Differenzierung und Individualisierung von Leibesübungen und Werkarbeit Harmonie und Ausgleich in der Erziehung des Geistes und des Körpers unserer Jugend zu schaffen«. Er stellt sich diese Konstitutionsdienstpflicht aber nicht etwa in der Form eines Arbeitspflichtdienstjahrs für junge Männer und Mädchen vor, wie es auch in bedenklicher Anlehnung an die frühere Militärdienstpflicht vorgeschlagen worden ist, sondern in der Form pflichtmäßiger

Leibesübungen und anregender Werkarbeiten, an denen die Jugend beiderlei Geschlechts, etwa vom 10. Lebensjahr an, in Volks-, Mittel- und Fortbildungsschulen gleichermaßen zu beteiligen wäre, für gefährdete Jugendliche unter besonderer ärztlicher Aufsicht; dies hält er für den einfachern und zugleich gesünderen Weg; denn die Verteilung der Übungen auf die ganze 2. Hälfte der Entwicklungsperiode sichere ein besseres Endresultat und schone die berechtigten wirtschaftlichen Einzelinteressen mehr als eine Konzentrierung auf ein einziges Jahr. Zweifellos wird die Verallgemeinerung der Körperkultur in der einen oder andern Weise von höchster Bedeutung für unsere künftige hygienische Erziehung sein und aus der Diskussion so bald nicht mehr verschwinden.

Erwähnt sei noch die kurze Schrift des Münchener Schularztes Th. Fürst *Die Frage der Berufsberatung und Berufseignung vom hygienischen Standpunkt* (München, R. Oldenbourg/); sie bringt nicht viel mehr als im Titel angedeutet ist, fordert die Mitwirkung des Arztes respektive Schularztes bei der Berufsberatung am Ende der Schulzeit und dementsprechend eine Fühlungnahme der Schularzte mit der Gewerbehygiene, insbesondere der Fortbildungsschularzte mit der Berufskunde, deren Kenntnis auch zur hygienischen Berufsberatung unerlässlich ist. Als erste Anregung mag die Arbeit, die ihre Entstehung einem Vortrag im Bayrischen Fortbildungsschulverein verdankt, von Wert sein.

#### Fürsorge

Die große Bedeutung, die neuerdings an allen Verwaltungsstellen der sozialhygienischen Fürsorge in Stadt und Land, der Erkenntnis der mannigfachen Beziehungen zwischen Krankheit und sozialer Lage beigemessen wird, gibt sich auch in einer Reihe literarischer Neuerscheinungen auf diesem Gebiet zu erkennen. Nicht alle erreichen an Originalität der Auffassung und an Gründlichkeit die schon vorhandenen Werke, von denen namentlich das von Grotjahn und Kaup bearbeitete Handwörterbuch der sozialen Hygiene, das Mosse-Tugendreichsche Sammelwerk *Krankheit und soziale Lage* (beide leider seit 1913 nicht neu aufgelegt) und das Gottstein-Tugendreichsche *Sozialärztliche Praktikum als Orientierungswerke* zu nennen sind. Immerhin schadet es nichts, wenn der gleiche Gegenstand von verschiede-

nen Seiten und verschiedenen Gesichtspunkten aus zur Darstellung gelangt, zumal das ärztliche Interesse heute (vielleicht schon etwas zu stark) nach der sozialhygienischen Seite der neuern Gesundheitspflege, ohne entsprechende soziologische Einfühlung, gerichtet scheint. Die Aufgabe der gesundheitlichen Fürsorge faßt der Stadtarzt Ernst Neumann /Neumünster/ in einem Heft der Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung /Berlin, Richard Schoetz/ kurz zusammen. Er fordert eine Anpassung des alten öffentlichen Sanitätswesens an die Notwendigkeiten der neuen Zeit, zumindest eine Vereinheitlichung des sanitären Verwaltungsapparats, der noch immer beamtete Ärzte des Staats neben denen der Selbstverwaltungsorgane kennt: eine verhängnisvolle Zweiteilung, da die einander entsprechenden Dienststellen oft einander entgegenarbeiten, nur ängstlich besorgt ihre Befugnisse genau gegen einander abzugrenzen.

Ernst Gerhard Dresels Schrift Soziale Fürsorge hat schnell ihre 2. Auflage erlebt /Berlin, S. Karger/. Das Buch, das von warmem Gefühl für die sozial benachteiligten Schichten diktiert ist, ist auch für den sozialärztlichen Praktiker von Wert. Es fehlt ihm aber eine straffe Gliederung des Stoffs, als Nachschlagewerk ist es deshalb nicht geeignet. Es ist auch von einzelnen Fehlern und Übertreibungen nicht frei, und es läßt die genügende Benutzung der medizinialstatistischen Unterlagen vermissen, die für die Sozialhygiene (die im Gegensatz zur experimentellen Hygiene gerade von der Statistik als Forschungsmittel weitgehenden Gebrauch macht) dringend erforderlich sind. Ein Irrtum ist die Behauptung in dem Kapitel über den Geburtenrückgang, daß bei den Juden infolge von Inzucht eine Abnahme der Fruchtbarkeit stattgefunden habe. Die sorgfältigen individualstatistischen Erhebungen Marcuses, die Untersuchungen der Anthropologen Eugen Fischer und von Luschan haben längst ergeben, daß die Minderfruchtbarkeit, auch die der sogenannten Mischehen, nicht biologisch sondern sozial und psychisch bedingt ist. Eine Übertreibung oder ein Mißverständnis ist es ferner, wenn es heißt, daß wir uns in Deutschland rühmen können »mit Gesetzen und Vorschriften auf allen Gebieten der öffentlichen Gesundheitspflege, besonders der Gewerbehygiene, an führender Stelle unter den Völkern zu stehen«. Besonders der Gewerbe-

hygiene? Sollte es dem Autor nicht bekannt sein, daß Deutschland noch immer, im Gegensatz zu Frankreich, England, der Schweiz, den Niederlanden, den Vereinigten Staaten, die Melde- und Entschädigungspflicht bei den Gewerkrankheiten nicht durchgeführt hat? Diese kleinen Ausstellungen sollen den Wert des Buches aber nicht herabsetzen, das mit schwungvollem Idealismus geschrieben ist und unverkennbar auch nach Synthese strebt. Sein größter Fehler scheint mir der Mangel an statistischer Auswertung der sozialhygienischen Erkenntnisse zu sein.

Die beste Neuerscheinung auf dem Gebiet der sozialhygienischen Literatur stellt zweifellos die Arbeit des bayrischen Obermedizinalrats Franz Spaet Der Fürsorgearzt /München, J. F. Lehmann/ dar. Sie ist außerordentlich reich an statistischen Belegen, die zum Teil auch bis in die Nachkriegsjahre reichen, und bringt vor allem auch die für den Verwaltungsmediziner so wichtigen neueren reichsgesetzlichen und bundesstaatlichen Verfügungen über sozialhygienische Fürsorge. Einen individuellen Einschlag erhält das Buch noch dadurch, daß als Beispiele aus der amtsärztlichen und kommunalhygienischen Praxis zur Abwechslung einmal die sozialhygienischen Verhältnisse in Bayern gewählt sind und öfter auch die besonderen Verhältnisse in der Stadt Fürth, in der der Verfasser als Amtsarzt tätig war. Im übrigen ist das Werk gerade an Beispielen, Wiedergaben von Merkblättern und Verfügungen aus zahlreichen anderen Städten sehr reich. In einzelnen Kapiteln ist für den Verwaltungshygieniker, sofern er die Übersicht nicht verlieren soll, vielleicht sogar zu viel geboten, zumal er sich in therapeutischen Dingen wohl doch aus klinischen Lehrbüchern Rat holen wird. Das trifft insbesondere für das zu breit geratene, allerdings sehr wichtige Kapitel über Säuglingsfürsorge zu, in dem auch die diätetisch-therapeutischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Ernährungsstörungen und andere Details ausführlich mitgeteilt sind, die besser dem Spezialstudium überlassen blieben. Meist ist die einschlägige Literatur dabei berücksichtigt. Das vom Reichsgesundheitsamt bearbeitete Milchmerkblatt, das allerdings durch die heutigen Verhältnisse, die nie dagewesene Milchknappheit weit überholt ist, und noch eine große Reihe andere Merkblätter sind im Original wiedergegeben. Das Buch wird dem Für-

sorgeart jedenfalls ein guter Berater in allen Zweigen der sozialhygienischen Praxis sein können.

In aller Gedrängtheit bietet Benno Chajes' Kompendium der sozialen Hygiene /Berlin, Fischers Medizinische Buchhandlung/ einen Überblick über das Gesamtgebiet. Man muß dem Verfasser nachrühmen, daß er es verstanden hat auf wenigen Seiten, unter Ausnutzung statistischen Quellenmaterials und unter Hinweis auf die vorhandene sozialhygienische Literatur, dem Studierenden einen Einblick in das umfassende Gebiet der sozialen Hygiene zu geben. Gegenüber dem vorgenannten Werk hat die Schrift den Vorzug, daß sie sich wirklich allein auf die sozialhygienischen Gesichtspunkte beschränkt und alle individualtherapeutischen Mitteilungen vermeidet; wie alle Kompendien dringt sie dagegen nicht sehr in die Tiefe und verzichtet auf einen eigenen Standpunkt.

Grundlegung zur sozialen Hygiene und Politik nennt sich die Schrift Alfred Stehrs, deren 1. Teil Die Entwicklung der Gefühle und das Glück soeben erschienen ist /Leipzig, J. A. Barth/. Man würde nach Ankündigung und Vorwort so etwas wie eine Synthese der modernen Hygiene vermuten, vielleicht sogar die Verkündung einer hygienischen Weltanschauung erwarten, die auf dem Weg über die Sozialpolitik auch zur aufbauenden Staatswirtschaft ihre Fäden spannt, wird aber sehr bald enttäuscht. In hygienischer wie erkenntnistheoretischer und politischer Hinsicht. Man sieht einstweilen keinen neuen Gesichtspunkt, keinen eigenen biologischen oder soziologischen Gedanken sondern nur eine Reihe politischer Gemeinplätze, die zum Schluß in 12 Leitsätzen nach Art des folgenden zusammengefaßt werden: »Höchste Aufgabe jeder Wissenschaft ist es der staatlichen Leitung immer bessere Methoden an die Hand zu geben und sachverständige Berater zu stellen, die das Gedeihen des großen Ganzen höher stellen als Gefühlsinteressen von Individuen und Klassen, mögen sie an sinnlichen Genüssen oder an genußreichen Idealen (in Parteidogmen oder Weltanschauungen) haften.« Oder es wird als »grundlegender Gesichtspunkt der Aufgaben des Staates bei Sanierung des Gefühlslebens« etwa bezeichnet »die Fernhaltung alles minderwertigen [in welcher Hinsicht?] und volksfremden, das Gefühlsgleichgewicht störenden Zuzugs aus dem Auslande einerseits, andererseits wirksame Fortpflanzung derer, die Über-

durchschnittliches leisten, alles unter steter Kontrolle des Erfolges«. Soll man nach solchen Gemeinplätzen auf den 2. Band besondere Hoffnungen setzen, der nach dieser »Entwicklung der Gefühle« die »Grundsätze organischen Geschehens« behandeln soll? Indes, wir wollen das Urteil darüber nicht vorwegnehmen. Eine Synthese hygienischer Weltanschauung oder auch einer »Hygiene des deutschen Staatsvolkes«, wie es im Vorwort heißt, stellt der vorliegende Band jedenfalls nicht dar, höchstens einen Versuch dazu mit untauglichen Mitteln.

**Sterblichkeit** In einer Zusammenstellung über die Bevölkerungsbewegung der deutschen Großstädte im Jahr 1921 in der Klinischen Wochenschrift vom 11. März 1922 hat Adolf Gottstein an der Hand der Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamts festgestellt, daß die Sterblichkeitsziffern 1921 weiter zurückgegangen seien als je zuvor. Sowohl die Säuglings- und Tuberkulosesterblichkeit als auch die Sterblichkeit an akuten Infektionskrankheiten war im Jahr 1921 geringer als in allen früheren Jahren. Die Tuberkulosesterblichkeit, die während der letzten Kriegsjahre gewaltig in die Höhe gegangen war, ist mit 14,9 auf 10 000 Lebende niedriger als die bis dahin geringste des Jahres 1913 mit 15,7 auf die gleiche Lebendenzahl. Diese Abnahme der allgemeinen Sterblichkeit ist eine intereuropäische Erscheinung. Nur Rußland macht davon eine Ausnahme. Hier erreichten im Gegenteil in den Jahren 1920 und 1921 die Sterbe- und Erkrankungsziffern eine Höhe, die alles bisher Dagewesene seit dem Schwarzen Tod /1348/ übersteigt. Zuverlässige Zahlen darüber existieren auch heute noch nicht; einige Angaben macht aber jetzt ein Bericht des provisorischen Hygienekomitees des Völkerbundes, der ebenfalls von Gottstein in der Klinischen Wochenschrift vom 25. Februar 1922 verwertet ist. Danach sind in den Jahren 1919 und 1920 etwa 15 Millionen allein an Fleckfieber erkrankt, von denen etwa 7½ Millionen amtlich gemeldet waren. Gewaltig sind auch die Zahlen der Erkrankungen (und dementsprechend der Sterbefälle) an Pocken, Rückfallfieber, Typhus, Ruhr, Cholera. Vor dem Krieg kamen 6 Fälle von Fleckfieber, 3 von Rückfallfieber auf 10 000 Lebende, 1920 265 und 98 Fälle. In Petersburg betrug die Einwohnerzahl 1913 2,3 Millionen, 1920 etwas über 700 000, ganz ähnlich in Moskau. Spielt hier auch die Abwan-

derung aus den großen Städten eine bedeutende Rolle, so ist doch auch die Sterblichkeit unerhört hoch. In Moskau kamen 1919 auf 1000 Einwohner 13,8 Geburten und 72,6 Sterbefälle, 1920 21,9 Geburten und 51,7 Sterbefälle. Können diese Zahlen auch noch keinen Anspruch auf Genauigkeit erheben, so lassen sie doch im Umriß einen grauerregenden Rückschluß auf die katastrophalen Gesundheitsverhältnisse zu, die im bolschewistischen Rußland der Hungersnot und der Seuchen heute herrschen.

**Totenliste** In Hamburg starb im März 1922 der Ordinarius der Bakteriologie und Direktor des Hygienischen Instituts an der Hamburger Universität *William Philipp Dunbar* im Alter von 59 Jahren. Seine wissenschaftlichen Arbeiten erstrecken sich auf das gesamte Gebiet der Epidemiologie, ganz besonders auf die Erforschung der Pestkrankheit.

Der englische Kliniker *Sir Alfred Pearce Gould*, der Inhaber des Lehrstuhls für Anatomie an der Universität London und Leiter des Middlesexhospitals, ist am 19. April gestorben. Seine Arbeiten behandeln anatomische und chirurgische Probleme, außerdem hat er eine größere geschichtliche Schrift über die Entwicklung der Heilkunde geschrieben.

Die beiden Altmeister der innern Medizin, *Heinrich Quincke* und *Wilhelm von Leube*, sind kurz hinter einander, am 9. und am 16. Mai, im Alter von 80 Jahren gestorben. Beide entstammen noch der klassischen Zeit der neuern medizinischen Forschung, die von Johannes Müller und seinen zahlreichen Schülern (du Bois-Reymond, Virchow, Helmholtz, Naunyn, Cohnheim usw.) inauguriert und auf eine wesentlich experimentelle Basis mit scharfsinniger Verwertung der am Krankenbett beobachteten Tatsachen gehoben wurde. Quincke ist in Frankfurt am Main, wo er seit 1908 im Ruhestand lebte, gestorben; die Hauptzeit seiner medizinischen Lehrtätigkeit hat er in Kiel zugebracht. Seine Hauptleistung war die kühne Punktion des Rückenmarkkanals, die sogenannte Lumbalpunktion, die später die Grundlage für die von August Bier eingeführte Lumbalanästhesie wurde. Leube starb in Bad Langenargen; seine Hauptlehrtätigkeit hat er als Ordinarius an der Würzburger Universität ausgeübt. Seine zahlreichen Arbeiten liegen namentlich auf dem Gebiet der Stoffwechsellphysiologie und Ernährungslehre und zeigen neben der

Meisterschaft in der klinischen Krankheitsbeobachtung eine völlige Beherrschung der chemisch-physiologischen Grundlagen. Auch auf verschiedenen anderen Gebieten der innern Medizin, so der Diagnostik der Blutkrankheiten, der septischen Erkrankungen, der Diagnose und Therapie der Magenkrankheiten hat Leube anregend und befruchtend auf die große Zahl seiner Schüler gewirkt.

Der Entdecker des Erregers des Wechselfiebers *Charles Laveran*, Mitglied des Instituts Pasteur in Paris, ist im Mai im Alter von 77 Jahren gestorben. Die Entdeckung des Erregers der Malaria gelang Laveran 1880, als er als Militärarzt in Algier war. Später widmete er sich dem Studium der Trypanosomenkrankheiten, unter denen die bekanntesten die Tsetsekrankheit der Rinder, die Dourinekrankheit der Pferde und die Schlafkrankheit der Menschen sind.

**Kurze Chronik** In England wurde schon 1918 eine Kommission zur Prüfung der *Salvarsanschädigungen* eingesetzt, die bereits ihren 2. Bericht veröffentlicht hat. Zugrundegelegt sind der Bearbeitung rund 340 000 Fälle aus Deutschland und rund 140 000 aus England. Durchschnittlich kamen auf den Fall in Deutschland je 4,6 Einspritzungen, in England je 4,5. Die Zahl der Todesfälle betrug bei dem deutschen Material auf 10 000 Fälle 3,8, in England 4,0, zusammen 3,9 respektive auf 10 000 Einspritzungen 0,85 Todesfälle. Trotzdem wird erklärt, daß das Präparat wirksamer sei als jedes andere Mittel. Arzt und Kranker hätten die Wahl zwischen 2 Gefahren. Es könne jedoch nicht zweifelhaft sein, daß im Interesse der Kranken und der Gesellschaft die Entscheidung zugunsten der Salvarsanbehandlung zu fallen habe. Es wird demnächst auch an dieser Stelle auf die Frage der Salvarsanschäden kritisch einzugehen sein. ◊ Der 5. italienische *Kongreß* für soziale Hygiene, eine Fortsetzung der früheren internationalen Kongresse für Gewerbehygiene, fand vom 11. bis zum 14. Juni in Florenz statt. Auch zwei deutsche Gewerbehygieniker, die Landesgewerbeärzte Franz Koelsch /München/ und Ludwig Teleky /Düsseldorf/ waren dazu eingeladen worden. ◊ Zum *100. Geburtstag Pasteurs* hat John D. Rockefeller die Mittel zum Ankauf von Pasteurs Geburtshaus in Döle gestiftet. Es wird dort ein Pasteurmuseum eingerichtet. ◊ Die von der Deutschen Ophthalmologischen

Gesellschaft gestiftete *Goldene Graefemedaille*, »die alle 10 Jahre dem zuerkannt werden soll, der sich unter den Zeitgenossen, ohne Unterschied der Nationalität, die größten Verdienste um die Förderung der Ophthalmologie erworben hat«, erhielt diesmal Karl von Heß in München. ◊ Der Generaloberarzt im Reichswehrministerium *Wilhelm Schultzen* ist Professor in der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin geworden.

#### Literatur

Unsere Volkseintartung und ihre Verhütung nennt sich eine kleine Schrift *Georg Bonnes*, die als 6. Bändchen der Bremer Beiträge zur deutschen Erneuerung / Bremen, Friedrich & Co./ erschienen ist. Die Arbeit ist aus dem Herzen geschrieben, das ist ihr Vorzug. Ihre Fehler sind aber nicht minder groß. Wenn man dem Verfasser auch zugestehen wird, daß er den guten Willen hatte mit seiner Kritik und seinen Vorschlägen dem drohenden Verfall der deutschen Volksgesundheit vorzubeugen, so dürfen seine Argumentationen doch nicht unwidersprochen bleiben. Zudem sind sie weder neu, noch gehen sie in die Tiefe der Probleme. Es wird keinem Volkswirt, keinem Hygieniker bisher verborgen geblieben sein, daß es sich in dem luftigen Haus einer Gartenstadtsiedelung besser und gesünder leben läßt als in den engen Arbeiterquartieren der Großstadt. Dennoch ist die »systematische Dezentralisation der Großstadt«, von der der Verfasser spricht, bisher in der organischen Entwicklung unserer Volkswirtschaft nicht möglich gewesen. Man wird innerhalb dieser Entwicklung auch weiter die Großstädte mit ihren Mietskasernen nicht einreißen können. Das Problem wird vielmehr sein die Großstadt hygienisch so zu gestalten, daß sie den Massen ein gesundes Dasein ermöglicht. Bonne macht es sich zu leicht. Mit der Verurteilung der Geschlechtskrankheiten oder mit sittlicher Entrüstung über die zunehmende Zahl der Fruchtabtreibungen kommen wir nicht weiter; noch weniger damit, daß die Homosexualität als verabscheuenswürdige Perversität hingestellt wird, der auch *Magnus Hirschfeld* »als Zeichen eigener Entartung« zum Opfer falle. Aber auch *Steinach* mit seiner Verjüngungstheorie wird als »Gipfel der Entartung« bezeichnet. Irgendwelche tiefergehenden Gedanken über die heute noch im Mittelpunkt der wissenschaftlich medizinischen Diskussion stehende innere Sekretion werden nicht entwickelt.

## KUNST

### Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer

#### Rußland

Die Konsequenzen der neuesten Kunstbestrebungen wurden anscheinend am weitesten in Rußland getrieben. Während man sich im Westen noch mit dem Kubismus und der abstrakten Kunst beschäftigte, wurde diese in Rußland durch den Suprematismus zu ihren letzten Möglichkeiten geführt; man schloß die kompositorische Methode ab und ging zur konstruktiven über. »In der Sehnsucht nach Materie hüllte man sich in die Flamme des abstrakten Idealismus und vernichtete alles Stoffliche in sich, um rein zu werden für die Empfängnis des neuen Gegenstandes«, wie Ulen sich im Gegenstand ausdrückte. Klar das Ziel vor Augen: Schaffung einer neuen Symmetrie, Aufbau wirklicher Körper; als Vorspiel einer neuen Architektur, im weitesten Sinn dieses Begriffs. Die russischen Künstler haben nicht nur erkannt sondern durch ihre »Produktionskunst« erwiesen, daß ihnen Kunst eine geistige Angelegenheit ist, mit der Aufgabe das Leben zu organisieren und nicht zu schmücken.

In der Russischen Kunstausstellung, die in Berlin in der Galerie van Diemen stattfand, interessierten daher auch vor allem die Gruppen der Suprematisten und Konstruktivisten. Die anderen Gruppen, selbst die Akademiker, die in überraschender Toleranz voll zur Geltung kamen, brachten nichts Neues, zeigten nur, daß auch in Rußland die westlichen Kunstprobleme des letzten Jahrzehnts die Maler beschäftigten.

Der *Suprematismus* ist eine Schöpfung *Kasimir Malewitschs*. Er will eine organische Weiterbildung des Kubismus sein. Malewitsch zerlegt die stereometrischen Bildelemente des Kubismus in planimetrische, schafft so eine konsequente Flächenmalerei. Es ist ein rhythmisches Spiel abstrakter Flächen, einfacher geometrischer Figuren. Er begnügt sich mit einer Figur, etwa einem Quadrat, einem Kreis. Die Suprematisten suchen »den Nullpunkt der Kunst und schließen siegreich den Prozeß analytischer Subtraktion ab, machen aber Halt an der Schwelle der künftigen Kunst, warten auf kommende synthetische Kräfte«, sagt *Konstantin Umanski* (*Neue Kunst in Rußland / Potsdam, Gustav Kiepenheuer*). Unter dem Nullpunkt der Kunst versteht Malewitsch den fast vollkommenen Verzicht auf alle

Ausdrucksmitte! der Kunst (Farbe, Form usw.), wie etwa sein Bild Weiß auf Weiß veranschaulicht, äußersten Verzicht auf alle malerische Wirkung. Zu den Suprematisten gehören noch Klun, Rosanowa, Popowa, Exter, Lissitzkij, Drewin und Mansurow. Auch Kandinskij ist in gewissem Sinn zu dieser Gruppe zu zählen. Allerdings schlägt er einen andern Weg der gegenstandslosen Malerei ein. Er ist überaus subjektiv, während die eigentlichen Suprematisten sich objektiv zu manifestieren versuchen.

Der *Konstruktivismus* ist als Übergang vom Suprematismus zur Produktionskunst zu betrachten. Als Konstruktivist ist vor allem Tatlin zu erwähnen. Er hat als erster in Rußland das Contre-relief dargestellt, das, aus der Fläche entstanden, reale Stoffe im Raum verwirklicht. Ein Versuch der Produktionskunst ist sein Denkmal der sogenannten Dritten Internationale, das für Moskau geplant ist.

Die Vertreter der *Produktionskunst* verzichten völlig auf Malerei. Ihre Prinzipien manifestieren sich vorläufig an einer Reihe unutilitarischer Konstruktionsformen. Zu ihren Hauptvertretern gehört Rodschenko, der auch durch suprematistische und konstruktive Werke vertreten ist. Er geht jetzt zu utilitarischer architektonischer Konstruktion über, dem eigentlichen Ziel der Produktionskunst. Sterenberg, Medunetzki, Mituritsch, Klutzi, Joganson und andere arbeiten in der selben Art, jedoch individuell differenziert. Nathan Altman versucht seinen Bildern sozialen Inhalt zu geben, betrachtet sie als ein Mittel zur Organisierung des Bewußtseins. Interessant sind die auf Fakturkontrasten beruhenden Bilder Sterenbergs. Er organisiert seine Bilder rein malerisch, ohne gegenstandslos zu werden. Am überraschendsten sind die Konstruktionen des Bildhauers Gabo. Sein System beruht auf diagonal gekreuzten Flächen. Den Raum betrachtet er als Tiefe. Gabo versucht auch die Dynamik zu realisieren, die Zeit als neues Element der Kunst zu verwenden; allerdings rein materiell einstweilen, doch mit sicherem Instinkt für das Zukünftige.

Berlin: Juryfreie Kunstschau  
Trotz ihrer Juryfreiheit ist die Juryfreie Kunstschau juriiert. Denn die Art der Bilderverteilung stellt durchaus eine Wertung dar. Und gerade Wertungen sollten grundsätzlich vermieden werden. Prinzip müßte sein: die Bilder in der Reihenfolge ihres Eintreffens zu hängen,

wahllos durcheinander, selbst auf Kosten von Irritationen. Aber Neues und Unbekanntes bringt diese Ausstellung nicht. Wenige unbekannte Namen wie etwa W. Spies und K. Frisch, die mit Bildern von seltsamer Phantastik vertreten sind, E. W. Kallen, deren Bilder, ohne nachzuahmen, irgendwie an die italienische Gruppe Valori Plastici erinnern, und Gert Caden, der eine Konstruktion von asketischer Reinheit zeigt. Außer diesen erheben sich nur Werke bekannter Namen über das Chaos des Durchschnitts. So Bilder von Arthur Segal, Iwan Punij, Karl Schmidt-Rottluff, Emil Nolde und Felix Müller.

Besondere Beachtung verdient *Otto Dix*. Ein bewußter Kitschmaler: nicht aus Sentimentalität sondern aus Absicht, aus Politik, zur Entlarvung. Sein Gegenständliches verleiht seinen Bildern Aktualität. Er erfüllt das Ideal der Volksvorstellung von Schönheit, der Schönheit des Wachsfigurenkabinetts, der Konfektionspuppe. Seine Bilder verkörpern das Ideal von Panizzas Korsettenfritze. Aber er sieht auch die verzerrten Fratzen hinter vielfältig geschrinkten Masken, die gähnende Verzweigung der Wirklichkeit. Sein Bild Mädchen vor dem Spiegel wurde unbegreiflicherweise auf Veranlassung des Staatsanwalts beschlagnahmt. Angeblich, weil es obszön sei. In solchen Fällen ist der Staatsanwalt immer irritiert.

Von besonderem Interesse ist der von Wassilij Kandinskij ausgemalte Raum. Er wurde für das Museum für freie Kunstschau, das einmal errichtet werden soll, erworben. Der schwarze Untergrund, auf den die Kandinskische Komposition hellfarbig gemalt ist, trägt in hohem Maß zur Erzielung räumlicher Geschlossenheit bei, was durch die Art der Formgebung allein nicht zu erreichen wäre. Das Ganze ist mehr eine Formaddition als eine Komposition, von einem konstruktiven Raumprinzip weit entfernt, letztlich Tapetenkunst, kunstgewerblich. Kandinskij ist im Grunde ein typischer Expressionist. Seine Stärke ist das Tafelbild, in dem die Eigenart seiner Persönlichkeit völlig zum Ausdruck kommt. Die architektonische Gestaltung eines Raumes denkt man sich anders. Viel eher als Kandinskij wären etwa Thomas Ring oder Erich Buchholz, die gleichfalls mit Arbeiten in dieser Ausstellung vertreten sind, einer solchen Aufgabe gewachsen; besonders Erich Buchholz, in dessen räumlich klaren Kompositionen sich eine elementare Architektonik manifestiert.

**Totenliste** Auf seiner Besetzung bei Creil starb im September 1922 *Léon Bonnat*, hochbetagt. Er galt als der französische Lenbach; Hugo, Dumas, Taine, Renan, Pasteur, Puvis de Chavannes und zahlreiche andere sind von ihm porträtiert worden. Von Lenbach unterscheidet ihn indes stark seine männlichere Auffassung der Frau; wenn er Frauen malte, tragen diese ausgeprägt charakterisierte Züge. Bonnat ist malerisch Zeitgenosse von Corot, Courbet, Millet. Seit 1878 gehörte er als Mitglied der Berliner Akademie an.

Ebenfalls im September starb der Historienmaler *Fritz Neuhaus*, 70 Jahre alt, in Düsseldorf. Er war dort Lehrer an der Kunstgewerbeschule. Die Düsseldorfer Galerie besitzt eins seiner bekanntesten Gemälde, andere seiner Werke hängen im Wallraf-Richartz-Museum in Köln.

Am 21. Oktober starb in Berlin der Maler *Simon Buchbinder*, der, gleich den alten Niederländern, in sorgfältigster Detailmalerei winzige Bildchen zu malen pflegte. Der aus Russisch Polen stammende Künstler, der einst in hohem Ruf stand, und für dessen Arbeiten man früher enorme Preise zahlte, wurde jetzt nur durch die Hilfe einiger Freunde vor dem Verhungern bewahrt.

Norwegens größter Kunstsammler, *Christian Langaard*, starb im September in Kristiania, 74 Jahre alt. Seine Sammlung umfaßt Bilder der flämischen und niederländischen Schule, ausgesuchte Stücke aus holländischem Mobiliar des 17. Jahrhunderts sowie Fayencen und Porzellane aus den verschiedensten Kunstperioden.

Der bekannte Kunsthändler *Jacques van Dam* in Berlin starb dort im November in hohem Alter. Er spielte im Berliner Kunsthandel lange Zeit eine hervorragende Rolle. So war er Autorität für den Porzellanhandel. Er war geborener Holländer und stammte aus einer Familie von Antiquitätenhändlern.

**Kurze Chronik** Den Preis von Holland, den Rotterdamer Kunstfreunde dem Verband der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein stifteten, erhielt der Düsseldorfer Maler Richard Geßner für sein Bild *Stätten der Arbeit*, den Ernst Ludwig-Preis für dieses Jahr der in Schwetzingen lebende Bildhauer Otto Schwegler für einen Männerkopf in Terrakotta. ◊ Im Athener Nationalmuseum wurde vor kurzem ein *attisches Grabrelief* aus der Mitte

des 5. vorchristlichen Jahrhunderts aufgestellt, das aus den Ausgrabungen an der Südspitze Attikas stammt. Es zeigt in Hochrelief den Oberkörper einer Jünglingsgestalt. Nach gewissen Merkzeichen zeigt das Relief noch Spuren der archaischen Periode, während es zugleich schon auf die Phidiaszeit hinweist. ◊ Paul Bourget wurde von der Französischen Akademie zum Konservator des *Schlusses von Chantilly* gewählt, das der frühere Besitzer mit zahlreichen historischen und künstlerischen Schätzen der Akademie vermacht hat. ◊ Seit Joseph Rauchs Tod war das Lehramt für Modellieren an der Charlottenburger Technischen Hochschule nicht mehr besetzt. Nunmehr ist der Bildhauer *Hermann Hosaeus* als Lehrer auf diesen Posten berufen worden. Hosaeus, der Mitglied des Senats der Akademie der Künste ist, wurde vor allem durch den Mozartbrunnen in Dresden bekannt. Für Berlin soll er ebenfalls einen Brunnen modellieren, der für den Wittenbergplatz bestimmt ist.

#### Literatur

In einem reich illustrierten Buch, das sehr schöne, bisher unbekannte Bilder und vor allem Zeichnungen und Radierungen enthält, behandelt *Paul Ferdinand Schmid* die Biedermeiermalerei (München, Delphinverlag). Es ist die Kunst einer kleinbürgerlichen Zeit, die zwischen der Frühromantik und dem Naturalismus liegt. Aber diese Epoche ist nicht nur kulturhistorisch interessant sondern auch reich an künstlerischen Werten. Man denke etwa an Blechen, Friedrich, Spitzweg und den jungen Menzel, deren Ernsthaftigkeit allerdings isoliert steht, während der weitaus größte Teil der Biedermeiermaler über das Liebliche nicht hinauskommt oder in öde Historienbilder ausartet: ein Kostümillusionismus, der in der bengalischen Beleuchtung der Kaulbachschen Fresken seinen Höhepunkt erreicht. Durch den kulturhistorischen Rahmen, in den der Verfasser seine Betrachtungen einfügt, wird das Buch überaus wertvoll. ◊ Im gleichen Verlag ist ein gleichfalls reich illustriertes Werk *Lothar Briegers* Das Genrebild erschienen, in dem der Verfasser den heute unklar und mit Abneigung geladenen Begriff des Genrebildes durch eine neue Wortprägung; den Ausdruck *Sittenmalerei*, zu ersetzen versucht. Bei der Genremalerei liegt die Gefahr der Verkitschung sehr nahe. Das Sujet wird zur Hauptsache, die Gestaltung zur Nebensache. Aber

»nur die innere Bedeutsamkeit«, wie Schopenhauer sagt, »gilt in der Kunst, die äußere gilt in der Geschichte«. Damit ist die andere Gefahr, der die Genremalerei ausgesetzt ist, bezeichnet: ihre völlige Zwecklosigkeit, eine typische Eigenart aller bürgerlichen Kunst. ◊ Die von Paul Westheim herausgegebene Weltkunstbücherei *Orbis Pictus* /Berlin, Ernst Wasmuth/ ist wiederum durch 3 bemerkenswerte Bände bereichert worden. Im 10. Band behandelt H. Ehl die älteste deutsche Malerei, die Malerei der vorkarolingischen bis zur spätottonischen Zeit, einer Epoche, in der sich, wie in allen Phasen deutscher Kunst, germanische Elemente mit romanischen streiten. Der »heimlichen Gotik«, die nach Worringer Grundzug deutschen Schaffens ist, stellt er die ewige Wiederkehr der Renaissance gegenüber: den Zwang zur Regelmäßigkeit und zum statischen Ausgleich. Der von Fritz Volbach bearbeitete 11. Band befaßt sich mit mittelalterlichen Elfenbeinarbeiten. Seit Alois Riegls Spätromischer Kunstindustrie hat man auch für die Nachantike ein Verständnis gewonnen, in ihr den Ausdruck einer neuen Weltanschauung erkannt. Mit dem Sieg des Christentums wurde die antike Weltanschauung endgültig überwunden. Die Welt der Realität schwand dahin, um einer neuen, die sich strahlend im Osten erhob, Platz zu machen, einer Welt, die weit über allen Sinnen, »weit hinter aller Erscheinung, unkörperlich in die Sphäre des Geistigen, Übersinnlichen und Göttlichen« gerückt ist. Die Kunst dieser Phase ist durch die Überwindung der Perspektive gekennzeichnet. Die Figuren werden gleich einem Ornament aneinandergereiht. An die Stelle eines äußern Scheins tritt inneres Leben. Im 12. Jahrhundert entfalten sich die neuen Ideale am höchsten. »Hier aber, auf dem Punkte höchster Vergeistigung, beginnt langsam eine Wandlung einzusetzen, die der sinnlichen Erscheinung wieder mehr zu ihrem Recht verhelfen will, und die in der Folge zu neuem Realismus führt.« Man steigt aus der Sphäre des Übersinnlichen wieder in die der Realität herab. Der 12. Band, von Otto Burchard, ist der chinesischen Kleinplastik gewidmet. »Die Kleinplastik in Jade, Ton und Bronze umschließt einen der wesentlichsten Bestandteile der chinesischen Formenwelt.« War einmal eine Form in einem edlen Material gefunden, so kam es bald zur Nachahmung in Surrogaten, die aber immer so gewählt wurden, daß der Form keine Gewalt angetan werden mußte.

## KULTUR

### Kunstgewerbe / Adolf Behne

**Farbe und Architektonik** Der alte Ratskeller in Dortmund ist durch *Walter Herricht* ausgemalt worden. Herricht hat den Raum durch eine lebhaft frische Tönung im ganzen aufgehellt und die Ansätze der Bogenlaibungen und Gewölberippen durch eine lockere und leichte, dennoch bestimmte und strukturhafte Malerei, die mit mannigfaltigen Schiffsmotiven halb gegenständlich halb ornamental spielt, belebt. Er hat also nicht den (in Magdeburg zumeist eingeschlagenen) Weg gewählt eine architektonische Form durch stückweises Antuschen noch einmal zu machen, sondern er hat einen gegebenen Raum im ganzen durch eine sehr bedachte malerische Ökonomie in seiner Wirkung gesteigert. Die architektonischen Formen bleiben Architektur, knappe Farbwerte an markanten Stellen beherrschen das Ganze. Die malerisch behandelte Laibung wäre nicht mehr Architektur und wäre auch nicht Malerei. Die architektonisch stark und frei belassene Laibung kann aber ohne Beeinträchtigung die knappe und energische Farbform tragen. Diese wiederum kann das Ganze farbig bestimmen. Herricht leitet an der Dortmunder Kunstgewerbeschule, deren Führung Anton Huber hat, die Klasse für dekorative Malerei.

**Städtebau** Vom städtebaulichen Problem der Einheitsgemeinde Berlin nennt Erwin Gutkind eine verdienstvolle Schrift /Berlin, Hans Robert Engelmann/, die in großen Zügen die Wege weisen will, die eingeschlagen werden müssen, um produktiven Städtebau für *Berlin* möglich zu machen. Mit erfreulicher Entschiedenheit wendet sich Gutkind gegen den Kampf, der mit Aufwand vieler Phrasen gegen das Prinzip der Großstadt geführt wird. »Soweit dieser Kampf . . . nicht an die Stelle der Großstadt die Mittel- und Kleinstadt setzen will sondern ein Verteidigungskampf gegen die Unterwertung des Landes ist, kann man ihn nicht ablehnen; soweit dieser Kampf politisch, wirtschaftlich, gefühlsduselig und agitatorisch ist und sich intellektueller Dogmen und schleunigst hergerichteteter geistiger Waffen als Beweismaterial bedient, ist er dumm und überheblich.« Eine wertvolle Ergänzung zu der Schrift Gutkinds sind die von Albert Kohn im Auftrag des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin her-

ausgegebenen Wohnungsuntersuchungen in den Jahren 1919 und 1920 /Berlin, Verlag der Allgemeinen Ortskrankenkasse/. 16 photographische Aufnahmen aus Berliner Hinterhaus-, Keller- und Fünfstockwohnungen sind eine furchtbare Anklage gegen das alte Mietskasernensystem. Diese photographischen Bilder sind von einer unerhörten Wucht. Man sollte sie, statt der nichtigen Ausdruckswichtigkeiten, in die Säle der Ausstellungen hängen. Sie sind, was die "Bilder" so selten sind: Bilder unserer Zeit.

#### Wohnkultur

In der Nähe des Bahnhofs Heerstraße in Berlin baut sich ein Kriegsgewinnler ein Schloß, das als Kulturdokument unserer Zeit in allen Einzelheiten, einschließlich der Bewohner und des Architekten, photographisch und biographisch festgehalten zu werden verdiente. In der Masse protziger und künstlerisch kümmerlicher Villen der neuen Reichen Berlins (darunter ein herrliches "Palais" mit 50 Figuren in Überlebensgröße am Karolingerplatz) nimmt dieses Schloß durch seine geradezu phantastische Verschwendungssucht und seine unvorstellbare Geschmacklosigkeit den ersten Platz ein. Ganz allgemein ist, was heute an Villen gebaut wird, trüber als je zuvor; von erfreulichen Maßnahmen abgesehen. Dieses "Schloß des verrückten Apothekers", wie es in der Gegend heißt, mit seinen unterirdischen Sälen, seinem Schwimmbassin unter Tage (oder Reitbahn?), seinen en gros bestellten Säulengängen, seinen Kirchendecken usw. ist in seiner stumpfsinnigen, ja albernen Architektur ein Non plus ultra. Viele Millionen sind hier für eine Sache verschwendet, die man nur als architektonischen Kretinismus bezeichnen kann. Offenbar war es der Ehrgeiz des Apothekers in Wettstreit mit den fürstlichen Bauherren des Barock zu treten. Einige Sätze aus einer vortrefflichen Studie Robert Adolphi über den *Hausrat* unserer Zeit (9. Heft der *Volkswohnung* /Berlin, Wilhelm Ernst & Sohn/) seien hier angefügt: »Die letztjährige Berliner Möbelmesse stand im Zeichen einer krampfhaft gesteigerten Üppigkeitsucht, die sich sogar der Küchenmöbel bemächtigt hatte und in diesen Grotesken die Adresse, an die sie sich richtete, nur zu deutlich verriet . . . Möbel in Riesenabmessungen, wie sie vor dem Kriege in bürgerlichen Wohnungen völlig unbekannt und unverwendbar waren, sind die Mode des Marktes . . . Bedenklich vor allem ist dieser Gang der Dinge

vom erzieherischen Standpunkt: Wird doch der Masse der Käufer ein Trugbild des Begehrenswerten und Möglichen vorgezaubert, wie es selbst in den besseren Zeiten allgemeiner Wohlhabenheit Unfug gewesen wäre, heute aber unter der Not eines doch fühlbaren Einschränkungszwanges frevelhaft ist . . . Die Tatsache, daß wir in Deutschland längst kein gepflegtes oder auch nur hinlänglich trockenes Holz mehr verarbeiten, kommt in den Formen der Möbel überhaupt nicht zum Ausdruck. Obwohl mit diesem Holze weder komplizierte Konstruktionen noch die beliebten "großen Flächen" gestaltet werden können, zeigt sich nirgends ein Eingehen auf diese elementaren Voraussetzungen.«

Unter dem Titel *Ka-Pi-Fu* bringt Franz Maria Feldhaus /Berlin/ im Privatdruck eine außerordentlich interessante Geschichte des *Abtritts*, von dem auf Kreta gefundenen ersten Klosett mit Wasserspülung /um 2800 vor Christus/ bis zur Gegenwart. In den Baugeschichten wird dieses Thema fast nie berührt. Und doch ist es von Bedeutung zu wissen, wie die Wohnkultur je und je mit der Beseitigung der menschlichen Abgänge fertig geworden ist. Feldhaus belegt seine Darstellung durch zahlreiche wertvolle Dokumente (Verordnungen, Gesetze, Reiseberichte, Zitate aus Memoiren usw.). Die Zustände in den Straßen des Mittelalters sind offenbar fürchterlich gewesen, da die Abtritte denkbar primitiv waren, selbst in den prunkvollsten Pfälzen und vornehmsten Bürgerhäusern. So wie die Anwendung starker Parfüme und Wohlgerüche damals ein Nothelfer gegen die niederträchtig schlechte Luft der Straßen und der Wohnräume und der Menschen war, scheint die starke, grellbunte Bemalung der mittelalterlichen Hausfassaden ein verzweifelter Nothelfer gegen den morastigen Zustand der Straßen gewesen zu sein. Interessant ist eine Konstruktion Leonardos für ein geruchloses Klosett mit selbsttätig schließendem Sitz und sein Plan einer sauberen Stadt mit einem System von Straßen in 3 verschiedenen Höhen. Zuunterst eine überwölbte Straße nur zur Entleerung der Gruben usw., eine Straße darüber für den Wirtschaftsverkehr und das Volk, endlich, über den Gewölben der ersten laufend, eine Straße für die Vornehmen.

#### Kriegserinnerungsmale

Es ist merkwürdig zu sehen, daß neuerdings in Belgien und Frankreich Erinnerungsmale an den letzten Krieg entworfen werden, die sich in ihrem

hohlen Monumentalismus nicht von der Gattung unterscheiden, die wir aus den letzten Dezennien deutscher Baukunst kennen. Zu dem in Art et Décoration wiedergegebenen Denkmalsprojekt Léon Chesnays und Jean Bouchers Aux soldats de Verdun bemerkte die holländische Zeitschrift *Architectura*: »Was den Charakter dieses Monuments angeht, so täten die Franzosen gut daran einen Granitblock tief in das Mauerwerk zu stellen, in den sie eine ausdrückliche Versicherung meißelten, daß sie dieses Monument gebaut hätten, daß es durch ihre Künstler entworfen wäre, und daß es zur Ehre und zur Verewigung ihres Sieges bei Verdun stehe. Tun sie das nicht, dann werden es die Deutschen für 500 Jahre nicht besser wissen, als daß sie den Sieg errungen, und daß eigentlich sie dieses Monument gestiftet hätten.« Auch das von Huib Hoste entworfene belgische Gedenkteeken te Amersfoort erhebt sich nicht über das Niveau der meisten deutschen Bismarcktürme. Derartige Aufgaben verfallen, scheint es, rettungslos einem dekorativen Schema, gleichviel, ob die Lösung "militaristisch" oder "pazifistisch" gemeint ist.

#### Totenliste

In Darmstadt starb am 31. Januar 1922 *Friedrich Pützer*, Professor an der Darmstädter Technischen Hochschule. Pützer war ein sehr beliebter Lehrer. Seine Bauformen lehnten sich in freier Entwicklung an mittelalterliche Vorbilder. Mitte März starb der Kustos am Berliner Kunstgewerbemuseum *Heinrich Doege*, 55 Jahre alt. Doege hat besonders als Leiter und Verwalter der Lipperheideschen Kostümbibliothek in den wissenschaftlichen und künstlerischen Kreisen Berlins in hoher Achtung gestanden. Mehr als ein Vierteljahrhundert hat er als ebenso grundgelehrter wie stets liebenswürdiger und hilfreicher Berater den Unzähligen zu Seite gestanden, die bei Lipperheide zu den verschiedenartigsten Zwecken Material suchten. Von seiner erstaunlichen Kenntnis des Spezialfachs der Trachtenkunde aller Zeiten und Völker zeugen seine wissenschaftlichen Arbeiten, die Bearbeitung des 2. Bands seines Bibliothekskatalogs und seine Studien über die ältesten Trachtenbücher. Anfang des Jahres starb in München der Meister der Goldschmiedekunst und Erzbildner *Fritz von Miller*, in seinem 82. Lebensjahr. Im Alter von 71 Jahren starb am 27. Mai der Architekt *Ernst Schwartz* in Berlin.

Er hat ungefähr 40 Jahre lang Entwürfe von Eisenbahnbauten für die preußischen Staatsbahnen geliefert. Unter andern stammen von ihm die Empfangsgebäude in Düsseldorf, Kiel, Altona und ein, allerdings nicht ausgeführter, Entwurf des Neubaus des Bahnhofs Friedrichstraße in Berlin.

In Berlin ist im Juni der Kunsthistoriker und Architekt *Hans Lutsch* im Alter von 68 Jahren gestorben. Er war früher Vortragender Rat im preußischen Kultusministerium und bis 1920 Konservator der Kunstdenkmäler Preußens, lange Jahre auch Provinzialkonservator für Schlesien, für das er das mustergültige Denkmälarchiv in 6 Bänden schuf.

Im Juni starb in München der Architekt *Georg von Hauberisser* im Alter von 81 Jahren. Er ist als Erbauer einer ganzen Reihe großer Bauten bekannt geworden. Sein größtes Werk ist der Wiederaufbau der Deutschordensburg Buchau in Mähren, die früher dem Erzherzog Eugen von Österreich gehörte. Ferner erbaute er das Münchener Rathaus und die dortige Paulskirche, beide im neugotischen Stil. Auch in seiner Vaterstadt Graz und in Sankt Johann bei Saarbrücken hat Hauberisser Kirchenbauten aufgeführt. In Wiesbaden und Kaufbeuren schuf er die Rathäuser und zahlreiche Privatbauten. Er war auch Restaurator; so hat er das Ulmer Rathaus und die Sebalduskirche in Nürnberg restauriert. Hauberisser, der vor allem von dem Wiener Gotiker Friedrich Schmid beeinflusst worden ist, war seit 1876 Professor in München.

In Berlin starb im Juni *Rudolf Eberstadt*, ein um unser Wohnungsbauwesen und den modernen Städtebau hervorragend verdienter Mann, der viele Arbeiten auf diesem Gebiet veröffentlicht hat (siehe die Rundschau *Kommunalsozialismus*, 1922 I, Seite 604). Er übte 20 Jahre lang Lehrtätigkeit an der Universität Berlin aus. Seine Kritik auf dem Gebiet des Wohnungswesens hat außerordentlich befruchtend gewirkt.

Im September starb in Berlin der Architekt *Richard Seel*, 68 Jahre alt. Das Besondere seiner Wirksamkeit lag im Fernen Osten. Im Jahr 1888 übernahm er die Ausführung der großen Bauten in Tokio, die die japanische Regierung Berliner Baumeistern übertragen hatte. Auch viele Schulen und Banken in Peking, Tientsin, Port Arthur stammen von ihm. Später baute er in Deutschland, zum Teil in Gemeinschaft mit Seeling, die Theater in Freiburg und Kiel und die Stadthalle in Königsberg.

**Kurze Chronik** Für den *Wettbewerb* der Börsenhofaktiengesellschaft in Königsberg für ein Bureau- und Hotelhochhaus gingen 335 Arbeiten ein. Den 1. Preis erhielt F. Lutz in Hannover. Das Preisgericht war noch mehr als sonst üblich akademischen Charakters.  $\diamond$  Zum *Festspielhaus in Salzburg*, das nach Hans Poelzigs (umgearbeitetem) Plan gebaut werden soll, ist der Grundstein gelegt worden. Die Baukosten werden auf 1 Million Dollars geschätzt.  $\diamond$  Die Reichspostverwaltung hat von Peter Behrens einen neuen *Briefkasten* zeichnen lassen. Der erste Probekasten ist jetzt angebracht. Er unterscheidet sich von dem alten von Jacobsthal entworfenen Modell durch seine größeren Maße, durch sein stark leuchtendes Gelb und schließlich dadurch, daß er seitlich glatte, leicht geschwungene Reklameflächen zur Verfügung stellt. Angenehm wirkt der Verzicht auf Ornamente, Symbole und Embleme; die Verwendung der Fraktur hier wie bei den neueren Bahnhofsschildern ist durchaus schildbürgerlich.  $\diamond$  Der englische Flieger Savage hat ein Verfahren gefunden mit zusammengepreßten Rauchschwaden fliegend *in die Luft zu schreiben*. Er hat sein Verfahren für Reklamezwecke angewendet. Je 4 Buchstaben kosten bei ihm 50 Pfund Sterling. Jedes Wort macht Probefahrten von 2 bis 3 Wochen notwendig, da sehr gewagte Sturzflüge gemacht werden müssen. Die Buchstaben haben eine Länge bis zu mehreren Kilometern. Kürzlich konnte man auch in Paris einen schreibenden Reklameflieger sehen. Savage will seine Technik durch Verwendung verschieden farbiger Rauchschwaden noch verbessern. Natürlich fliegen diese Piloten Antiqua. Fraktur zu fliegen dürfte halsbrecherisch sein. Darf aber der Himmel der Antiqua bleiben?  $\diamond$  Als Leiter einer Plakatklasse wurde *Lucian Bernhard* an die Berliner Kunstgewerbeschule berufen. Seine Arbeiten der Jahre 1902 bis 1922 zeigte das Kunstgewerbemuseum. Die Verdienste Bernhards um das deutsche Plakat traten klar hervor. Ohne Frage hat Bernhard entscheidend dazu beigetragen den Typus des modernen Plakats rein herauszustellen. Die Form aber, die er ihm gab, war die malerisch-dekorative, die inzwischen ihre Wirkungskraft eingebüßt hat. Die Grenzen Bernhards liegen dort, wo die Grenzen des malerisch-dekorativen Plakats liegen. Es hängt damit zusammen, daß Bernhard beim einzelnen Plakat stehen blieb (und für dieses fand

er manche sehr geschmackvolle Lösung), den Übergang zur systematischen, gegliederten und in sich geschlossenen Werbeausrüstung nicht getan hat. Er wird vermutlich als Lehrer auch nur wieder "Plakatmaler" ausbilden, nicht aber Werbungsfachleute.

#### Literatur

Eine Gruppe moderner Künstler gibt in Brüssel *7 Arts*. Hebdomadaire d'information et de critique, heraus. Das Organ stellt einen neuen und sympathischen Typus einer Kunstzeitschrift dar. Jede Nummer enthält den Kalender der wichtigsten künstlerischen Ereignisse der Woche für Brüssel: bildende Kunst, Theater, Vorträge, Rezitation, Musik, Kino, Ausstellungen usw.; ferner Kritiken der neuen Erscheinungen und kurze didaktische Arbeiten, die, allgemeinverständlich geschrieben, wichtige Grundbegriffe erläutern. Sie umfaßt 4 Seiten Text und kostet 40 Centimes. Die Herausgeber sind Pierre Bourgeois (Dichtung), Victor Bourgeois (Architektur), Léon Chenoy (Film), Karél Maes (Malerie) und andere. Die Verantwortung für alle Beiträge tragen die Herausgeber gemeinsam. Sie signieren daher ihre Beiträge meist nicht. Der Gedanke an ein lokal bestimmtes Publikum zu gehen, ihm praktisch und didaktisch unter Anknüpfung an bestimmte aktuelle Dinge nützlich zu sein, an das Aktuelle eine systematische und doch nicht schulmeisterliche Arbeit anzuschließen, ist ausgezeichnet und sollte bei uns Nachfolge finden. Für die Einstellung der Herausgeber eine kurze Probe: »Die Neuheit des Kinos und die Krise der Wohnung erlauben dem modernen Künstler auf die Empfänglichkeit der Zeitgenossen kräftig einzuwirken; andererseits bedingen die technischen Elemente dieser beiden Gebiete eine strenge Disziplin und eine kühne Geschicklichkeit. Nicht durch Imitation beweist man sein Verständnis für diese Dinge. Erkenntnis ist auch hier der Lehrer der Kühnheit. Die Ausführung dieses Programms wird uns Feindschaften eintragen. Wir bedauern das. Belgien, ein Land von Kameraden, kann es nicht ein Land von Freunden werden?«  $\diamond$  In der *Bibliothek der Kunstgeschichte* / Leipzig, E. A. Seemann/ liegen 2 empfehlenswerte Studien vor: Im 10. Band spricht Karl With über japanische Baukunst, im 15. Band August Grisebach über deutsche Baukunst des 17. Jahrhunderts (Elias Holl). Beide Hefte sind gut illustriert.